



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Warum müssen wir wachsen?

Eine historische und sozialpolitische Analyse des
Wirtschaftswachstums als Postulat

Verfasserin

Lisa Grum

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

„There is always a choice.
A choice, nevertheless, or perhaps an alternative.“
(Terry Pratchett, in *Going Postal*)

Ich danke ...

meinem Betreuer Univ.-Doz. Dr. Wimmer, der stets ein offenes Ohr hatte und mir mit Anregungen und Vorschlägen weiterhalf.

allen Freunden, die mich bei dieser Arbeit berieten und mit mir über Wachstum debattierten.

besonders meiner Familie, die mich bei meinem Studium, meinen Aufhalten im Ausland und der Masterarbeit unterstützte.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
TEIL I	
DIE HISTORIE DES WACHSTUMS – VOM FORDISMUS ZUM POSTFORDISMUS	3
1. Prosperität und Krise – Wachstum im Fordismus	5
1.1 Massenproduktion	6
1.2 Die historischen Rahmenbedingungen	6
1.3 Der Staat im Fordismus	7
1.4 Das Ende des Wirtschaftswunders	10
1.5 Ursachen	12
2. Der Übergang zum Postfordismus	17
2.1 Die Aufhebung fester Wechselkurse	17
2.2 Chile 1973.....	19
2.3 Lohnkürzungen und soziale Sparmaßnahmen.....	20
2.4 Verschuldung und Steuersenkung	21
2.5 Kurzfristige Erholung, langfristige Schwächung	22
3. Der Postfordismus	25
3.1 Wettbewerb	25
3.2 Flexible Spezialisierung	27
3.3 Global Outsourcing	27
3.4 Der Rückgang der Beschäftigungsrate	28
4. Zwischenfazit	31
TEIL II	
DIE WACHSTUMSKRITIK UND ALTERNATIVEN	33
5. Warum müssen wir wachsen? Die Operationalisierung von Wachstumskritik, Wachstum und Wohlstand	35
5.1 Was ist Wachstumskritik?	35
5.2 Die Operationalisierung von Wachstum	38
5.2.1 Wachstum als Innovation und Problemlöser	38
5.3 Die Messung von Wohlstand.....	43
5.3.1 Das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator	43
5.3.2 Alternative Wohlstandsindikatoren	45

6. Kritik des Wachstumspostulats	49
6.1 Wachstum, Wohlstand und Glück.....	49
6.2 Schafft Wachstum Arbeitsplätze?	54
6.2.1 Gängige Ursachen für Arbeitslosigkeit.....	55
6.2.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit	56
6.2.3 Die Beschäftigungswelle.....	59
6.2.4 Weitere Ursachen für Arbeitslosigkeit.....	60
6.2.5 Wachstum schafft Arbeitsplätze – für Hochqualifizierte.....	65
6.2.6 Empfehlungen	66
7. Alternative Konzepte	69
7.1 Verortung der Alternativen Konzepte	69
7.1.1 Grüner Kapitalismus:	73
7.1.2 Der Mensch als Zentrum.....	74
7.1.3 Wachstumsunabhängigkeit.....	75
7.1.4 Gemeinsamkeiten der drei Gruppen:.....	77
7.2 Peter Victors LOWGROW-Modell – Als exemplarisches Konzept.....	79
8. Fazit	87
9. Anhang	91
8.1 Literaturverzeichnis	91
8.2 Abstract	98
8.3 Lebenslauf.....	100

Einleitung

Wirtschaftswachstum brachte uns Prosperität und Wohlstand. Es war ein Wunder, es war golden und es war grenzenlos. Heute finden wir uns in einer gespaltenen Welt wieder, zwischen alten Strukturen, die nicht mehr funktionieren und neuen, die noch nicht funktionieren. Es ist eine Welt im Wandel. Nach dem Volkswirt Paqué leben wir „(...) in einem merkwürdigen schizophrenen Zustand. Die Feuilletons sind voll von Rufen nach dem Ende des Wirtschaftswachstums, während in den Politik- und Wirtschaftsteilen oft desselben Mediums unverdrossen Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Wachstum zu erhalten oder zu verstärken sei.“ (Paqué 2013: 1-2).

Diese Arbeit befasst sich mit dem Wirtschaftswachstum als Postulat. Im Mainstream der Wirtschaft und Politik wird es stets als Ziel deklariert, als Lösungsstrategie gegen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut vorausgesetzt und als Grundlage für Investitionen, Bildung und Wohlstand angesehen. Wachstum ist der leitende Stern im Wirtschafts- und Politikuniversum. Mit der leitenden Fragestellung dieser Arbeit ‚Warum müssen wir wachsen‘ im Hintergrund, soll dem Wachstumspostulat auf den Grund gegangen, die historische Entwicklung seit den 1950er Jahren untersucht, Dysfunktionalitäten aufgezeigt und Alternativen vorgestellt werden.

Ein stets berechtigter Anstoß zur Veränderung, sowie Gegenstand etlicher wissenschaftlicher Arbeiten ist die Ressourcenfrage. Die deutlichsten Grenzen unseres Wirtschaftssystems sind die endlichen fossilen Energien, wie Öl, Gas und Kohle. In dieser Arbeit wird auf die Ressourcenfrage nicht eingegangen, sondern darauf, dass selbst mit der Grundlage von fossilen Ressourcen, die Wachstumsversprechen nicht mehr eingehalten werden können.

Ab den 70er Jahren erreichte das durchschnittliche Wachstum der Industrieländer selbst an der Spitze nur mehr etwa das halbe Niveau von jenem des Goldenen Zeitalters. In einem historischen und sozial- und politökonomischen Kontext wird, in dieser Arbeit, Wachstum als Ziel, Wohlstandsmotor und Problemlöser analysiert. Die Betrachtungen beziehen sich auf die kapitalistischen Industrieländer und basieren auf Primär- und Sekundärliteratur.

Die Arbeit besteht aus zwei großen Teilen, wobei TEIL I die Historie des Wachstums vom Fordismus bis zum Postfordismus nachzeichnet, um herauszufinden, welche Rahmenbedingungen für Stabilität und Prosperität nötig waren und welche Krisenmomente es gab. TEIL II ist eine Operationalisierung von Wachstum, eine Wachstumskritik und ein Aufzeigen von Alternativen. Die Kapitel eins bis drei behandeln die Thematik des Wirtschaftswachstums im Fordismus und Postfordismus. Nur in einem historischen Kontext können die Strukturen unseres Systems verstanden werden. Kapitel vier ist ein Zwischenfazit, das die Erkenntnisse von TEIL I zusammenfasst. Kapitel fünf operationalisiert die Begriffe Wachstum und Wohlstand. Im Zuge dessen setzt sich das Kapitel auch mit dem Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator sowie mit alternativen Wohlstandsindikatoren auseinander. Kapitel sechs ist eine Kritik am Wachstumspostulat. Zwei der deklarierten Ziele von Wachstum werden hier näher beleuchtet: Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Im siebenten Kapitel werden alternative Konzepte beschrieben, in drei Gruppen gegliedert sowie deren Inhalte, Ziele, Stärken und Schwächen ausgeführt. Als Abschluss wird ein exemplarisches Konzept, das LOWGROW Modell von Peter Victor vorgestellt.

In den 70ern dachte man noch, es gebe keine Limits. In den 80ern nahm man an, dass es vielleicht doch welche gebe, sie aber noch lange nicht erreicht wären. In den 90ern war man sich nicht mehr so sicher, ob die Limits eventuell doch bald erreicht wären, aber selbst wenn, würde der Markt das Problem lösen. Heute ahnt man, dass der Markt vielleicht doch nicht funktioniert, aber die Technologie uns retten wird. - Dennis Meadows, Co Autor von Die Grenzen des Wachstums (1972) über die Entwicklung des Wachstumspostulats (vgl.: Simms 2010: 2, auch Pirgmaier 2012: 37).

TEIL I

Die Historie des Wachstums – Vom Fordismus zum Postfordismus

1. Prosperität und Krise – Wachstum im Fordismus

*Fordismus*¹ bezeichnet „eine Phase in der Entwicklung des Kapitalismus“² (Nohlen, Schultze 2010: 268). Es ist die Zeit des Nachkriegskapitalismus, die gekennzeichnet ist durch Massenproduktion und -konsum, starkes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, einen keynesianischen Wohlfahrtsstaat und des gegenseitigen Verständnisses von Unternehmen und Gewerkschaften (vgl. ebd.: 279). ‚Fordismus‘ wird meist als allgemeiner Ausdruck in historischen Kontexten gebraucht, ist aber weiter ein zentraler Begriff der Regulationstheorie, welche den Kapitalismus und seine historischen Rahmenbedingungen analysiert. Die spezifische Phase wird fundamental definiert durch „(...) politisch-soziale Auseinandersetzungen und die jeweiligen historischen Kräfteverhältnisse.“ (vgl. Hirsch 1993: 195f).³ Bekannt ist der Fordismus auch als das *Goldene Zeitalter* des Kapitalismus, da es eine Zeit der Prosperität war. Eric Hobsbawm, ein englischer Historiker, prägte diesen Begriff in seinem Werk „Das Zeitalter der Extreme“ (vgl. Hobsbawm, 1998). Er beschrieb damit die Phase von Anfang der 50er bis Mitte der 70er, welche gesegnet war mit hohem wirtschaftlichen Wachstum und Vollbeschäftigung. Die Krise der fordistischen Phase setzte Mitte der 70er Jahre ein und wird von ihm als *der Erdrutsch* betitelt. Bis dahin führten die im Folgenden untersuchten Aspekte in den westlichen Industrieländern zu Wohlstand, Stabilität und Beschäftigung (vgl. Piore, Sabel 1989: 185).

„In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg führten die bislang untersuchten ökonomischen Strukturen zu großem Wohlstand und gesellschaftlicher Stabilität. In den Industrienationen nahm das Wachstum rapide und, verglichen mit früheren Zeiten, stetig zu. Die Inflation hielt sich in Grenzen, die Arbeitslosigkeit war grundsätzlich niedrig und spielte mancherorts überhaupt keine Rolle. Die Früchte der wirtschaftlichen Expansion waren weit gestreut. Es herrschte ein allgemeines Wohlbefinden.“ (ebd.: 185).

¹ Benannt ist der Fordismus nach Henry Ford, welcher 1913 das System der Massenanfertigung mittels Rationalisierung der Produktionsschritte in Form von Fließbandarbeit in der Autoproduktion entwickelte. (vgl. Nohlen, Schultze 2010: 268).

² Der Kapitalismus basiert auf der Schaffung von Mehrwert, Warentausch und Kapitalakkumulation (vgl. Fülberth 2005: 78).

³ Mehr zur Regulationstheorie in Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. Sowie Lipietz, Alain (1998): Rebellen Söhne: Die Regulationsschule.

1.1 Massenproduktion

Es wurden Massen produziert, Massen konsumiert und Massen beschäftigt. Oftmals wird der Fordismus zu Unrecht auf die tayloristische Arbeitsorganisation⁴ der Arbeit reduziert, dennoch ist die Zielsetzung dieser Art von Produktion ausschlaggebend für die fordistische Produktionsweise.⁵ Denn erstens wurde höchstmögliche Effizienz und Kostensenkung angestrebt, was mittels Mechanisierung und Rationalisierung umgesetzt werden konnte. Zweitens hatte diese Art von Produktion große Auswirkungen auf den Menschen selbst, da hiermit ein Konkurrenzverhältnis zwischen dem Menschen einerseits und der Maschine (als unermüdliche ArbeiterIn ohne Bedarf an Motivation oder Kontrolle) andererseits geschaffen wurde. „Die Maschine sei somit bei technischer Machbarkeit und positiver Kosten-Nutzen-Relation einer menschlichen Arbeitskraft vorzuziehen – so das Kalkül im Fordismus“ (Koch 2003: 13). Neben Mechanisierung, Rationalisierung, Massenproduktion und höchstmöglicher Effizienz ist außerdem Kostensenkung durch die Erreichung von Skaleneffekten das Ziel (vgl. Koch 2003: 47). „Dieser Effekt, auch unter der englischen Bezeichnung *economies of scale* geläufig, bezeichnet dabei die mögliche Stückkostensenkung durch größere Produktionsmengen.“ (Lackner, Schielke 2011: 9).

1.2 Die historischen Rahmenbedingungen

Der Fordismus war nur als Goldenes Zeitalter möglich, weil die Verhältnisse es zuließen. Die Verhältnisse beinhalteten Wiederaufbaumaßnahmen, einen ungesättigten Markt, neue Technologien und neue Produkte, mit denen die gesamte Gesellschaft versorgt werden sollte (vgl. Lipietz 1998: 13).

Erstens trug der Wiederaufbau des durch den zweiten Weltkrieg zerstörten Westeuropas maßgeblich zum Konjunkturaufschwung bei. Zweitens wurde der

⁴ Taylorismus bedeutet die effektivst-mögliche Organisation von Arbeitsabläufen. „Ziel ist die Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit. Dies geschieht durch die Teilung der Arbeit in kleinste Einheiten, zu deren Bewältigung keine oder nur geringe Denkvorgänge zu leisten und die aufgrund des geringen Umfangs bzw. Arbeitsinhalts schnell und repetitiv zu wiederholen sind“ (Wirtschaftslexikon Gabler)

⁵ Die Produktionsweise ist die Weise, wie produziert wird. In der Ökonomie lassen sich beispielsweise die antike, sozialistische, feudale oder kapitalistische Produktionsweise festmachen. Der Begriff wurde ursprünglich von Karl Marx zur „(...) Charakterisierung historisch unterschiedlicher Verbindungen (...)“ (Nohlen, Schulze 2010: 853) geprägt.

größte Teil der Verkehrsinfrastruktur zu dieser Zeit ausgebaut (vgl. Holzapfel 2011: 75). Drittens wurde reichlich investiert in Technologie und Produktion. Etliche bestehende Märkte wurden ausgebaut und erweitert (vgl. Lipietz 1998: 13). Viertens verstärkten neue Technologien und Wissenschaften das Florieren der Industrien und schufen neue Produkte und Absatzmärkte. So gab es zum Beispiel Neuerungen in der Plastikherstellung, Elektronikindustrie und Flugzeugtechnologie. Dies wirkte sich auf etliche Industriezweige, wie die Haushaltsgeräteindustrie, die Tourismusbranche und die Automobilindustrie aus (vgl. ebd.: 13). Plötzlich konnte sich jeder einen Kühlschrank, eine Waschmaschine, einen Computer, ein Auto und einen Urlaub leisten. Die Ausstattung der gesamten Bevölkerung mit Produkten erforderte hohe Produktion und bewirkte eine überaus hohe Beschäftigungsrate, die seither niemals wieder erreicht wurde (vgl. Schettkat 1997: 725).

Da im Fordismus gleichzeitig mit der Produktion die Reallöhne der ArbeitnehmerInnen anstiegen, wurde auch die Nachfrage erhöht und so wiederum die Produktionsmenge. Es war der perfekte Zirkel im *Akkumulationsregime*.⁶ Im Falle des Falles sollte der Staat in Form von Investitionen eingreifen. Werde sozusagen künstlich vom Staat Nachfrage gefördert, würde dies durch einen Multiplikator-Effekt die Konjunktur als Ganzes ankurbeln. So wurde der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur staatlich initiiert und finanziert (vgl. ebd.: 17).

1.3 Der Staat im Fordismus

Der politische Begleiter des Fordismus war der *Keynesianismus*, welcher die „(...) immense Expansion des Wohlfahrtsstaats“ nach dem Zweiten Weltkrieg markiert (Nohlen, Schultze 2010: 1236).⁷ Durchgesetzt hat sich der Keynesianismus, benannt nach dem Ökonomen John Maynard Keynes (Nohlen, Schultze 2010: 460), als Maßnahmeprogramm gegen die Weltwirtschaftskrise von 1929, an welcher der

⁶ *Akkumulation* meint allgemein ‚Vermehrung‘ oder ‚Ansammlung‘ und bedeutet im ‚marxschen‘ Sinne die Anhäufung von Kapital. Eine große Rolle spielt im Kapitalismus die Generierung von Mehrwert und somit die Vermehrung von Kapital (vgl. Nohlen, Schultze 2010: 8).

⁷ Der Wohlfahrtsstaat ist „(...) eine institutionalisierte Form der sozialen Sicherung; der W. gewährleistet ein Existenzminimum für jeden Menschen, schützt vor den elementaren Risiken der modernen Industriegesellschaft (v.a. Alter, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Unfall, Pflege) und bekämpft das Ausmaß gesellschaftl. Ungleichheit durch Redistribution. Der W. bildet in westl. Ländern zusammen mit Demokratie und Kapitalismus ein komplexes Gefüge wechselseitiger Abhängigkeit und Durchdringung und ist für dieses Systeme charakteristisch. Gleichwohl existieren markante nat. Unterschiede und das Terrain ist von polit. Konflikten geprägt.“ (Nohlen, Schultze 2010: 1235).

damalige vorherrschende *Klassische Liberalismus* scheiterte. Geregelt wurde alles national: die Produktion, die Löhne und die Nachfrage. Der Kern des Keynesianismus ist, private Unternehmen durch den Staat zeitweise zu ersetzen, wenn das Volkseinkommen und die Beschäftigung zu niedrig sind (vgl. ebd.: 461).

„An die Stelle der priv. Unternehmen muß zeitweise und zur Wiederankurbelung der Staat als öff. Investor treten. Öff. Aufträge, die nicht aus laufenden Steuereinnahmen, sondern aus Kreditaufnahme (...) finanziert werden, müssen über ihren Multiplikatoreffekt die Vollbeschäftigung zu verwirklichen versuchen helfen.“ (ebd.: 461).

Ein Funktionieren dieser Art von Ökonomie erforderte ein Zusammenspiel aus Staat und Wirtschaft. Das heißt, es erforderte einen „Konsens von Gewerkschaften, Staat und Kapital“ (Nohlen, Schultze, 2010: 269), der garantierte, dass die massenhaft hergestellten Güter auch auf massenhafte Nachfrage stießen.

Der innere Frieden, beziehungsweise das Gelingen dieses Systems, beruhte stark auf dem für alle steigenden Wohlstand. ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen strebten in dieselbe Richtung. Gewerkschaften und Korporatismus in Betrieben wurden gefördert (vgl. Nohlen, Schultze 2010: 517-519). Beide Gruppen wurden nun mit einbezogen und waren zuständig für den Erfolg der Unternehmen. Die Gewerkschaften konnten in dieser Zeit erhebliche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für die ArbeitnehmerInnen erlangen. Die Gewinne der Unternehmen flossen somit zu einem großen Teil den ArbeiterInnen zu, was sich wiederum in einer Erhöhung der Nachfrage manifestierte. Der Wohlstand während des Goldenen Zeitalters rührte somit von der Steigerung der Produktion und der erhöhten Nachfrage. Die Einkommensstabilität, als Voraussetzung der hohen Nachfrage war eine essentielle Prämisse für die Aufrechterhaltung der Produktionsweise, die schließlich vom Konsum der ArbeitnehmerInnen abhing (vgl. Koch 2003: 48; Lackner, Schielke 2011: 11).

Neben den materiellen Wohlstandszuwächsen trugen auch „(...) konsensuale wie repressive (...) Faktoren die gesellschaftlichen und internationalen Hegemonialstrukturen der Nachkriegszeit.“ (Bieling 2011: 92). Repressiv hegemonial wirkten vor allem die

„(...) jeweiligen Bündnissysteme – vor allem die North Atlantic Treaty Organization (NATO) und der Warschauer Pakt -, die Stellvertreterkriege und Militärputsche in vielen Ländern der „Dritten Welt“, die Überwachung und Kontrolle durch Polizei und Geheimdienste oder auch die Repressionen gegen Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Oppositionelle.“ (Bieling 2011: 93; vgl. Hobsbawm 1995: 288ff).

Konsensfördernd fungierte die „(...) sich entfaltende Massenkultur, insbesondere die kulturelle Ausstrahlungskraft des „American Way of Life“ (...)“ (Bieling 2011: 92) und das, durch die Strukturen getragene, Familienideal. Denn das gesicherte Beschäftigungsverhältnis, sowie das stabile, relativ hohe Einkommen stützte das damalige Ideal der konservativen Kleinfamilie (vgl. Klahn 2006: 11). Das Akkumulationsregime „korrespondierte mit der überwiegenden Gestaltung der Haushaltsform als Kleinfamilie und stabilisierte zudem das Geschlechterverhältnis mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als Hausfrau.“ (ebd.: 11). Grundsätzlich waren die sozialen Strukturen genauso konservativ und maskulin wie der Wohlfahrtsstaat selbst (vgl. ebd.: 11). Beides bedingte sich gegenseitig. Das soziale Leben und die sozialen Leistungen waren um die Arbeit herum aufgebaut. Gemeinsam mit der Ideologie der patriarchalen Kleinfamilie bedeutete dies ein Zurückdrängen der Frauen aus dem Arbeitsleben. Die Familie war als lebenslange Aussicht gedacht und war somit perfekt geeignet für das Zusammenspiel aus Konservatismus einerseits und dem steigenden Massenkonsum andererseits. Statistische Messwerte bestätigen, dass im Zeitraum zwischen Mitte der 1940er und Ende der 1950er Jahre das durchschnittliche Heiratsalter sank, und die Heirats- und Geburtenrate stieg (vgl. ebd.: 11).

International waren die Nationalstaaten durch das Bretton-Woods System, in dem die USA und die damit verbundenen Institutionen Internationaler Währungsfond und Weltbank eine dominierende Rolle spielten, eingebunden in einen Wirtschafts- und Finanzmarkt. Das funktionierende System der festen Wechselkurse sollte die Stabilität der Finanz- und Wirtschaftsmärkte stärken (vgl. Prühl 2007: 8). Die Liquidität der einzelnen Nationalstaaten sollte sichergestellt sein, damit sich nationale Krisen nicht auf die anderen, miteinander verwobenen, Staaten ausbreiten konnten. Der IWF wurde durch den Vertrag von Bretton-Woods dazu berechtigt, an ‚Krisenländer‘ die nötigen Krediten zu vergeben (vgl. ebd.: 8). Dies verdichtete

einerseits die Verbindungen zwischen den betreffenden Staaten, andererseits erhöhte es ihre Stabilität, nationale Entscheidungsgewalt und Souveränität (vgl. ebd.: 8). Das Herz des Vertrags waren die festen Wechselkurse durch die Bindung an den Goldstandard. Alle Mitgliedsländer mussten einen festen Wechselkurs zwischen ihren eigenen Währungen und dem US Dollar festlegen (der maximale Schwankungswert durfte 1% sein), während letzterer wiederum an Gold gebunden war (vgl. ebd.: 8). „(...) es stand dem „Papiergeld“ also immer ein reeller Wert gegenüber und der Dollar war die wichtigste Währung in dem System.“ (ebd.: 9).

Es lässt sich zusammenfassen, dass während des Fordismus der Nationalstaat einerseits der Schnittpunkt zwischen Politik und Wirtschaft und andererseits das soziale Auffangnetz der Bevölkerung war (vgl. Nohlen, Schultze, 2010: 269; Prühl 2007: 8-9).

1.4 Das Ende des Wirtschaftswunders

Bis in die 1970er Jahre hinein blühte die Wirtschaft, es herrschte Vollbeschäftigung und der Wohlfahrtsstaat griff als soziales Auffangnetz ein (siehe 1.3). Was setzte der hervorragend funktionierenden Marktwirtschaft ein Ende? Alle westlichen Industrieländer waren ab den 1970er Jahren unvorbereitet mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Die Wirtschaft erlitt einen Kollaps nach dem anderen. Als diese mit den bekannten Theorien und Strategien weder erklärt, noch gelöst werden konnten, verhärteten sich die Zweifel zu einer tiefgreifenden Krise des gesamten industriellen Systems (vgl. Piore, Sabel 1989: 185).

Die Symptome dieser strukturellen Krankheit, an der die Märkte der westlichen Nationen litten, waren umfangreich. Die in den letzten Jahrzehnten so erfolgreiche Konjunktur brach ein. Statt Wachstum und steigender Profitrate setzte nun die Stagnation ein (vgl. Lackner, Schielke 2011: 11-14; Koch 2003: 50-51). Das bedeutete, dass die Konjunktur stagnierte, sogar rückläufig war und als weitere Folge einen Inflationsprozess in Gang setzte.

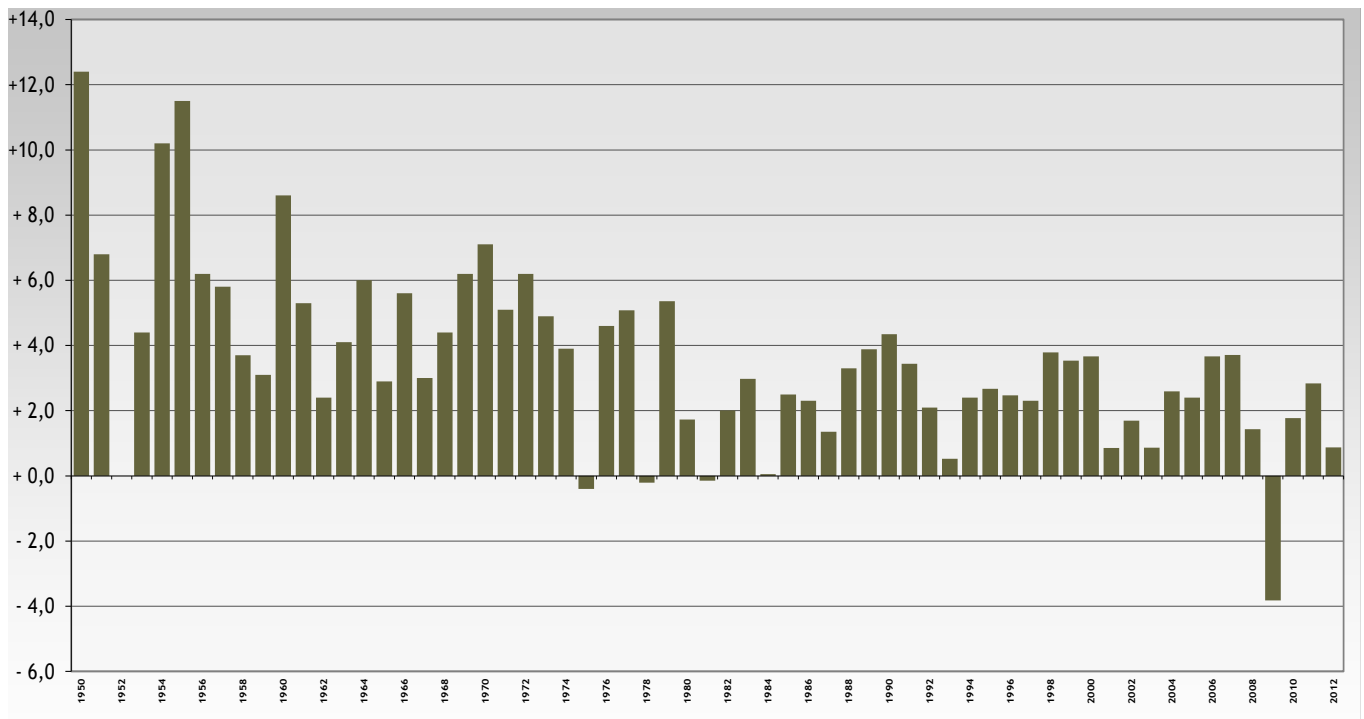
Die USA hatten einen Rückgang des Wirtschaftswachstums von 2 Prozent in den Jahren 1965 bis 1970 auf 1,4 Prozent in den Jahren 1970 bis 1975 zu verzeichnen (vgl. Piore, Sabel 1998: 198). Im selben Zeitraum fiel die Wachstumsrate des Pro-Kopf-

Bruttoinlandsprodukts in Japan von 10,5 auf 3,4 Prozent, in Frankreich von 4,4 auf 3,2 Prozent, in Italien von 5,2 auf 1,6 Prozent und in Großbritannien von 2,2 auf 1,6 Prozent (vgl. Bailyn 1967 in: Pore, Sabel 1998: 198).

	Wachstumsrate des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts in %	
	1965-1970	1970-1975
USA	2	1,4
Japan	10,5	3,4
Frankreich	4,4	3,2
Italien	5,2	1,6
Großbritannien	2,2	1,6

Tabelle 1: Wachstumsrate des des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts in den USA, Japan, Frankreich, Italien und Großbritannien. (Eigene Darstellung). (Quelle: Bailyn 1967 in: Pore, Sabel 1998: 198)

Grafik 1 zeigt das Wirtschaftswachstum in Österreich von 1950-2012



Grafik 1: Wirtschaftswachstum in Österreich 1950-2012. Die Veränderung des realen BIP in %. 1977: Zeitreihenbruch (Umstellung auf ESVG, geänderte Preisbasis) (Quelle: Statistik Austria, Wifo)

1.5 Ursachen

Die Krise des Fordismus begann, als sich die Voraussetzungen für die Schaffung von Mehrwert änderten. Durch externe und systemimmanente Faktoren wurde das System der Kapitalakkumulation gehemmt (Piori, Sabel 1989: 185). Externe Einflüsse, wie der Erdölpreisanstieg 1973, störten und schwächten das Wirtschaftssystem von außen, während systemimmanente Strukturen innerhalb des Systems zu Widersprüchen und Krisenursachen führten (vgl. ebd.: 185).

Bedeutende, sich wechselseitig bedingende, Ursachen für die Krise waren der Erdölpreisanstieg 1973, die sinkenden Profitrate, die gesättigten Absatzmärkte, das Wechselspiel aus Lohnerhöhungsforderungen der Gewerkschaften und Stagnation der Wirtschaft, sowie die Entwicklung neuer Technologien mit daraus folgender Rationalisierung (vgl. Gold, Feldman 2007: 23-25; Schettkat 1997: 725; Rifkin 2004: 63).

Die Ölkrise

Ein prominentes Beispiel für die damalige Preisentwicklung ist die massive Erhöhung der Erdölpreise der zwischenstaatlichen Organisation OPEC (*Organization of the Petroleum Exporting Countries*), welche 1973 zur Ölkrise führte (vgl. Piore, Sabel 1989: 196-199). Die Ölkrise war der offensichtlichste ausschlaggebende Moment für die strukturelle Krise des Fordismus. Die kapitalistischen Industrieländer schlitterten bereits vor 1973 in die Krise, erlitten bereits fallende Profitraten und eine steigende Inflation, weshalb die Ölkrise nicht als ursprüngliche Ursache verantwortlich gemacht werden kann (vgl. Brenner 2006: 145). Dennoch verschlimmerte es die Lage der bereits angeschlagenen Staaten mit unterschiedlich starken Effekten – „very great in oil-dependent Japan, relatively mild in the oil-rich US and in fiscally disciplined Germany.“ (Brenner 2006: 145). Da die Industrie sich nicht unmittelbar an die erhöhten Energiekosten anpassen konnte, sanken die Profitraten weiter und wurde die Inflation beschleunigt (vgl. ebd.: 145). Die Regierungen mussten daher auf einen restriktiven Kurs setzen, erhöhten die Zinsen und begrenzten die Kreditvergaben (vgl. ebd.: 145), wodurch der Inflationskrise eine Deflationskrise folgte, die Profitraten weiter sinken ließ (vgl. ebd.: 145). Jene westlichen Nationen, die bisher relativ gut standhalten konnten, wurden spätestens 1973 von der Krise eingeholt. Die Industrieländer reagierten unterschiedlich schnell und leiteten verschiedene Maßnahmen ein. Dennoch erlitten alle Industrieländer, gefordert durch die „(...) gegenseitigen Abhängigkeiten des internationalen Handels (...)“ (Piore, Sabel 1998: 198) Rezession und Wachstumseinbußen.

Die sinkende Profitrate

Die sinkende Profitrate, welche Anfang der 70er eintrat, war ein systemimmanenter Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Das Problem der sinkenden Profitrate, geläufig als *das Gesetz der sinkenden Profitrate* beruht darauf, dass sich beim Reinvestieren der Gewinn stetig verringert. Wenn sich das Kapital durch Reinvestieren vermehrt, dann steigt zwar real monetär der Gewinn, aber anteilmäßig in Prozent berechnet, im Verhältnis zum Gesamtkapital, steigt der Gewinn nur anfangs. Danach steigt die Profitrate langsamer, bis sie stagniert und sogar rückläufig wird. Selbst wenn die Produktionskosten reduziert werden, indem Produkte in größerer Menge, schneller oder billiger produziert werden (das betrifft Maschinerie, Waren, Kommunikation etc.), führt dies zu einer sinkenden Profitrate.

(Gold, Feldman 2007: 23). Reduzieren kann man die Kosten auf vielfältige Weise, zum Beispiel indem man billigere Rohmaterialien einkauft, dieselbe Quantität an Produkten in kürzerer Zeit herstellt oder indem man die Arbeitszeit ausweitet und den Lohn, die Pensionen und Urlaubsgeld kürzt. Unter anderem durch die Senkung der Produktionskosten sinkt auch der Wert des Produkts an sich (vgl. Gold, Feldman 2007: 24). Dadurch sinkt wiederum der Preis, was es nötig macht, zum Ausgleich umso mehr Produkte zu produzieren. Dieser Vorgang, dieses Gesetz der sinkenden Profitrate, ist einer von vielen Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweisen. Er macht es unumgänglich, immer weiter und weiter zu expandieren, um die Widersprüche auszugleichen. „At the same time, increasing the volume of production reduces the cost and therefore the amount of value each commodity embodies. As price falls, many more units must be sold to maintain overall income.“ (ebd.: 24).

Sättigung der Absatzmärkte

Das Eintreten der sinkenden Profitrate konnte für gewisse Zeit durch die Schaffung neuer Absatzmärkte vermieden werden, bald trat aber auch für diese Märkte, welche zwischen den 50er und 70er Jahre geschaffen wurden (vgl. Koch 2003: 51-52; Lackner, Schielke 2011: 12) Sättigung ein. Anfang der 70er waren sie erschöpft. Der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg war abgeschlossen. Die Verkehrsinfrastruktur war weitläufig ausgebaut. Der Massentourismus fand zwar immer noch statt, genauso wie er heute noch stattfindet, aber es gab kein vergleichbares Potential mehr, um ihn auszuweiten. Die Haushalte waren bereits bedient mit Kühlschränken, Tiefkühltruhen und Waschmaschinen. (Schettkat 1997: 722-727). Und die Familien waren ausgestattet mit ein, manchmal sogar zwei Autos. In der Blütezeit des Fordismus war die Nachfrage nach den neuen Produkten sehr hoch, weil sie sich im Rahmen von Massenproduktion jeder leisten konnte. Die Preise sanken, die Produkte wurden billiger und die Nachfrage stieg. Automobile, Technologie, Tourismus und viele andere Produkte waren auf einmal für die Masse erschwinglich. Roland Schettkat beschreibt die Preisentwicklung des Ford-Modells, der Glühbirne, des Computers und der Luftfahrt, anfangs der damaligen Zeit:

„Fords T-Modell sank im Preis von 3.000\$ auf 1.000\$ und leitete die Massenautomobilisierung Amerikas ein, die nach dem zweiten Weltkrieg auch in Europa einsetzte. Der Preis von Glühbirnen sank seit ihrer Markteinführung um 80%; der Preisrückgang bei Computern ist geradezu eine Legende und kann beinahe täglich beobachtet werden; die deutlich gesunkenen Kosten der Luftfahrt machen Flugreisen selbst zu Fernzielen erschwinglich.“ (Schettkat 1997: 725)

Als aber die Märkte gesättigt waren und die Nachfrage zurückging, führte dies zu einem Produktivitäts- und Beschäftigungsrückgang.

Gewerkschaften und Unternehmen

Die Dynamik, die sich zwischen Gewerkschaften und Unternehmen abspielte, war eine weitere Ursache. Einerseits forderten die Gewerkschaften weiterhin stetig Lohnerhöhungen. Vor allem zu dem Zeitpunkt, wo Stagnation eintrat und die ArbeitnehmerInnen dies u.a. am Preisniveau zu spüren bekamen, wurden Lohnerhöhungen als Ausgleich essentiell. Andererseits waren die Unternehmen mit einer sinkenden Profitrate und den Mehrausgaben für die Gehälter konfrontiert. Die steigenden Mehrausgaben wurden auf die Preise aufgeschlagen (Schettkat 1997: 721; Bourcarde, Tripp 2010: 4)

Neue Technologien und Wissenschaften

Die Entwicklung neuer Technologien und Wissenschaften war ein zweiseitiges Schwert. Das Paradoxon hierbei ist, dass dieselbe Ursache zum Beginn des Goldenen Zeitalters zur Entstehung neuer Märkte und somit zum Anstieg der Produktions- und Beschäftigungsrate beitrug. Konnten vorerst durch neue Technologien (wie der Mikroelektronik und der IT-Branche) mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden, geschah nun, als die Sättigung der Märkte eintrat, das Umgekehrte (vgl. Rifkin 2004: 63). Die Tendenz kippte und auf den weiterhin bestehenden Märkten fiel in rasender Geschwindigkeit ein Arbeitsplatz nach dem anderen weg (vgl. ebd.: 63). Die Rationalisierung und Effizienzsteigerung durch neue wissenschaftlich-technologische Innovationen schuf zuerst neue Absatzmöglichkeiten, was das umfangreiche Ersetzen von Arbeitsplätzen zeitlich aufschob. Jeremy Rifkin argumentiert in seinem Buch *Das Ende der Arbeit*, dass folgender ökonomischer Grundsatz alle Industrieländer leitete: neue Technologien steigern die Produktivität, senken die Kosten, steigern das Angebot billiger Waren und vergrößern folglich die

Kaufkraft, die Märkte und die Anzahl an Arbeitsplätzen. Diese Marktlogik funktioniere aber nicht wirklich, sondern nur zu Beginn. Mittelfristig zeigen sich „die wahren Folgen dieser Logik: eine Arbeitslosigkeit unvorhergesehenen Ausmaßes, ein starker Rückgang der allgemeinen Kaufkraft, eine gefährlich hohe Überproduktion und eine drohende Weltwirtschaftskrise.“ (Rifkin 2004: 63)

Das Buch von Jeremy Rifkin wurde 2004 veröffentlicht - 4 Jahre vor dem Ausbruch der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Er schrieb es einerseits rückblickend auf die letzten Dekaden, andererseits warnend vor den bevorstehenden Risiken. Die eigentlich sehr positive Entwicklung, die Schaffung derselben Produkte in kürzerer Zeit mit weniger Arbeitsaufwand, führte zu drastischer Arbeitslosigkeit. Eine Alternative hätte die Beibehaltung der Arbeitsplätze sowie des Lohns bei kürzerer Arbeitszeit sein können (vgl. Bourcarde, Tripp 2010: 4). Dies würde aber der kurzfristigen Aussicht auf Mehrwert durch das Senken der Produktionskosten widersprechen und somit der kapitalistischen Produktionsweise an sich.

Im Grunde waren es dieselben Dynamiken, die zuerst den Kapitalismus in das goldene fordistische Zeitalter erhoben und nur wenige Jahrzehnte später in die Krise stürzten: Der nach Gewinn strebende Akkumulationsdrang, welcher zu dem Druck von Produktivitätssteigerung, Rationalisierung und Kostensenkung führt.

In dieser Situation der 70er Jahre waren zwei Lösungsszenarien denkbar (vgl. Lackner, Schielke 2011: 12). Entweder weniger zu produzieren, ein stagnierendes Wachstum zu akzeptieren und damit umzugehen. Oder neue Absatzmärkte zu schaffen und über die bisherigen Grenzen des Binnenmarktes auszudehnen.

2. Der Übergang zum Postfordismus

Das Jahr 1973 ist ein „(...) Schlüsseldatum (...)“ (Fülberth 2005: 261) im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, von keynesianischen zu neoliberalen Strukturen. Am 11. März 1973 wurde das Bretton-Woods System und somit die festen Wechselkurse aufgelöst (ebd.: 261). Ebenso war es das letzte Jahr mit Vollbeschäftigung in den OECD – Ländern. Die Spannungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften waren am Höhepunkt und „Zugleich formierten sich Gegenkräfte“ (ebd.: 261) wie die *Trilaterale Kommission*, eine Vereinigung, deren Problemstellung die Inflation war (ebd.: 261). 1973 erhielt der *Club of Rome*, für seine Studie *Grenzen des Wachstums* in der Bundesrepublik Deutschland den *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels* (ebd.: 261). In Chile wurden unter der Diktatur von Pinochet bis 1990, das erste Mal exzessiv neoliberale Politik ausprobiert (ebd.: 261). Ferner erhöhten die erdölexportierenden Staaten der OPEC den Ölpreis so stark, dass die bereits angeschlagenen Konjunktur weiter geschwächt wurde (ebd.: 261).

Während der folgenden zwei Jahrzehnte konnten die Krisenmerkmale nicht vollständig eingedämmt werden. Die private Rentabilität sowie die Profitraten der Unternehmen in den USA, Deutschland, Japan und den übrigen G-7 Staaten⁸ konnten das Niveau, auf das sie 1973 gefallen waren, nicht mehr erhöhen, geschweige denn, die Spitzenwerte während des Goldenen Zeitalers erreichen (vgl. Brenner 2006: 145). Auch Investitionen und Profit sanken, besonders in der Manufaktur (vgl. ebd.: 145). Seitdem erlebt die „(...) capitalist world (...) a long economic downturn that continues to this day.“ (ebd.: 145).

2.1 Die Aufhebung fester Wechselkurse

In den 70er Jahren krankte der Keynesianismus bereits. Ein großer Meilenstein in dieser Zeit des Wandels war die endgültige Aufhebung des seit 1944 bestehenden Bretton-Woods Abkommens 1973 (vgl. Nohlen, Schultze 2010: 95). Bis dahin war der US-Dollar an die Goldreserven in den USA gekoppelt und alle anderen Währungen der OECD an den US-Dollar gebunden (vgl. Piore, Sabel 1989: 120). Solange der tatsächliche, reale Goldbestand mit dem Bestand an Papiergeld, das in den USA in Umlauf war, im Nennwert übereinstimmte, funktionierte dieses Abkommen auch bestens (vgl. ebd.: 123). Als aber die Ausgaben der USA in den 60ern u.a. auf Grund

⁸ USA, Japan, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien, Kanada.

des Vietnamkriegs und parallel neu durchgesetzter Sozialreformen ausarteten, versuchte die Regierung unter Nixon die Kosten durch die Inflationierung des Dollars zu decken (vgl. ebd.: 190-191). Eine direkte Ursache für die Aufhebung des Bretton-Woods Abkommens war somit die verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit der USA am Weltmarkt, welche u.a. aus der nationalen Inflation folgte (vgl. ebd.: 190). Ausgelöst wurde die Inflation in den USA wiederum durch „(...) Präsident Johnsons mangelnde Bereitschaft, zur Finanzierung des Vietnamkrieges die Steuern zu erhöhen (...)“ (ebd.: 190). Weiter wäre das Scheitern des Bretton-Woods Systems wenn die OECD-Mitgliedsländer sich auf ein „(...) neues, stärker multilateral und kooperativ organisiertes (...)“ (Bieling 2011: 95) Finanz- und Währungssystem geeinigt hätten. Beide ‚Fronten‘, Westeuropa und Japan, sowie die USA waren jedoch nicht wirklich dazu gewillt. Während Westeuropa und Japan sich kaum an den „(...) Kosten des internationalen Währungsmanagements (...)“ (ebd.: 96) beteiligten, waren die USA nicht bereit, ihre hegemoniale Machtstellung zu teilen (vgl. ebd.: 96). Der Zusammenbruch des Bretton-Woods Systems war somit nicht nur die Folge „(...) unvermeidbarer systemischer Prozesse (...)“ (ebd.: 96), sondern wurde von den beteiligten AkteurInnen auch durch „(...) politische Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen (...) aktiv gestaltet.“ (ebd.: 96). 1973 wurde die Goldbindung schließlich aufgehoben und die Industriestaaten verabschiedeten sich von festen Wechselkursen.

Das Wirtschaftssystem war in der Krise, das Währungssystem ebenfalls und der Wohlfahrtsstaat war nicht in der Lage, die daraus resultierenden sozialen Missstände auszugleichen. Die Aufgabe des Systems fester Wechselkurse führte zu weiterer Instabilität der Märkte (vgl. Piore, Sabel 1989: 195). Der Ausfall der keynesianischen Stabilität förderte die Verbreitung neuer Strukturen. Die Finanzmärkte breiteten sich aus, Spekulationen nahmen zu und es gab eine Fülle neuer geldpolitischer Möglichkeiten (vgl. Bieling 2011: 98).

Stark profitieren konnten somit die Finanzmärkte (vgl. ebd.: 98). Die neuen internationalen unbeschränkten Chancen für Kapitalflüsse ermöglichte es den Finanzinstitutionen wie „(...) den Großbanken, Versicherungen und Investmentgesellschaften (...)“ (ebd.: 98) sich „(...) räumlich wie anlagentechnisch (...)“ (ebd.: 98) zu erweitern. Darüber hinaus verbesserte sich deren strukturelle Position gegenüber den Zentralbanken und nationalen Regierungen, da nun Druck ausgeübt

werden konnte, die „(...) nationale Wirtschaftspolitik auf die Bedürfnisse des internationalen mobilen Kapitals auszurichten, um zusätzliche Investitionen zu stimulieren und der Gefahr einer Kapitalflucht entgegenzutreten.“ (ebd.: 98).

Der kapitalistische Prozess des ‚Mehrwert schaffens‘ erreichte durch die Ausweitung der Finanzmärkte ein neues Niveau. Denn ab nun waren die Märkte und Nationalstaaten nicht mehr von tatsächlich akkumuliertem Kapital abhängig, sondern konnten auf in der Zukunft liegendes Kapital (den Kredit) zurückgreifen (vgl. Schnaas 2013: 2).⁹ Gleichzeitig verringerte sich durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen die Handlungsfreiheit der Regierungen und die Abhängigkeiten gegenüber den Finanzmärkten nahmen zu (vgl. Bieling 2011: 98).

2.2 Chile 1973

Neben dem Fall von Bretton-Woods gibt es noch einen weiteren sehr markanten Meilenstein, der zur Verbreitung neoliberaler Ideen im Postfordismus beitrug. Nach dem Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende durch Augusto Pinochet in Chile im Jahr 1973 (vgl. Fülberth 2005: 262), wurde das Land zum „(...) Experimentierfeld für eine Politik, die in der Folgezeit als >>Neoliberalismus<< bezeichnet und (...) praktiziert wurde“ (ebd.: 262). Die neue Diktatur sollte bis 1990 fort dauern und als neoliberales Versuchslabor dienen. Galionsfiguren des Neoliberalismus, wie Mitarbeiter von Milton Friedman (auch bekannt als die Chicago Boys) fungierten als Berater Pinochets. In Chile wurden nun Deregulierung der Arbeitsbeziehung, Steuersenkung und Minderung der Sozialausgaben und Infrastrukturpolitik („von der allerdings der militärische Sektor so gut wie nie betroffen ist“ (ebd.: 262)), Privatisierung und Senkung der direkten Steuern durchgesetzt (vgl. ebd.: 262). Die ‚Chicago Boys‘ waren eine Gruppe chilenischer Ökonomen, die größtenteils an der *University of Chicago* unter Milton Friedman und Arnold Harberger studiert haben. Sie führten das *Chile Project* (vgl. Valdes 1995: 127) durch, welches in den 1950er Jahren vom *US State Department* organisiert und von der *Ford Foundation* (ebd.: 113) finanziert wurde. Der Kern des Projekts bestand in der Umsetzung freier Märkte, Privatisierung und Deregulierung (ebd.: 266).

⁹ Mehr zur Rolle der Finanzmärkte im Kapitalismus in *Aufstieg und Fall des Kapitalismus* von Dieter Schnaas (Schnaas 2013)

2.3 Lohnkürzungen und soziale Sparmaßnahmen

Seit die Krisentendenzen für die Wirtschaft spürbar wurden, gab es von Beginn an „(...) one force, one trend (...)“ (Brenner 2006: 146), einen Kurs, der eingeschlagen wurde, um die Voraussetzungen für eine profitable Wirtschaft wiederherzustellen (vgl. ebd.: 146). Die Unternehmen der kapitalistischen Industrieländer versuchten die Verluste durch die Verringerung der Kosten auf der ArbeitnehmerInnenseite auszugleichen (vgl. ebd.: 146). Unterstützt durch die Regierungen wurden beinahe überall, vor allem in den USA, Gewerkschaften angegriffen (vgl. ebd.: 146). Die Gewerkschaften sollen geschwächt und Arbeitsordnungen gelockert werden (vgl. ebd.: 146). Soziale Maßnahmen wurden gekürzt und das soziale Sicherheitsnetz begrenzt (vgl. ebd.: 146). Die Folge daraus war, dass der größere Teil des volkswirtschaftlichen Vermögens an die Unternehmen ging und der kleinere an die Lohnabhängigen (vgl. ebd.: 146).

„So long as economic expansion led to growing profits, capitalist interests had been prepared to tolerate the welfare system as an unfortunate necessity. But once profits began to be squeezed, they applied every sort of pressure to cut it back. Those running the state were caught.“ (Harman 2000: 41)

In diesem Prozess mögen die Reichen vielleicht reicher und die Armen ärmer werden. Aber nach der neoliberalen Logik spielt dies keine Rolle, denn der Reichtum ‚sickere‘ von ganz oben nach ganz unten zu den Ärmsten, was sich wiederum positiv auf den weltweiten Ertrag niederschlägt (vgl. Harman 2000: 5). Somit hat, nach der neoliberalen *Trickle-Down-Theorie* zufolge, die anhaltende Verschiebung des Reichtums (national und international) von unten nach oben keine Armut als Konsequenz. Der österreichische Ökonom Friedrich von Hayek, einer der wichtigsten Vertreter des Neoliberalismus, meint: „Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig.“ (Hayek 1981, Zeitungsinterview)

2.4 Verschuldung und Steuersenkung

Als die durchschnittlichen Profitraten in den G-7 Ländern zwischen 1965 und 1979 immer weiter sanken, stieg die Anzahl an Bankrott gefährdeten Unternehmen stark an, was diese enorm anfällig machte auf die Krisenmomente (vgl. Brenner 2006: 157). „Economic instability thus became the order of the day, with a full-fledged crash a real possibility (...)“ (ebd.: 157). Die Wirtschaft wurde somit im Gesamten anfälliger für „(...) the sort of domino effects that results from multiple bankrupt (...)“ (ebd.: 157). Es bestand die Gefahr vor Verschuldung und Großausfällen. Ab Mitte der 1970er Jahre sowie in den frühen 1990er Jahren durchliefen die Industrieländer massivere Rezessionen als in der gesamten Zeit seit den 1930er Jahren. „In 1974-5, 1979-82, and in the early 1990s, the advanced capitalist world did indeed sustain a series of recessions more severe than any since the 1930s (...)“ (ebd.: 157).

Neoliberale Grundsätze fanden in der Politik der Industrieländer vor allem mit Regierungsantritt von Margret Thatcher in Großbritannien 1979 und dem von Ronald Reagan in den USA 1981 (vgl. Harman 2000: 4). Die politischen Strategien, auch betitelt als *Thatcherism*, *Reaganomics* und *Monetarism* basieren auf der Idee, der Staat solle keine ökonomische Funktion erfüllen (vgl. ebd.: 4). Im Rahmen dieser Politiken wurden neben der gewerkschaftsfeindlichen auch unternehmenbevorzugende Maßnahmen getroffen. Es kam zu einer umfassenden Verringerung der Steuer auf Unternehmensgewinne, hohe persönliche Einkommen, Privatisierung staatlicher Industrien und Dienstleistungen und ein Ende der Kontrolle über Finanzflüsse (vgl. ebd.: 4).

“This ‘freeing’ of the ‘enterprise’ from ‘artificial’ control will, it is claimed, lead to a betterment of the lot of humanity as a whole. The free flow of capital to wherever it is wanted will lead to goods being produced where it is most efficient. Accumulated wealth will no longer be tied down in ‘inefficient’, ‘rust belt’ industries.” (Harman 2000: 4)

Beispielsweise wurde im *Economic Recovery Tax Act* von 1981¹⁰ die Reduzierung von Steuersätzen für Unternehmen und eine breite Liberalisierung für Steuerabschreibungen beschlossen (vgl. Brenner 2006: 197). Zwischen 1967 und 1980

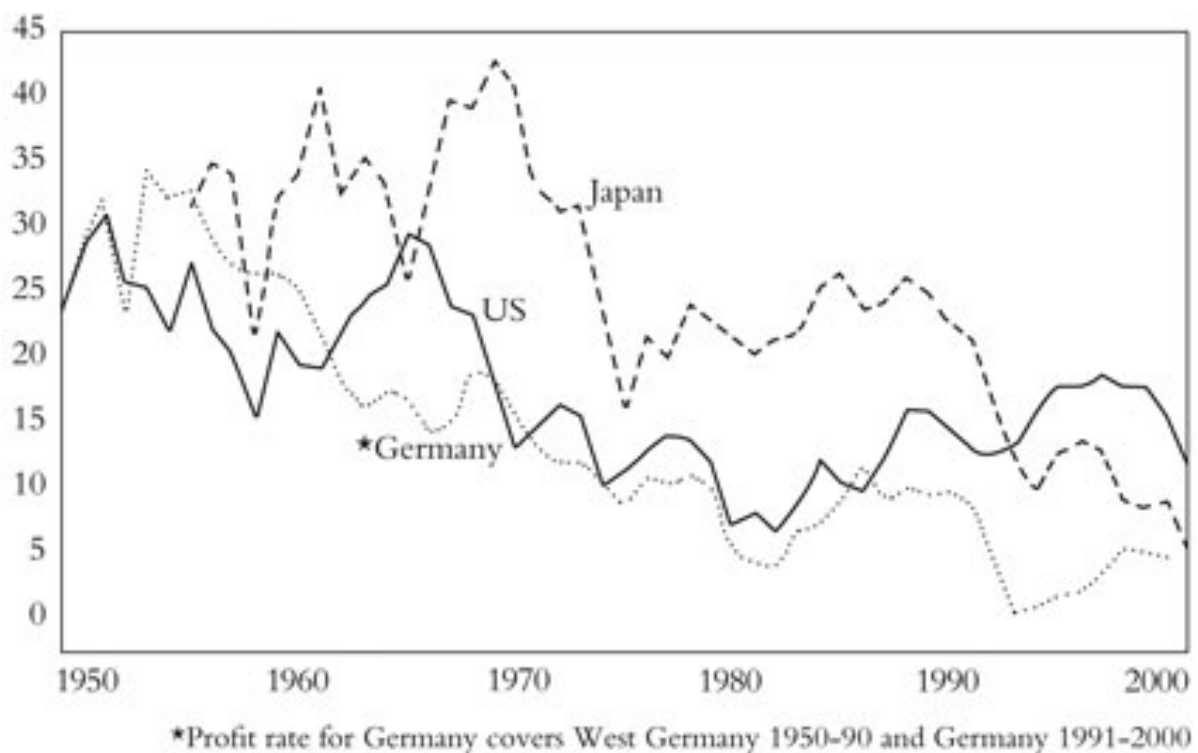
¹⁰ Für weitere Informationen über den *Economic Recovery Tax Act*: Prasad, Monica (2012): The Popular Origins of Neoliberalism in the Reagan Tax Cut of 1981. *Journal of Policy History*, 24 (no. 3, 2012), 351–83.

Economic Recovery Act (1981): URL: <http://de.scribd.com/doc/61986150/Economic-Recovery-Tax-Act-of-1981-PL-97-34>

lag der Steuersatz auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bei etwa 40 Prozent. Zwischen 1980 und 1990 sank er auf 26 Prozent (vgl. Brenner 2006: 197).

2.5 Kurzfristige Erholung, langfristige Schwächung

Tatsächlich erholte sich die Wirtschaft ab den frühen 80er Jahren wieder. Wie auf der folgenden Grafik 2 zu sehen ist, stieg die Profitrate wieder langsam an. An den Daten dreier führender Industrieländer (USA, Japan und Deutschland) in Grafik 3 kann exemplarisch die Entwicklung der Profitrate bis ins Jahr 2000 verfolgt werden. Die zwischen Mitte der 60er und Ende der 70er Jahre ins Bodenlose gefallene Profitrate regenerierte sich wieder halbwegs. Sie erreichte an der Spitze aber nur mehr das halbe Niveau von jenem des Goldenen Zeitalters.



Grafik 2: Profitraten von Deutschland, Japan und der USA (Quelle: Brenner 2006: 7)

Neoliberale Strukturmaßnahmen heilten die erkrankte Wirtschaft der 70er Jahre (vgl. Kohlmorgen 2004: 189; Lackner, Schielke 2011: 23). Liberalisierung, Privatisierung und Zurückdrängen des Staates waren Teil des Rezeptes. Vor allem war es aber eine starke und in den letzten Dekaden nicht da gewesene Verlagerung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmen. Das Stück des volkswirtschaftlichen

Kuchens, welches an die Unternehmen ging, wurde immer größer, während jenes der ArbeitnehmerInnen stetig schrumpfte. Die Löhne sanken immer weiter und wurden nicht mehr an die steigende Profitrate angepasst (vgl. Lackner, Schielke 2011: 24-25). Trotz all dieser Maßnahmen konnte die Ökonomie das Level der 1960er Jahre nicht mehr erreichen (vgl. Brenner 2006: 242). Darüber hinaus war die Wirtschaftslage überaus instabil. So gab es in den 1980er und 1990er Jahren weiterhin Krisen: die zweite Ölkrise 1979/1980, die US-Sparkassenkrise (1981), die Schuldenkrise in Lateinamerika (1982), die Japankrise (1991), die Tequila-Krise (1994), die Asienkrise (1997/1998) und die Argentinienkrise (ab 1998). Während der 1960er Jahre, als die Gewerkschaften stark die Wohlfahrtsstaaten aufgeblasen und die Regierungen hyper-regulativ und am einflussreichsten waren, erreichte der ökonomische Aufschwung seinen Spitzenwert, so Robert Brenner (vgl. Brenner 2006: 239). Seitdem durchlebt die Wirtschaft einen negativen Trend (vgl. ebd.: 239).

Temporär konnte die neoliberale Politik Besserung erreichen, dauerhaft jedoch nicht. Warum also konnte der „(...) long downturn.“ (Brenner 2006: 146) nicht gestoppt werden? Weil erstens die Problematiken der sinkenden Profitrate, der gesättigten Absatzmärkte und der Rationalisierung (vgl. Gold, Feldman 2007: 23-25; Schettkat 1997: 725; Rifkin 2004: 63) nicht grundlegend gelöst werden konnten. Zweitens waren es dieselben Vorgänge, die zur kurzfristigen Erholung der Wirtschaft führten, die auch eine langfristige Stabilität verhinderten. Unternehmen, unterstützt von den Regierungen, führten mit Erfolg eine restriktive Geld- und Sparpolitik. Durch die Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen wurde zwar die sinkende Profitrate teilweise ausgeglichen, gleichzeitig führte aber die verminderte Beschäftigung und verringerte betriebliche Auslastung sowie die Nachfrageminderung durch die Lohnsenkungen, zu finanziellen Einbußen (vgl. Brenner 2006: 146). „(...) they lost as much from reduced employment and capacity utilization, as well as declining revenues from sale, as they gained from the reduced growth of wages and social welfare costs.“ (Brenner 2006: 146-147).

Auch die Schulden und Steuergeschenke hatten sowohl positive als auch negative Auswirkungen. Die Steuersenkung auf Gewinne, persönliche Einkommen und Privatisierung wendete etliche Bankrotte angeschlagener, nicht profitabler Unternehmen ab (vgl. Harman 2000: 4; Brenner 2006: 157). Sie sorgten aber auch

dafür, dass etliche nicht mehr marktfähige Unternehmen überlebten. Während somit das Wachsen der Schulden einerseits Bankrotte verhinderte und eine große Depression abwehrte, verhinderte es andererseits die Erholung der Profitabilität, was aber unbedingt notwendig war für die langfristige Erholung der Ökonomie (vgl. Brenner 2006: 158). So kam es unter Ronald Reagan zu einer hohen Staatsverschuldung, da die enormen Steuersenkungen für Spitzenverdiener auch mit massiven Rüstungsausgaben einhergingen (vgl. ebd.: 185).

„For, by cutting recessions short and more generally making possible the survival of those high-cost, low-profit firms that perpetuated over-capacity and over-production and prevented the average rate of profit from recovering-the subsidy to demand through Keynesian debt creation prolonged the downturn. Keynesianism made the downturn both milder and longer.“ (Brenner 2006: 157).

3. Der Postfordismus

Der Postfordismus ist geprägt durch Begriffe wie Neoliberalismus, Globalisierung, Effizienzsteigerung, Flexibilisierung, Wettbewerbsstaat, Liberalisierung, Deregulierung, Minderung der Sozialausgaben, Arbeitslosigkeit und Krisen (vgl. Koch 2003: 58-61; Kohlmorgen 2004: 177; Lackner, Schielke: 14).

Herrschte im Fordismus noch die Idee eines unersättlichen Marktes vor, so stand man im Postfordismus vor der unliebsamen Kenntnis der Marktsättigung. Ein Denken und Handeln über die gewohnten Grenzen hinaus, war nötig, wollte man sich nicht mit der Stagnation des Wachstums abfinden. Einer von vielen Chancen war die Globalisierung. Die bestehenden Märkte waren gesättigt, weshalb neue internationale Wege eingeschlagen wurden. Unternehmen versuchten auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen. „Doch auch diese Märkte sind irgendwann gesättigt. (...) Durch diese Umstände kommt es zu einer verschärften Konkurrenzsituation, die sich nun nicht mehr auf einige wenige Märkte beschränkt, sondern global zu erfassen ist.“ (Klahn 2006: in: Lackner, Schielke 2011: 15).

Ab einem gewissen Punkt kam es zu den vier folgenden Auswirkungen: erstens zu einer globalen Konkurrenzsituation am Markt und in Folge auch zwischen Staaten und innerhalb der Gesellschaft (vgl. Koch 2003: 52), zweitens zu einer neuen Art von Produktion (vgl. ebd.: 52), drittens zu Global Outsourcing und viertens zum Rückgang der Beschäftigungsrate (vgl. ebd.: 54; Kohlmorgen 2004: 178; Lackner, Schielke 2011: 19).

3.1 Wettbewerb

Markt, Staat und Mensch stehen im Postfordismus unter Konkurrenz. Der Markt ist im Postfordismus einem immer stärker werdenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der Staat ist vielmehr Wettbewerbsstaat als Wohlfahrtsstaat und der Mensch wird unweigerlich zum unternehmerischen Selbst (vgl. Bröckling 2002: 172; Brunnett 2009: 57-59).

Liberalisierung und Deregulierung der Märkte bringen für die Menschen gleichsam mehr Freiheit und Entscheidungsmöglichkeiten mit sich. So wie die Spezialisierung

eines Produktes, wird die Spezialisierung des Menschen in seiner Arbeit und seinem Leben gepriesen, im Gegensatz zur fordistischen standardisierter Massenproduktion. Die individuelle, eigenständige und flexible Wahlchance ist das höchste Gut. Im Postfordismus geht es darum, individuelle Fertigkeiten, Anschauungen und Ziele zu finden und nach außen zu tragen. Jeder Mensch soll seine eigenen Entscheidungen treffen und seine eigenen Wege gehen können (vgl. Bröckling 2002: 172; Brunnett 2009: 59).

Die Krux ist, dass alle Individuen dieselben Fertigkeiten, Anschauungen und Ziele anstreben. Die individuelle Wahl ist lediglich vermeintlich jene des spezifischen Subjekts. Denn es handelt sich um subjektive Entscheidungen, die in Wahrheit von allen Subjekten der Gesellschaft getroffen werden (vgl. Bröckling 2002: 172; Brunnett 2009: 59). Das Ideal im Postfordismus, in dem Effizienz- und Wettbewerbsdruck besteht, ist das ‚unternehmerische Selbst‘. Das Subjekt als eigenes Unternehmen, das markt- und leistungsfähig ist, zielorientiert und rational. Das Ideal ist schön, klug und erfolgreich. „In Frage kommen dafür gutes Aussehen, hohe Schulbildung, gute Umgangsformen, attraktive, gebildete oder speziell ausgewiesene PartnerInnen (...). (vgl. Voswinkel 2001: 34 in: Brunnett 2009: 59). Das Ideal des ‚unternehmerischen Selbst‘, auch benannt als *homo oeconomicus*, ist die Spiegelung der ökonomischen Strukturen auf den Menschen. Das Ideal „(...) unterwirft AkteurInnen einem ökonomischen „Raster“ oder „Schema“.“ (Foucault 2006: 314 in: Brunnett 2001: 57).

Hegemonial und unbewusst werden die Strukturen von der Gesellschaft mitgetragen. Es handelt sich um „(...) eine zutiefst konservative, auf individuelle Anpassung ausgerichtete „Realfiktion“, die erst dann wirksam wird, wenn sie massenhaft „freiwillig“ adaptiert wird.“ (Brunnett 2001: 59-60). Kennzeichen des Postfordismus wie Internationalisierung, Effizienz, Konkurrenz und Wachstumszwang gilt nicht nur für die Produktionsweise und den Staat, sondern gleichermaßen für den Menschen. Es erfolgt eine in-Wert-Setzung des Menschen, wobei der Wert von der Leistung abhängt. „Wer Erfolg hat, hat ihn verdient; wer keinen hat, hat etwas falsch gemacht. Alle Fehler wiederum reduzieren sich im Grunde auf den einen, sich nicht (hinreichend) am Markt orientiert zu haben.“ (Bröckling 2002: 172; Brunnett 2001: 59).

Auch die Verantwortung für den sozialen Status liegt am Individuum selbst, während die Netze der sozialen Sicherung immer durchlässiger werden.

3.2 Flexible Spezialisierung

Die Produkte mussten kurzlebiger sein als zuvor, damit man die Gesellschaft öfter damit ausstatten konnte, darüber hinaus mussten stets neue Konsumwünsche generiert werden, um neue Güter auf den Markt zu bringen. Folglich war, im Gegensatz zur fordistischen Massenproduktion, hochgradige Spezialisierung notwendig. Nischen mussten gefunden werden, fortwährend neue Konsumwünsche und Produkte entwickelt werden und Betriebe mussten sich neu organisieren. So war es einerseits nicht mehr rentabel, den gesamten Produktionsprozess auf ein bestimmtes Massenprodukt abzustimmen und abzuwickeln und andererseits war es nötig immer flexibler und auf kurzen Zeitraum hin zu planen. Angesichts dessen schließen sich die Unternehmen zu spezialisierten, flexiblen, internationalen Netzwerken zusammen und begegnen somit den verschärften Wettbewerbsbedingungen (vgl. Kohlmorgen 2004: 173; Lackner, Schielke 2011: 15).

Die flexible Spezialisierung im Postfordismus ist nötig, um den heterogenen und schnell wechselnden Konsumwünschen gerecht zu werden. Trotz allen Veränderungen existiert die standardisierte, fordistische Fließband Massenproduktion nach wie vor. Vermehrt in Osteuropa, den Schwellenländern und Entwicklungsländern (vgl. ebd.)

3.3 Global Outsourcing

In weiterer Folge des Wettbewerb-Drucks kommt es zu Global Outsourcing. Das Ziel ist, alle Bereiche des Unternehmens, wie die Produktion, die Ressourcen und die Arbeitskräfte möglichst effizient und kostengünstig zu halten (vgl. Koch 2003: 52; Kohlmorgen 2004: 178; Lackner, Schielke 2011: 19). In einer globalisierten Welt mit internationalen Märkten bedeutet dies, dass am günstigsten Standort produziert wird, die Ressourcen dort beschafft werden, wo sie am billigsten sind und jene Arbeitskräfte eingesetzt werden, die am wenigsten Lohn verlangen. Es ist ein postfordistisches Gesamtrezept, dass nicht nur die Produktion betrifft, sondern auch die Gütermärkte, die Finanzmärkte, die Politik und die Menschen. Es ist eine „Globalisierung der Gütermärkte, handelspolitischer Liberalisierung, Globalisierung der Finanzmärkte, Deregulierung der Kapitalmärkte und zur Globalisierung der Produktion und Produktionssysteme.“ (Götz 2010: 24). Globalisierung ist eine

Entwicklung, die alle Teile, Länder und Völker dieser Welt miteinander verbindet (vgl. Waters 1995: 3 in: Wimmer 2000: 10). „Es gibt heute keine sozialräumlich geschlossenen Gesellschaften mehr, mit denen Kommunikation nicht möglich wäre – selbst nomadisierende Jäger- und Sammlergruppen sind in Tourismusprogramme einbezogen und kommen so zu Bargeld, mit welchem man praktische Dingen kaufen kann, (...). (Wimmer 2000: 11).

Fortschritte in der Informationstechnologie förderten die postfordistischen Strukturen, da internationale Vernetzungen und der Austausch von Informationen in Echtzeit möglich wurden (vgl. Castells 2001: 108). Manuel Castells analysiert in seiner Diagnose *Netzwerkanalyse* (2001) die Informationstechnologie in Zeiten des Kapitalismus und erkennt ihre Wichtigkeit als Basis im Postfordismus. Information und Wissen gewinnt dadurch einerseits an Wert, andererseits verliert es an Selbstwert. Wissen wird zu Produktivwissen, dass als Produktionsfaktor zum Wettbewerbsvorteil wird.

„Es ist eine Wirtschaft mit der Fähigkeit, als Einheit in Echtzeit oder gewählter Zeit auf globaler Ebene zu funktionieren. Während der Kapitalismus durch seine unablässige Expansion gekennzeichnet ist, in der er ständig versucht, die Grenzen von Zeit und Raum zu überwinden, erlangte die Weltwirtschaft erst Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die Fähigkeit wahrhaft global zu werden. Die notwendige Grundlage dafür war die neue Infrastruktur, die durch die Informations- und Kommunikationstechnologien bereitgestellt wurde. Hinzu kam die entscheidende Hilfestellung der Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik, die von Regierungen und internationalen Institutionen betrieben wurde.“
(Castells 2001: 108)

3.4 Der Rückgang der Beschäftigungsrate

Eine negative Folge von technologischen Neuerungen sind die Einsparungen der Unternehmen durch Streichung von Arbeitsplätzen (vgl. Rifkin 2004: 1). Konnte die Wegrationalisierung im Fordismus durch noch nicht gesättigte Märkte ausgeglichen werden, führt sie im Postfordismus zu stabilen Arbeitslosenzahlen. Technische Entwicklungen machen es möglich, die gleiche oder eine größere Menge an Produkten in kürzerer Zeit herzustellen. Anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen und

die ArbeitnehmerInnen weiter zu beschäftigen, ist es kurzfristig für die Unternehmen rentabler, Arbeitskraft, die durch Technik ersetzt werden kann, zu streichen (vgl. ebd.: 1). Genau hier liegt das Problem. Wer soll die Produkte nun kaufen? Woher soll die Nachfrage kommen? Dieser Widerspruch ist unlösbar und seine negativen Nachwehen nur zeitlich aufschiebbar. Jeremy Rifkin beschreibt diese Krux anhand der US – Stahlindustrie. Zwischen 1982 und 2002 stieg die Stahlproduktion in den USA von 75 Mio. Tonnen auf 102 Mio. Tonnen. Gleichzeitig sank die Anzahl der ArbeiterInnen von 289.000 auf 74.000. Rifkin betont: „Herein lies the conundrum. If dramatic advances in productivity can replace more and more human labour, resulting in more workers being let go from the workforce, where will the consumer demand come from to buy all the potential new products and services?“ (ebd.: 1). Die alte Marktlogik, technische Neuerungen würden Arbeitsplätze zerstören, dafür aber neue kreieren, weil gleichzeitig neue Produkte und Absatzmärkte geschaffen werden, ist laut Rifkin nicht mehr wahr. Nach ihm sind wir gezwungen, uns den Widersinn einzugestehen, der im Herzen unserer Ökonomie liegt und von Beginn an präsent war (siehe 5.2).

4. Zwischenfazit

Neoliberale Strukturen, die den Postfordismus kennzeichnen, sind bereits in der Zwischenkriegszeit entstanden, konnten sich aber erst in den 70ern durchsetzen. Gleich dem Fordismus beruht der Postfordismus auf Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Mehrwert (vgl. Kohlmorgen 2004: 189; Lackner, Schielke 2011: 23). Als der Fordismus in den 1970er Jahren in die Krise geriet, konnten neoliberale Strukturen, die in den kapitalistischen Industrieländern durch den Reaganismus und Thatcherismus ihren politischen Ausdruck fanden, umgesetzt werden (vgl. Harman 2000: 4). Seitdem haben die Unternehmen und Finanzmärkte ihre Überlegenheit ausgebaut, wurden die Löhne nicht mehr erhöht, die Kreditvergaben restriktiviert und die Sparmaßnahmen vergrößert (vgl. Brenner 2006: 239). Gewerkschaften wurden geschwächt und die Industrie gestärkt, durch enorme Steuerreduktionen profitierte die Reichen der Bevölkerung (vgl. ebd.: 239). Die Märkte sind global und die Finanzflüsse uneingeschränkt, internationale Unternehmen sind frei, um sich die besten profitabelsten Standorte zu finden (vgl. ebd.: 239). Die Finanzmärkte sind frei „(...) to squeeze more money from money.“ (ebd.: 239). Die *Weltbank* und der *Internationale Währungsfond* nehmen eine führende Rolle bei globalen Entscheidungsmechanismen ein, die Sowietunion ist besiegt und China hat den kapitalistischen Weg, „(...) the capitalist road.“ (ebd.: 239) eingeschlagen. Der gesellschaftliche Wohlstand wird monetär definiert.

„Yet, despite all this, things are not going smoothly for the world capitalist economy.“ (Brenner 2006: 239). Denn trotz der massiven neoliberalen Gegensteuerung haben die kapitalistischen Industrieländer es nicht geschafft langfristige Stabilität und Wachstum zu generieren. In den 1960er Jahren erreichte der „(...) economic boom (...)“ (Brenner 2006: 239) seinen Spitzenwert. Seitdem fielen die ökonomischen Daten mit jedem Jahrzehnt düsterer aus. „The 1970s were worse than the 1960s, the 1980s worse than the 1970s, and 1990s have been worse than the 1980s.“ (ebd.: 239). Tabelle 2 zeigt das GDP und die Arbeitslosenrate der USA, Japan, Deutschland, der Euro 12 und G-7 Staaten von 1960 bis 2005. Während das GDP bei allen Länder(gruppen) über die Jahrzehnte sank, stieg die Arbeitslosenquote an.

	1960–69	1969–79	1979–90	1990–95	1995–2000	1990–2000	2000–05
GDP							
US	4.2	3.2	3.2	2.5	4.1	3.3	2.6
Japan	10.1	4.4	3.9	1.5	1.3	1.4	1.2
Germany	4.4	2.8	2.3	2.1	2.0	2.1	0.7
Euro 12	5.3	3.2	2.4	1.6	2.7	2.2	1.4
G-7	5.1	3.6	3.0	2.5	1.9	3.1	—

(Average annual per cent change)

Unemployment Rate							
US	4.8	6.2	7.1	6.5	4.6	5.6	5.4
Japan	1.4	1.7	2.5	2.6	4.1	3.3	5.0
Germany	0.8	2.1	5.8	7.2	8.3	7.7	8.7
Euro 15	2.3	4.6	9.1	9.3	9.0	9.2	7.7
G-7	3.1	4.9	6.8	6.7	6.4	6.6	—
	(60–73)	(73–79)					

Tabelle 2: GDP Arbeitslosenrate der USA, Japan, Deutschland, der Euro 12 und G-7 Staaten von 1960 bis 2005. (Quelle: OECD, Historical Statistics, 1960- 1995, 1995, Table 2.15, 3.1, 3.2; 'Statistical Annex' European Economy, Autumn 2005, Tables II and 31; OECD, Economic Outlook Database, IMF, World Economic Outlook Database; Andrew Glyn, 'Imbalances of the Global Economy,' New Left Review 31 (July-August, 2005); Armstrong et al, Capitalism Since 1945, p. 356, Table A6. In: Brenner 2006: 240)

Obwohl sich Wettbewerb und Deregulierung hervorgehoben haben, obwohl der Wohlfahrtsstaat und die Sozialausgaben, die Löhne und die Gewerkschaften beschränkt wurden und obwohl sich der freie Markt und Finanzflüsse durchgesetzt haben, konnte die Prosperität der 1960er Jahre nicht annähernd wiederhergestellt werden (vgl. Brenner 2006: 242).

All die Widersprüche, die in dem historischen Abriss vom Fordismus bis zum Postfordismus ausreichend dargestellt wurden, geben mehr als genug Anlass, das Postulat des Wirtschaftswachstums zu hinterfragen.

TEIL II

Die Wachstumskritik und Alternativen

5. Warum müssen wir wachsen? Die Operationalisierung von Wachstumskritik, Wachstum und Wohlstand

Wir müssen wachsen, um Arbeitsplätze zu schaffen, in Bildung zu investieren und den Wohlstand zu sichern, so die gängigsten Antworten von PolitikerInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen. In diesem Kapitel wird der Frage: ‚Warum müssen wir wachsen?‘ nachgegangen. Dazu wird das breite Feld der Wachstumskritik thematisiert, die Begriffe ‚Wachstum‘ und ‚Wohlstand‘ operationalisiert, sowie das Bruttoinlandsprodukt und alternative Wohlstandsindikatoren vorgestellt.

5.1 Was ist Wachstumskritik?

Ökonomisches Wachstum schafft Wohlstand. Ein Postulat, das sich für die Industrieländer über Dekaden hinweg als wahr erwiesen hat. Durch die Industrialisierung, die Schaffung neuer Technologien und maschineller Fertigung sowie durch die Generierung neuer Märkte und die Vermehrung von Gewinn konnten breite Bevölkerungsschichten zu Wohlstand gelangen. Armut wurde zu Reichtum, familiäre soziale Sicherheit zu staatlicher keynesianischer Absicherung und Agrar- zu Industrie- und Industrie- zu Dienstleistungsarbeit. Dennoch werden die Stimmen von WachstumskritikerInnen seit einigen Jahrzehnten immer lauter. Spätestens seit der Veröffentlichung des Berichtes *Die Grenzen des Wachstum* (1972), der von dem nichtkommerziellen Think Tank *Club of Rome* in Auftrag gegeben wurde, wird das kapitalistische System kritisiert und in Frage gestellt (vgl. Meadows et al 1972). Die Autoren zeigen in verschiedenen computermodellbasierten Analysen die möglichen globalen Auswirkungen ökonomischer und sozialer Komponenten, wie der Industrialisierung, der Ausbeutung von Rohstoffen und Bevölkerungswachstum, auf. Seitdem stehen sich Wachstumskritiker und – BefürworterInnen gegenüber. Während bei ersteren die Bandbreite sehr groß ist und zwischen Vorschlägen für verändertes Wachstum, geringeres Wachstum, Nullwachstum und Negativwachstum schwankt, liegt der Fokus bei Zweiteren vor allem darauf, Möglichkeiten zu finden, Wachstum weiterhin zu generieren, sei es auch grün oder qualitativ.

„Wir leben dabei in einem merkwürdig schizophrenen Zustand. Die Feuilletons sind voll von Rufen nach dem Endes des Wirtschaftswachstums, während in den Politik- und Wirtschaftsteilen oft desselben Mediums unverdrossen Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Wachstum zu erhalten oder zu verstärken sei.“

meint der Ökonom Karl-Heinz Paqué (Paqué 2013: 1-2). Es gibt viele Pros und Kontras in der Debatte um das Wachstum. Der oben beschriebene schizophrene Zustand ist das Zusammenkommen systemimmanenter und systemkritisierender Ideen, außerhalb und innerhalb von hegemonialem Denken. Wachstumskritik und die Widersprüche zwischen den verschiedenen Ansätzen ergeben sich als Folge vom Verständnis, was Wachstum und Wohlstand überhaupt sind (vgl. Paqué 2013: 2). Man muss die grundsätzliche Frage stellen, ob die Begriffe Wachstum und Wohlstand ausreichend operationalisiert sind. Ist Wohlstand gleich Wachstum? Ist das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator treffend definiert?

Die Kritik am Wachstum hat verschiedene Ursachen. Angefangen bei der ökologischen Problematik über systeminhärente Widersprüche bis hin zur Kritik der Gleichsetzung von Wohlstand, Glück und Wachstum.

Die Skepsis beschränkt sich mittlerweile keineswegs mehr auf Intellektuelle und deren Fachliteratur, sondern ist bereits inmitten der Gesellschaft angekommen. Durch die Finanzkrise und ihre Folgen setzte eine generelle Sensibilisierung für das Thema ein. So berichten vermehrt Medien über die Thematik. Wie auch „Die Zeit“ am 18. August 2010, wo die Autorin Pinzler die Ergebnisse einer Meinungsumfrage des Forschungsinstituts TNS Emnid zusammenfasst (vgl. Pennekamp 2011: 5). „Die Wirtschaftskrise hat die Deutschen nachdenklicher und wachstumskritischer gemacht. Mag sein, dass die Konjunktur wieder anzieht – aber nur noch ein Drittel der Bürger glaubt daran, dass das Wachstum automatisch auch ihre private Lebensqualität steigern wird.“ (Pinzler 2010: 1). Das spiegelt sich auch im gesellschaftlichen Wertesystem wieder, da der Umfrage nach immerhin „88 Prozent der Befragten finden (Anm. d. R.), das derzeitige System berücksichtige weder den »Schutz der Umwelt«, noch den »sorgsam Umgang mit den Ressourcen« oder den »sozialen Ausgleich in der Gesellschaft« genügend.“ (Pinzler 2010: 1). Das Vertrauen in die bestehende Wirtschaftsordnung ist erschüttert. Lediglich „jeder dritte Deutsche glaubt noch an die »Selbstheilungskräfte des Marktes«, die Jungen sogar noch weniger als die Alten.“ (Pinzler 2010: 1).

Im Kapitalismus konnten die Industrienationen Wohlstand erreichen, doch der Trend zur Veränderung wird stärker, da die Produktionsweise an seine Grenzen stößt. Ein auf Mehrwert und fossiler Energie beruhendes System muss zwangsweise ins Straucheln geraten, sobald die Möglichkeiten auf Mehrwert und die fossilen Ressourcen verbraucht sind. Der Kapitalismus zehrt solange von sich selbst, bis ihm die Basis fehlt. Dieter Schnaas, Chefreporter der Wirtschaftswoche setzt sich mit dem immanenten Widerspruch unserer Zeit auseinander. „Hat sich der Kapitalismus als expandierendes System nicht längst überlebt, weil seine konstitutive Grenzenlosigkeit nicht mehr zusammenpasst mit der Endlichkeit globaler Ressourcen?“ (Schnaas 2013: 1). Wie er skizziert, waren sich bereits im 19. Jahrhundert die Ökonomen nicht einig. Während Josef Schumpeter davon überzeugt war, dass der Kapitalismus von seinen Widersprüchen lebt und immer weiter, neu, unruhig, wuchernd und erfinderisch weiterleben wird (vgl. Schnaas 2013: 1), zeichnete John Maynard Keynes ein Bild von entwickelten Industriestaaten, die ohne weiteres Wachstum auskommen und das Geleistete einfach genießen können. Laut ihm setze dieser Zustand in 15 Jahren ein, denn 1928 schrieb der Ökonom, dass sich das wirtschaftliche Problem sich in hundert Jahren erledigt hätte. „I draw the conclusion that (...) the economic problem may be solved, or be at least within sight of solution, within a hundred years“ (Keynes 1930: 4). „Der Kapitalismus habe uns dann in paradiesische Wohlbefindlichkeitsweiten expediert, wir könnten seinen ratternden Fortschrittsmotor abstellen, uns unter den Baum der Prosperität legen und die Früchte unseres Reichtums genießen.“ (Schnaas 2013: 1; vgl. Keynes 1930: 4-7).

Die Frage, ob ökonomisches Wachstum wirklich unabdingbar ist, ergibt sich aus dem Zweifel, ob Wachstum überhaupt bis ins Unendliche fortgeführt werden könne. Bisher gab es für Wachstum keine oder wenig Einschränkung, da im bisherigen kapitalistischen System die Märkte global erweitert werden konnten (vgl. Schnaas 2013: 1). Die im Fordismus überwiegenden Binnenmärkte mussten in Folge von Sättigung ausgedehnt werden, um einen systemischen Kollaps zu verhindern (vgl. Koch 2003: 52; Kohlmorgen 2004: 178; Lackner, Schielke 2011: 19). Da die marktwirtschaftliche Essenz des Postfordismus der Gewinn ist, sich aber die Wettbewerbsvorteile in bisher billigeren Ländern für die Industriestaaten langsam aber sicher verringern, ist auch dieser Vorteil bald aufgebraucht. Die Möglichkeiten

einer Marktausweitung sind begrenzt (vgl. Siebert 2000: o.S.). Was bisher noch funktionierte, wird es vielleicht nicht mehr lange tun.

Der Kapitalismus kann in seiner jetzigen Form nicht mehr lange funktionieren. Seine Porosität ist in etlichen Gesichtspunkten bereits offensichtlich. Staaten, die in den letzten zwanzig Jahren ein positives Wachstum zu verzeichnen hatten, haben Schulden in Milliardenhöhe, die Länder der Peripherie ziehen wirtschaftlich nach, was die globale Konkurrenz insgesamt steigert und die Marktmöglichkeiten mindert, Ressourcen werden übernutzt und wachsende soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit sind ständige Phänomene dieser Zeit (vgl. ebd.; Schnaas 2013: 1; Brand et al 2000: 63; Pirgmaier 2012: 4).

5.2 Die Operationalisierung von Wachstum

Wachstum als Lösung. Ist ‚mehr‘ gleichzeitig ‚besser‘? Bedeutet Wirtschaftswachstum auch Wohlstand und Lebenszufriedenheit? Im Folgenden wird operationalisiert, was Wirtschaftswachstum bedeuten kann, welches Schaffungspotential ihm zugeschrieben wird und wie es definiert und gemessen wird.

5.2.1 Wachstum als Innovation und Problemlöser

Wachstum bedeutet für den Wirtschaftswissenschaftler Karl-Heinz Paqué mehr als nur monetären Gewinn. Für ihn ist es ein Zeichen für „(...) Originalität und geistige Schlagkraft“ (Paqué 2013: 4), für „Innovationskraft (...) der Menschen“ (ebd.: 4) und es ist vor allem das „(...) Mittel zum Zweck, um viele andere Ziele der Gesellschaft zu erreichen.“ (ebd.: 4). Für den überwiegenden Teil der ÖkonomInnen und PolitikerInnen ist Wirtschaftswachstum der Antriebsmotor für Innovation, die Lösung für alle Probleme, sei es Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit oder Umweltschutz und vor allem ist es der Schlüssel zum Wohlstand.

Der hegemoniale Anspruch von Wirtschaftswachstum reicht so weit, dass er in nationalen Strukturen, wie in Österreich oder Deutschland, sowie in supranationalen Strukturen, wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union, klar erkenntlich wird:

Der *Stabilitäts- und Wachstumspakt* der Europäischen Union soll, wie der Name schon verrät, Stabilität und Wachstum sichern. Genauer gesagt, soll durch den Pakt das übermäßige Verschuldungsverhalten, welches etliche Mitgliedsländer an den Tag legen, verhindert werden. Der Euro würde dann als sichere Währung gelten und somit die Inflation beschränken. Dieser theoretische Plan ging in der Praxis leider nicht auf. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt sind die jährliche öffentliche Verschuldungsgrenze auf 60% des jeweiligen nationalen BIP und das jährliche Haushaltsdefizit auf 3% des BIP festgesetzt. Dennoch überschritt Deutschland die Defizitgrenzen bereits 2002 und das, obwohl der Pakt mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 geltendes EU-Recht wurde (vgl. Reiermann 2012: o.S.)¹¹ In Mitte der Finanzkrise konnten bereits 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten die Kriterien nicht erfüllen (o.V. 2009: o.S.).¹² Trotz Dysfunktionalitäten wird an den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakt nun bereits seit über 15 Jahren festgehalten.

Nicht nur Länderbünde wie die EU, sondern auch Nationalstaaten orientieren sich am Wachstum. Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin, verkündet beispielsweise in der Regierungserklärung 2009 ihre Anschauungen zum Thema Wirtschaftswachstum:

"Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen. Das ist meine Überzeugung, eine Überzeugung, die auf meiner Grundauffassung von Politik gründet" (Merkel 2009, Regierungserklärung).¹³

Ähnlich klang auch die Erklärung Michael Spindeleggers, Österreichs Außenminister und Vizekanzler 2012, zur Wichtigkeit von Wirtschaftswachstum:

"Eine erfolgreiche Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, Arbeit, Wachstum, Pensionen und soziale Sicherheit." (Spindelegger 2012, Erklärung).¹⁴

¹¹ Reierman, Christian / Wiegrefe, Klaus (2012): Herr und Helfer. In: Der Spiegel, 29. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-87347210.html>

¹² o.V. 2009, Staatsschulden: Brüssel straft Österreich ab. In: Die Presse, Print Ausgabe, 07.10.2009

¹³ Merkel, Angela. Regierungserklärung. 10.11.2009. In: Bulletin 112-1. URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/11/112-1-bk-bt.html>

¹⁴ Spindelegger, Michael. Erklärung. 24.12.2012. URL: <http://www.oevp.at/wirtschaft/index.aspx?pageid=63187>

Auch die Vereinten Nationen verkünden Wirtschaftswachstum als effektivste Strategie gegen Armut und für Entwicklung:

"Wirtschaftliches Wachstum ist der Motor der Entwicklung überhaupt. Ohne Wirtschaftswachstum kann es keine nachhaltige Steigerung des privaten oder staatlichen Konsums, der privaten oder öffentlichen Kapitalbildung, der Gesundheit, der Wohlfahrt und der Sicherheit geben. (...) Wachstum soll die Vollbeschäftigung und die Verringerung der Armut fördern und durch größere Chancengleichheit eine ausgewogenere Einkommensverteilung erreichen." (UN: Agenda für Entwicklung 1994).¹⁵

Wie man an den Zitaten erkennt, ist die Meinungen vieler PolitikerInnen und ÖkonomInnen, dass Wirtschaftswachstum eine entscheidende Rolle spielt. Wir müssen also wachsen, um unser Wohlstandslevel aufrechtzuerhalten, um Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu bringen, um uns weiterzuentwickeln, um den Umweltschutz voranzutreiben und um sozial abgesichert zu sein.

Warum hat sich der Wachstumsimperativ derart tief in die Köpfe der Menschen eingebrannt? Karsten Herzmann schiebt in seinem 2009 erschienenen Artikel *Wohlstand für alle. Delegitimation von Staat und Politik aufgrund falscher Wachstumserwartungen* (vgl. Herzmann 2009) über falsche Wachstumserwartungen und ihre verheerenden Auswirkungen. Herzmann erkennt die Ursachen für das vorherrschende Wachstumspostulat in einem historischen Kontext. Das Festhalten an Wirtschaftswachstum habe seinen Ursprung in der Vergangenheit, genauer: in der Generation der Nachkriegsjahre. Damals musste Europa tatsächlich wieder aufgebaut werden, Investitionen wurden getätigt, alte Märkte belebt und neue geschaffen. Diese Generation erlebte das Wachstum und seine Effekte, von dem die PolitikerInnen und ÖkonomInnen heute sprechen, selbst mit. Laut Herzmann hat ein Großteil der Bevölkerung „(...) über Jahrzehnte die Erfahrung gemacht, dass im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs auch der eigene Wohlstand jedes Jahr zunimmt. Was anfangs noch ein (Wirtschafts-)Wunder war, galt schon bald als Normalfall." (Herzmann 2009: 4). Diese historischen Nachwehen und die heutige Politik verstärken sich gegenseitig. Die politischen Akteure halten an der Funktionalität des Wachstums fest und werben mit dessen positiven Seiten bei der Wählerschaft. "Die

¹⁵ UN. Agenda für Entwicklung. Bericht des Generalsekretärs. 06.05.1994. URL: <http://www.un.org/depts/german/gv-sonst/adev/adev-3.htm#IIB>

Parteien werben in Wahlkämpfen damit, dass sie über das bessere Wachstumsrezept verfügen und damit den Schlüssel zu weiterem Wohlstand in Händen halten." (Herzmann 2009: 5). Politische Akteure, seien es einzelne PolitikerInnen, Parteien oder supranationale Zusammenschlüsse, setzen sich dadurch selbst unter Druck, das Versprochene mit dem Mittel des Wachstums zu erfüllen. Politische Legitimation erfolgt somit vor allem durch Wirtschaftswachstum. Anders gesagt: ohne Wirtschaftswachstum können sich die politischen Akteure unserer Zeit nicht legitimieren.

Der Kapitalismus wird nicht nur mit Wachstum, Innovation und Möglichkeiten assoziiert, sondern auch mit Verselbstständigung, Eigensinnigkeit, Skandal und Freiheit (vgl. Wimmer 1996: 401).

„ (...) die Freisetzung und Verselbstständigung der Wirtschaft (d.h. Kapitalismus) als eines „eigensinnigen“, selbstgesteuerten Sozialsystems (Luhmann) wurde bereits von Adam Smith (invisible Hand) und in den Kreislauflehren der Merkantilisten erkannt; Karl Marx sah in der Eigengesetzlichkeit oder „Naturwüchsigkeit“ der kapitalistischen Wirtschaft den eigentlichen Skandal der Moderne, den es zu beseitigen gelte. Die Frühliberalen betonten dagegen „Freiheit“ und meinten damit in erster Linie die Freiheit und Autonomie der Wirtschaft, die es gegen Übergriffe seitens des Staates zu verteidigen und grundrechtlich abzusichern gelte.“ (Wimmer 1996: 402).

Milton Friedman, eine der Gallionsfiguren im Paradigmenwechsel zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus, sah im Kapitalismus und dem damit verbundenen Wachstum in erster Linie Freiheit und Möglichkeiten. Friedman selbst verstand sich als klassischer Liberaler und nahm als einer der Chicago Boys großen Einfluss auf die Wirtschaftsgeschichte. Sein Fetisch war nicht nur der freie Markt, sondern die Freiheit in sämtlichen Bereichen des Lebens. Freiheit war für Friedman nicht nur das höchste Gut für den kapitalistischen Markt, sondern auch für den Menschen (vgl. Boeckh, Huster 2008: 67). Nicht nur der Markt, sondern auch der Mensch muss ohne Bande sein, damit politische und wirtschaftliche Freiheit möglich sind (vgl. Friedman 2004: 30-35; Friedman 1971: 20-21). Die Freiheit des Marktes ist für ihn die unabdingbare Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Marktes. In seinem Buch Kapitalismus und Freiheit schreibt Friedman Anfang der 70er Jahre, über die „(...) Rolle des wettbewerblich organisierten Kapitalismus – also die

Organisation der ganzen Masse der wirtschaftlichen Aktivität durch private Unternehmen, die auf freien Märkten operieren – als eines Systems von wirtschaftlicher Freiheit und einer notwendigen Bedingung für politische Freiheit.“ (Milton Friedman 1971: 22). Kapitalismus ist neben der Notwendigkeit politischer Freiheit, laut Friedman, außerdem für die Abnahme von Armut verantwortlich. Durch das Wirtschaftswachstum und die freie Marktwirtschaft konnten die westlichen Länder zu einem vorher nie da gewesenen Wohlstand gelangen. „Das außergewöhnliche wirtschaftliche Wachstum in den westlichen Ländern während der letzten zweihundert Jahre und die weite Streuung der Vorzüge des freien Wettbewerbs führten zu einer erheblichen Verringerung der Armut im absoluten Sinn in den kapitalistischen Ländern des Westens.“ (Friedman 1971: 244). Mit der Armut, schließt Friedman weiter, sank auch die Ungleichheit. Zumindest in den westlichen kapitalistischen Gesellschaften. Was er als Beweis für die Funktionalität und Wichtigkeit des Kapitalismus erkannte, denn es gibt „(...)sicherlich entschieden weniger Ungleichheit in westlichen kapitalistischen Gesellschaften wie den skandinavischen Ländern, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten als in einer Statusgesellschaft wie in Indien oder in einem rückständigen Land wie Ägypten.“ (Friedman 1971: 218).

Dies alles bewirken der Kapitalismus, der freie Markt und das Wirtschaftswachstum. Friedman erklärt bereits in den 70ern und früher, dass wir so zu Wohlstand und Freiheit gelangen. Denn er ist überzeugt, dass das Besondere am Kapitalismus die Möglichkeiten sind, die er eröffnet, um etwas zu erreichen. Wie ein Geschenk verschafft das System den Menschen eine „Vielzahl an Möglichkeiten (...) zur Ausweitung, Entwicklung und Verbesserung ihrer Fähigkeiten.“ (Friedman 1971: 217). Demnach sind wir alle selbst unseres Glückes Schmied und um dieses bestmöglich umzusetzen, müssen wir frei sein. Frei von Auflagen, frei von Gesetzen und frei vom Staat, damit wir frei sind, im Markt, in der Politik und im Leben.

Wie in diesem Abschnitt aufgezeigt, wurde Wachstum bisher als Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit, Gleichheit, Chancen und Arbeitsplätze gesehen. Laut WachstumskritikerInnen haben nun allerdings selbst die Industrieländer einen Punkt erreicht, an dem sich etliche positive Effekte des Wachstums ins Negative umkehren. Wohlstand kann nicht mehr mit Wachstum gleichgesetzt werden, kapitalistische Freiheiten und Chancen werden als vermeintliche erkannt, soziale Gleichheit

existiert nur selektiv und Arbeitsplätzemangel ist zu einer Realität im Postkapitalismus geworden.

5.3 Die Messung von Wohlstand

Das Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP, ist weltweit der anerkannteste Wohlstandsindikator. Es misst die Wirtschaftsstärke einer Volkswirtschaft und es wird ihm stets große Aussagekraft über den Wohlstand eines Landes zugeschrieben. Die Kritik gegenüber dem BIP bezieht sich auf diese beigemessene Aussagekraft und führt in der Konsequenz zu einem Diskurs über alternative Wohlstandsindikatoren.

5.3.1 Das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator

Das BIP misst im Grunde nichts anderes als das Wachsen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes, welche am volkswirtschaftlichen monetären Einkommen festgemacht wird. Eine positive Wachstumsrate bedeutet also, dass ein Land mehr Geld verdient hat als im Vorjahr.¹⁶

Laut KritikerInnen ist das BIP äußerst ungeeignet als Wohlstandsindikator. Zum einen erfasst das BIP nur monetär entlohnte Tätigkeiten, die über den ökonomischen Markt ablaufen, aber keine unentgeltlichen wesentlichen Leistungen wie Reproduktionsarbeit (Pflege, Erziehung) und ehrenamtliche Arbeit. Zum anderen führen die Messmethoden paradoxerweise dazu, die Behebung von Unfällen oder Umweltschäden sowie Kriegs- und Rüstungsausgaben dem BIP positiv anzurechnen (vgl. Nohlen, Schultze 2010: 995). Johannes Pennekamp führt folgendes Gedankenexperiment durch:

¹⁶ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt (Deflationierung mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet. Auf Vorjahrespreisbasis wird die "reale" Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften. Quelle: Statistisches Bundesamt. URL: <https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/BIP.html>

„Ein Land, in dem 10 Prozent der Bürger dafür bezahlt werden, Güter willkürlich zu zerstören (Schlaglöcher in Fahrbahnen bohren etc.) und 10 Prozent der Bevölkerung damit beschäftigt sind, diese Schäden auszubessern, verfügt über ein identisches BIP wie ein Land, in dem 20 Prozent der Arbeitskräfte Bildungs- und Gesundheitsleistungen erbringen.“ (Pennekamp 2011: 15).

Positive BIP-Effekte ergeben sich infolge der monetären Einseitigkeit aus etlichen wohlstandsmindernden Phänomenen, wie Krieg, Umweltkatastrophen, die Regenwaldabholzung oder staatlichen Versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln, wie die deutsche Abwrackprämie von 2009, welche zur Verschrottung funktionstüchtiger Autos und dem Kauf von Neuwagen führte (vgl. Pennekamp 2011: 15). Weiters wird der Einwand erhoben, dass das BIP lediglich als Produktions- nicht aber als Wohlstandsindikator gelten kann. Lediglich das monetäre Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktion zu messen, lässt andere essentielle Indikatoren wie Lebensqualität, Lebenszufriedenheit, Umwelt, Verteilungsgerechtigkeit, Bildung und soziale Sicherheit außen vor.

Das BIP als Wohlstandsindikator zu benützen wurde schon kritisiert, als es noch in den Kinderschuhen steckte. Selbst Simon Kuznets, einer der Begründer des Indikators äußerte von Anfang an seine Bedenken über die Eignung des BIP (vgl. Bleys 2005: 2). „(...) that measure was never intended to be used as a welfare Indicator (...). (ebd: 2). Die Stiglitz Kommission, die *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* wurde 2008 als Expertenkommission im Auftrag der französischen Regierung unter Nicolas Sarkozy eingesetzt und untersuchte die Möglichkeiten, Wohlstand und Fortschritt zu messen (vgl. Stiglitz et al 2009). Auf fast dreihundert Seiten kam die Kommission zum Ergebnis, dass das BIP als Wohlstandsindikator nicht ausreichend geeignet ist, woraufhin sie zwölf Vorschläge für eine zeitgemäßere Messung vorstellten. Lebenszufriedenheit, Nachhaltigkeit, Gesundheit, Bildung, politische Partizipation, Reproduktionsarbeit sollen in einen modernen Wohlstandsindikator einfließen. „(...) the time is ripe for our measurement system to shift emphasis from measuring economic production to measuring people's well-being. And measures of well-being should be put in a context of sustainability.“ (Stiglitz et al 2009: 12).

Das Bruttoinlandsprodukt misst Wohlstand an der monetären Leistung. Es handelt sich somit um einen Indikator, der übereinstimmt mit den Strukturen des Fordismus und Postfordismus, da diese auf der Schaffung von Mehrwert beruhen. Obwohl das

BIP weltweit der verbreitete Wohlstandsindikator ist, häufen sich seit Ende des letzten Jahrhunderts die WissenschaftlerInnen, aber auch PolitikerInnen wie Sarkozy, die sich auf die Suche nach neuen gehaltvolleren Indikatoren machen. Wissenschaftliche Publikationen zu Lebenszufriedenheit und subjektivem Wohlbefinden haben sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht. Im *Social Science Citation Index* im *Web of Science* gab es bereits 2007 über 4000 Artikel zum Thema:

„However, academic interest in the study of subjective well-being has grown rapidly in recent years. A literature search in the Social Sciences Citation Index of the Web of Science (on 11/07/2007) found almost 4300 published articles mentioning either the topic “life satisfaction” or “subjective well-being”, of which over half were published since the year 2000.”

(Abdallah et al 2008: 35; vgl. Pennekamp 2011: 16)

5.3.2 Alternative Wohlstandsindikatoren

Etliche zum BIP alternative Wohlstandsindikatoren existieren bereits und werden von verschiedenen Autoren in drei Kategorien eingeteilt (vgl. Bleys 2005: 2; vgl. Pennekamp 2005: 16):

1. Indikatoren, die auf dem BIP beruhen, es allerdings einerseits um nicht marktförmige Güter und Dienstleistungen erweitern und andererseits Komponenten, die faktisch nicht zur Wohltandsmessung beitragen, herausstreichen. Beispiele hierfür sind der Sustainable Measure of Economic Welfare (SMEW) und der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW).
2. Der zweite Ansatz bezieht sich auf Indikatoren, die nicht auf dem BIP beruhen, sondern verschiedenen sozialen Kenngrößen, wie Bildung, miteinbeziehen. Solche Indikatoren sind etwa der Human Development Index (HDI), der Index of Social Health (ISH), der Personal Security Index (PSI) oder der Environmental Sustainability Index (ESI).
3. Der letzte Ansatz zielt darauf ab, subjektives Wohlbefinden als ausschlaggebenden Faktor für den Wohlstand eines Landes festzulegen, wie es beispielsweise beim

Inequality-Adjusted Happiness Index (IAH) oder beim Gross National Happiness Index (GNH) der Fall ist.

Exemplarisch werden nun fünf unterschiedliche Indikatoren (SMEW, ISEW, HDI, ESI und IAH) aus den drei Kategorien vorgestellt:

Sustainable Measure of Economic Welfare (SMEW):

Bereits 1972 entwickelten Nordhaus und Tobin den MEW (später erweitert zum SMEW Index), der Wohlstand nicht von der Produktions- sondern von der Konsumseite her berechnet. Der Gesamtkonsum aller Haushalte ergibt den MEW Index und bezieht dabei alle marktförmigen und nicht marktförmigen Güter und Dienstleistungen mit ein. Weiters werden negative Effekte wie Umweltschäden oder Folgen von Überbevölkerung und Urbanisierung berücksichtigt (vgl. Bleys 2005: 5).

Index of Sustainable Wconomic welfare (ISEW):

Der ISEW hat das Ziel das BIP zu erweitern oder gar zu ersetzen. Er basiert auf dem SMEW Index von Nordhaus und Tobin und wurde 1989 von Cobb und Daly vorgestellt. Später fügten sie noch weitere Elemente hinzu was zur Erweiterung des Index zum Genuine Progress Indicator (GPI) führte.

Die Theorie, auf welcher der ISEW beruht, ist auf folgenden vier Komponenten aufgebaut: erstens, auf dem *hicksian income*, einer Berechnung von Einkommen nach dem Ökonomen John Hicks; zweitens, auf einer Definition von Kapital, die auch Naturkapital und Humankapital beinhaltet; drittens, auf der Inklusion von nicht marktförmigen Bewegungen und viertens, auf der Miteinberechnung von defensiven Ausgaben (womit eine Bandbreite an Schutzmaßnahmen gemeint ist, wie Sicherheitssysteme, Wasserfilter oder Krankenhausrechnungen) (Bleys 2005: 7, vgl. auch Daly, Cobb 1989).

Berechnet wird der ISEW folgendermaßen:

„ISEW = personal consumption

- losses from income inequality

+ domestic labour

+ non-defensive public expenditures

- defensive private expenditures

+ capital adjustments

- costs of environmental degradation

- depreciation of natural capital“ (vgl. Jackson et al 1997, In: Bleys 2005: 8)

Studien zeigen, dass der ISEW in Industrieländern wie Frankreich, USA, Schweden und Großbritannien mit steigendem BIP weitaus geringer oder gar rückläufig war (vgl. Bleys 2005: 21).

Human Development Index (HDI):

Einer der bekanntesten Indizes ist der 1990 von der UNDP eingeführte Human Development Index. Er setzt sich zusammen aus den drei Hauptparametern Bildung, Lebenserwartung und Ökonomie, wobei der Parameter Bildung auch Aussagekraft über die Einkommensverhältnisse und der Parameter Lebenserwartung über Gesundheit und Ernährung hat. Im Human Development Report wird jährlich ein Länderranking nach dem HDI veröffentlicht. (vgl. UNDP : HDI and beyond).¹⁷

Gross National Happiness (GNH)

Der Gross National Happiness Index misst soziales Wohlbefinden mittels 33 verschiedener Indikatoren, die sich wiederum unter neun Domänen zusammenfassen lassen (vgl. Centre for Bhutan Studies: 2).¹⁸ Entgegen der Kritik, Glück lasse sich nur subjektiv messen, berücksichtigt der GNH ein breites, multidimensionales Feld an Faktoren, wie Bildung und Gesundheit, während der herkömmliche Wirtschaftsindikator BIP lediglich einen monetären Faktor zum Schwerpunkt macht. Der Index hat seine Wurzeln Im Jahre 1972 Jahre in Bhutan, als

¹⁷ URL: <http://hdr.undp.org/en/statistics/understanding/indices/>

¹⁸ Centre for Bhutan Studies. URL:

http://www.grossnationalhappiness.com/docs/GNH/PDFs/Sabina_Alkire_method.pdf

der neue König Jigme Singye Wangchuck eine *Staatskommission für das Bruttonationalglück* einsetzte und somit den GNH Index entwickelte. Das Ziel ist es, ökonomischen Reichtum und soziales Wohlbefinden miteinander zu kombinieren (Revkin 2005: 1).

Die neun Domänen, welche die 33 Indikatoren subsumieren, lauten wie folgt:

1. Psychologisches Wohlbefinden
2. Gesundheit
3. Zeitnutzung
4. Bildung
5. Kulturelle Diversität und Stabilität
6. Good Governance
7. Gemeinschaftsgefühl
8. Ökologische Diversität und Stabilität
9. Lebensstandard

(vgl. Centre for Bhutan Studies: 2).

Das GNH ist heute der dominierende Indikator in Bhutan und weltweit ein führendes Beispiel für alternative Wohlstandsindikatoren.

In etlichen weiteren Ländern lassen sich Trends zu umfassenderen Ansätzen zu Wohlstand feststellen. 2008 verankerte beispielsweise Ecuador das indigene Prinzip des *guten Lebens* (siehe 7.1.2) in seiner Verfassung und ein Jahr danach, 2009, folgte Bolivien. Deutschland rief 2011 eine Enquete-Kommission ins Leben, die sich mit der Thematik Wohlstand, Wachstum und Maßstäben beschäftigt und das *New Economic Foundation's Centre for Well-Being* in London entwickelte 2006 den Happy Planet Index, der es möglich macht, ökologische Nachhaltigkeit zu bewerten.¹⁹

¹⁹ The new economics foundation. HPI. 2013. URL: <http://www.happyplanetindex.org/>

6. Kritik des Wachstumspostulats

Zwei grundlegende Antworten auf die Frage ‚Warum müssen wir wachsen‘ sind: ‚um den Wohlstand aufrecht zu erhalten‘ und ‚um Arbeitsplätze zu schaffen‘. In diesem Kapitel wird beiden Standardantworten auf den Grund gegangen. Erstens wird der Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Glück operationalisiert und anhand von vier Konzepten bzw. Studien abgehandelt (siehe 5.1). Zweitens wird Arbeitslosigkeit und die Frage, ob und inwiefern Wachstum Arbeitsplätze schafft, behandelt (siehe 5.2).

6.1 Wachstum, Wohlstand und Glück

Warum müssen wir wachsen? - Um den Wohlstand aufrecht zu erhalten (was ein immer angeführter Grund in Politik und Wirtschaft ist). Etliche WissenschaftlerInnen haben sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob und inwiefern Wohlstand und Glück miteinander zusammenhängen. Bis Mitte der 70er wurde überwiegend die Ansicht vertreten, dass empfundenes Glück mit ökonomischem Wohlstand positiv korreliert ist, da letzteres mit einer Abnahme von Armut, besserer Bildung und Gesundheitsversorgung einhergeht. Die Glücksforschung wurde in eine neue Richtung gelenkt, als 1974 Richard Easterlin, ein US-Wirtschaftswissenschaftler das *Easterlin-Paradox* aufstellte, eine Theorie, die in der Korrelation zwischen Glück und ökonomischem Wohlstand einen Bruch ab einer spezifischen Einkommensgrenze feststellte. Die Zusammenhänge zwischen Wohlstand und Glück sind empirisch schwer zu konstatieren, da die Ergebnisse stark davon abhängen wie ‚Glück‘ und ‚Wohlstand‘ definiert werden und mit welchen Daten gearbeitet wird.

Auf den folgenden Seiten werden das Easterlin – Paradox von Richard Easterlin vorgestellt sowie drei verschiedene Studien von denen sich zwei derselben Daten bedienen, aber zu verschiedenen Ergebnissen kommen und sich eine mit dem psychologischen Aspekt der Thematik auseinandersetzt.

Die erste Studie *Subjective Well-Being and Income: Is There Any Evidence of Satiation?* (vgl. Stevenson, Wolfers 2013) von Betsey Stevenson und Justin Wolfers, analysiert mithilfe der Daten des *Gallup World Poll Centers* den Zusammenhang von Einkommen und Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit. Sie kommen zu dem

Ergebnis, dass die Korrelation zwischen Wohlbefinden und Einkommen grob linear ist und keineswegs ab einer bestimmten Einkommenshöhe vermindert wird (Stevenson, Wolfers 2013: 1).

Die zweite Studie *High income improves evaluation of life but not emotional well-being* von Daniel Kahneman und Angus Deaton, arbeitet ebenfalls mit den Daten aus der Gallup World Poll Studie, kommt aber zu anderen Ergebnissen als Stevenson und Wolfers. Sie differenzieren zwischen ‚Emotionalem Wohlbefinden‘ und ‚Lebenszufriedenheit‘, wobei diese zwei unterschiedlichen Definitionen verschieden mit Einkommen korreliert sind (vgl. Deaton, Kahneman 2010:1)

Die dritte Studie *Money Giveth, Money Taketh Away: The Dual Effect of Wealth on Happiness* von Jordi Quoidbach, Elizabeth W. Dunn, K.V. Petrides und Moira Mikolajczak, vier WissenschaftlerInnen der *Association for Psychological Science* beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Geld und der Fähigkeit alltägliche positive Gefühle und Erfahrungen zu genießen (vgl. Quoidbach et al 2009). Die Schlussfolgerungen aus dieser Studie sind, dass es zwar eine positive Korrelation zwischen Glück und Wohlstand gibt, jedoch einen negativen zwischen Wohlstand und dem Genuss des Alltags (vgl. Quoidbach et al 2009: 2).

Das Easterlin-Paradox

Der Ökonom Richard Easterlin hat sich als Erster mit dem Zusammenhang zwischen Glück und Einkommen auseinandergesetzt. Seine Theorie, das *Easterlin-Paradox*, besagt, dass das persönliche Glück nicht gleichermaßen mit dem Einkommen steige. Es ist noch heute sehr populär und erschien 1974 in dem Aufsatz *Does Economic Growth Improve the Human Lot?* (vgl. Easterlin 1974: 88-125). Schon damals testete Easterlin seine Theorie mittels 30 Umfragen aus 19 Ländern im Zeitraum von 1946 bis 1970. Beim nationalen Vergleich von Einkommen und Glück beobachtete er eine stärkere Korrelation als im internationalen Vergleich. Daher stammt auch die daraus resultierende Theorie, dass das relative Einkommen (also das eigene im Vergleich zu den restlichen Einkommen) das persönliche Glücksempfinden stärker positiv beeinflusst als das absolute Einkommen. Eine andere weiterführende Theorie besagt, dass die Steigerungen von Einkommen und Glück lediglich bis zu einem gewissem Punkt miteinander positiv korrelieren, während der Zusammenhang nach diesem

Punkt schwächer wird. Demnach steigert sich das persönliche Glück, wenn die Grundbedürfnisse befriedigt sind und die Lebenssituation möglichst frei gestaltbar ist, aber weitere Errungenschaften fallen nicht mehr so stark ins Gewicht. Wachstum macht also ‚glücklich‘, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, nur „(...) wenn es um die ersten großen Sprünge geht. Auto statt Fahrrad, Wohnung statt WG-Zimmer, Waschmaschine statt Waschesalon.“ (Uchatius 2009: 4).²⁰ Ab einem bestimmten Niveau steigert sich das subjektive Glücksgefühl nicht mehr.

Subjective Well-Being and Income: Is There Any Evidence of Satiation?

Stevenson und Wolfers befassen sich in ihrer breit angelegten Studie *Subjective Well-Being and Income: Is There Any Evidence of Satiation?* (vgl. Stevenson, Wolfers 2013) empirisch mit dem Easterlin-Paradox. Durch die Unmengen gesammelter Daten des Gallup World Poll Center war es ihnen möglich, weltweit Länder international und national zu vergleichen. Das Gallup World Poll Center führte von 2008 bis 2012 eine Studie zu Wohlbefinden durch. In 155 Ländern wurden tausende Probanden befragt, die statistisch über 95% der Weltbevölkerung abdecken. Stevenson und Wolfers kombinieren die Ergebnisse des Gallup World Poll Centers mit Daten über das Einkommen in armen und reichen Ländern. Stevenson und Wolfers kommen in ihrer Studie zu dem Schluss, dass die Korrelation zwischen Wohlbefinden und Einkommen stets eine positive ist und kein Bruch im Sinne des Easterlin – Paradox bewiesen werden konnte (Stevenson, Wolfers 2013: 4).

Interessant ist die Art der Messung von Wohlbefinden, da diese ausschlaggebend ist für die Ergebnisse. Im Vergleich zur zweiten hier vorgestellten Studie, *High income improves evaluation of life but not emotional well-being*, zeigt sich, dass verschiedene Definitionen von Wohlbefinden unterschiedliche Ergebnisse erzielen, selbst wenn dieselben Daten verwendet werden (vgl. ebd.: 4).

²⁰ Uchatius, Wolfgang 2009. Wir können auch anders. In: DIE ZEIT. 05.09.2009 URL: <http://www.zeit.de/2009/22/DOS-Wachstum/komplettansicht>

Im Gallup World Poll wurden den Probanden folgende zwei Fragen gestellt:

„Please imagine a ladder with steps numbered from zero at the bottom to ten at the top. Suppose we say that the top of the ladder represents the best possible life for you, and the bottom of the ladder represents the worst possible life for you. On which step of the ladder would you say you personally feel you stand at this time, assuming that the higher the step the better you feel about your life, and the lower the step the worse you feel about it? Which step comes closest to the way you feel?“ (ebd. : 4)

“All things considered, how satisfied are you with your life as a whole these days? Use a 0 to 10 scale, where 0 is dissatisfied and 10 is satisfied.” (ebd. : 4)

Auf dieser Skala beruhen die Ergebnisse der Studie von Stevenson und Wolfers. Lebenszufriedenheit steigt demnach mit dem Einkommen. In der als nächstes vorgestellten Studie wird neben der Lebenszufriedenheit auch allgemeines emotionales Wohlbefinden gemessen. Diese Unterscheidung ist zentral, da emotionales Wohlbefinden, im Gegensatz zu Lebenszufriedenheit, nur bis zu einem gewissen Punkt mit dem Einkommen steigt und dann abschwächt (vgl. Deaton, Kahneman 2010: 1).

High income improves evaluation of life but not emotional well-being

Daniel Kahneman und Angus Deaton kommen in ihrer Studie *High income improves evaluation of life but not emotional well-being* zu anderen Ergebnissen als Stevenson und Wolfers, obwohl sie dieselben Daten aus der Gallup World Poll Studie verwenden. Der Unterschied zwischen den zwei Studien liegt in der Definition von Lebenszufriedenheit beziehungsweise Glück. Kahneman und Deaton differenzieren zwischen den zwei Indikatoren *Emotionales Wohlbefinden* und *Lebenszufriedenheit*, um Glück zu operationalisieren, wobei beide verschiedene Korrelationen mit dem Indikator Einkommen aufweisen. Stevenson und Wolfers dagegen verwenden den Indikator *Subjektives Wohlbefinden* als Glücks-Operationalisierung.²¹

²¹ Die Originaldefinitionen im Englischen lauten bei Kahneman und Deaton *Emotional well-being and life satisfaction* (also *life evaluation*). (Kahneman, Deaton 2010: 1) Jene von Stevenson und Wolfers lautet *subjective well-being* (Stevenson, Wolfers 2013: 1).

Die Indikatoren Emotionales Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit werden im Gegensatz zu Stevenson und Wolfers Studie auf verschiedene Weise gemessen. Während Emotionales Wohlbefinden mit Fragen über die emotionalen Empfindungen und Erfahrungen des vergangenen Tages gemessen werden (Freude, Glück, Ärger, Traurigkeit, Stress, Sorgen), wird Lebenszufriedenheit (im Sinne von life satisfaction und life evaluation) mit der Skalenmethode von Cantril, auch unter *Cantrils Leiter* (oder im Englischen als *Cantril's Self Anchoring Scale*) bekannt, gemessen, bei der die Probanden auf einer Skala von 0 „das denkbar schlechteste Leben für Sie“ und 10 „das denkbar beste Leben für Sie“ wählen müssen. (vgl., Deaton, Kahneman 2010: 1). Die Lebenszufriedenheit wird beeinflusst durch Faktoren, die es einem ermöglichen, das Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Einkommen und Bildung beispielsweise erlauben größere Wahlmöglichkeiten in Beruf, Wohnort und Freizeit. Emotionales Wohlbefinden ist dagegen beeinflusst von Faktoren wie Gesundheit und Soziale Kontakte. Es geht um alltägliche Glücksgefühle (vgl. ebd.: 1-2).

Kahneman und Deaton kommen in ihrer Studie nicht zu den gleichen Ergebnissen wie Stevenson und Wolfers. Während letztere einen eindeutigen Zusammenhang zwischen steigendem Einkommen und Subjektivem Wohlbefinden feststellen, kommen erstere zu differenten Ergebnissen. Bei Kahneman und Deaton steigt die Lebenszufriedenheit stetig mit dem Einkommen, während Emotionales Wohlbefinden lediglich bis zu einem gewissen Punkt steigt, danach aber kein Prozess mehr stattfindet. Die WissenschaftlerInnen nennen sogar die monetäre Grenze eines jährlichen Einkommens von 75000 Dollar (vgl. ebd.: 2). Ein hohes beziehungsweise steigendes Einkommen eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten für das eigene Leben. Eine gewisse Bildung und einen bestimmten Beruf wählen zu können, sich einer Unterkunft sicher zu sein, die Freizeit nach Gutdünken gestalten können, das alles bringt Lebenszufriedenheit mit sich. Glück im Sinne von Emotionalem Wohlbefinden ist allerdings ab einer bestimmten Grenze nicht mehr vom Einkommen beeinflussbar. Das Easterlin-Paradox kann somit in der einen Studie von Stevenson und Wolfers nicht bestätigt werden, in jener von Deaton und Kahneman schon. Die Beantwortung der simplen Frage, ob Geld Glück kaufen kann, ist nur mit Differenzierung möglich. “We conclude that high income buys life satisfaction but not happiness, and that low income is associated both with low life evaluation and low emotional well-being” (ebd.: 1).

Money Giveth, Money Taketh Away: The Dual Effect of Wealth on Happiness

Die Studie von Quoidbach et al. der *Association for Psychological Science* testet an knapp 400 ProbandInnen den Einfluss von Geld auf die Fähigkeit alltägliche positive Erlebnisse zu genießen. Die Fragestellung lautet: *Can experiencing the best that life has to offer undermine, one's ability to savor everyday joys?* Quoidbach et al. können signifikant bestätigen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Reichtum und Glück existiert. Allerdings verringert ersterer gleichzeitig die Fähigkeit alltägliche Dinge zu genießen. Da wiederum diese Fähigkeit Glück bewirkt, stehen sich die positiven und negativen Auswirkungen von Reichtum gegenüber. Die emotionalen Vorteile von Reichtum werden daher beträchtlich reduziert durch die negativen Effekte auf die Fähigkeit zu Genießen (vgl. Quoidbach et al 2009: 3).

Angeichts der Tatsache, dass Studien verschiedener Disziplinen wie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Psychologie eindeutig darlegen, dass der Zusammenhang zwischen Glück und Wohlstand alles andere als klar ist, sondern vielmehr eine komplexe Thematik, bei der es vor allem um Definitionen von Glück und Wohlstand geht, ist es erstaunlich, wie die politische und ökonomische Realität aussieht. Ökonomisches Wachstum wird wenig hinterfragt und damit begründet, Wohlstand zu erhalten, Arbeitsplätze zu generieren und Sozialleistungen finanzieren zu können (siehe 5.2.1). Das Argument, Wachstum sichere Wohlstand, stimmt nur bedingt, weil dies laut Studien nur bis zu einem gewissen Punkt möglich ist, da ab diesem Punkt negative Effekte hinzukommen.

6.2 Schafft Wachstum Arbeitsplätze?

Warum müssen wir wachsen? Weil Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze sichert und generiert, so einer der stets genannten Hauptgründe im Grundtenor der Ökonomie und Politik. Es ist der „(...) „Mainstream“ der Wirtschaftswissenschaften, der Wachstum zumeist als Voraussetzung für die Schaffung oder zumindest den Erhalt von Arbeitsplätzen sieht.“ (Bourcarde 2010: 4). Die hohen Wachstumsraten der Industrieländer während des *Goldenen Zeitalters* der 50er und 60er Jahre (siehe 3) gingen gleichzeitig einher mit außerordentlicher Einkommenssteigerung und stabiler Beschäftigungsrate. Die standardisierte Arbeitslosenquote in Österreich betrug in

den 60ern 1,6% während sie 2012 4,3% der Erwerbsbevölkerung ausmachte.²² Bis zu den 70er Jahren erlebten die Industrieländer Vollbeschäftigung, hohes Produktivitätswachstum und enorme Einkommenssteigerungen.

Das Ende dieser goldenen Aufwärtsbewegungen wird in der Literatur überwiegend mit bewältigbaren Ursachen begründet. Dies ist entscheidend, da jene Ursachen somit als Störungen natürlicher (Arbeits-)märkte angesehen werden, als Störungen, die eine bereits dagewesene prosperierende Wirtschaft verhindern. Wachstum gilt im Allgemeinen als Normalfall, weshalb alle Faktoren, die es einschränken als anormal verstanden werden. Auch die Existenz von Arbeitslosigkeit wird mit den wachstumshemmenden Faktoren begründet.

6.2.1 Gängige Ursachen für Arbeitslosigkeit

Erklärt wird Arbeitslosigkeit deshalb in den Wirtschaftswissenschaften meistens mit exogenen Schocks und/oder Veränderungen von Arbeitsmarktinstitutionen. Während eine Gruppe in der Literatur die Ursachen hauptsächlich in makroökonomischen Schocks sieht (wie die Ölpreiserhöhung der OPEC in den 70ern) und eine andere Gruppe das Augenmerk auf Institutionen und deren Einfluss auf die Arbeitslosigkeit (beispielsweise Betriebsstrukturen und Gewerkschaften) legt, kombiniert eine dritte Gruppe die Auswirkungen von exogenen Schocks und Arbeitsmarktinstitutionen, um Arbeitslosigkeit zu erklären (vgl. Blanchard 1999: 2-3). Die Thesen beruhen auf der Hypothese, dass sinkende Wachstums- und steigende Arbeitslosenraten eine Abweichung von einer bestmöglichen Wirtschaft im Sinne von hoher Produktivität und stabiler Beschäftigung ist. Diese Annahmen halten sich seit über 40 Jahren. Der Wirtschaftswissenschaftler Roland Schettkat betont bereits 1997, dass die üblichen Erklärungsmodelle vielmehr auf dem Wissen darüber, was

²² Die OECD veröffentlicht weltweit die sogenannte „standardisierten Arbeitslosenquote“. Die Daten für Europa werden von EUROSTAT ausgewertet während die Definition von Arbeitslosigkeit jener der International Labour Organization (ILO) entspricht.

„Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normaler Weise einer Beschäftigung nachgeht. Personen mit aufrechem Dienstverhältnis, die Karenz- bzw. Kindergeld beziehen, sind bei den Erwerbstätigen inkludiert. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.“ (Statistik Austria.

URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/)

schon einmal möglich war, beruhen, als auf tatsächlichen Trends. Denn analysiert man die Trends und Statistiken, muss in Betracht gezogen werden, dass das Wachstumspostulat grundsätzlich mit Arbeitslosigkeit einhergeht.

„Die These exogener Schocks ist natürlich auch deshalb so attraktiv, weil sie die Hoffnung nährt, daß die hochindustrialisierten Entwicklungsländer auf den Entwicklungspfad des „goldenen Zeitalters“ zurückkehren können, daß auch der Industriesektor wieder expandieren wird, daß hohe Einkommenssteigerungen bei Vollbeschäftigung wieder möglich wären.“ (Schettkat 1997: 722).

6.2.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die folgende Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Standardisierten Arbeitslosenquote für 19 Industrieländer zwischen 1960 und 2001. Ausnahmslos alle ausgewählten Länder haben einen Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Von der niedrigsten Quote 0,0% in den 1960ern bis zur höchsten 13,5% im Jahr 2000. In den 60ern hatten Neuseeland mit 0,0% die niedrigste und die USA mit 5,5% die höchste Quote. 2000-2001 erreichen die Niederlande mit 2,6% die niedrigste und Spanien mit 13,5% die höchste Quote.

	1960-64	1965-72	1973-79	1980-87	1988-95	1996-99	2000-01
Europa							
Belgien	2,3	2,3	5,8	11,2	8,4	9,2	6,8
Dänemark	2,2	1,7	4,1	7,0	8,1	5,3	4,4
Deutschland ^{a)}	0,8	0,8	2,9	6,1	5,6	7,1	6,4
Deutschland ^{b)}	—	—	—	—	—	9,2	7,9
Finnland	1,4	2,4	4,1	5,1	9,9	12,2	9,4
Frankreich	1,5	2,3	4,3	8,9	10,5	11,9	9,0
Großbritannien	2,6	3,1	4,8	10,5	8,8	6,9	5,2
Irland	5,1	5,3	7,3	13,8	14,7	8,9	4,0
Italien	3,5	4,2	4,5	6,7	8,1	9,9	8,4
Niederlande	0,9	1,7	4,7	10,0	7,2	4,7	2,6
Norwegen	2,2	1,7	1,8	2,4	5,2	3,9	3,6
Österreich	1,6	1,4	1,4	3,1	3,6	4,3	3,7
Portugal	2,3	2,5	5,5	7,8	5,4	5,9	4,1
Schweden	1,2	1,6	1,6	2,3	5,1	8,7	5,5
Schweiz	0,2	0,0	0,8	1,8	2,8	3,7	2,6
Spanien	2,4	2,7	4,9	17,6	19,6	19,4	13,5
Andere							
Australien	2,5	1,9	4,6	7,7	8,7	7,8	6,5
Japan	1,4	1,3	1,8	2,5	2,5	3,9	4,9
Neuseeland	0,0	0,3	0,7	4,7	8,1	6,8	5,7
USA	5,5	4,3	6,4	7,6	6,1	4,8	4,4

Tabelle 3: Standardisierte Arbeitslosenquoten für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder (1960-2001). Anmerkungen: a) Alte Bundesländer b) Gesamtdeutschland (Quelle: Nickell 2003: Table 1; OECD 2000: Table 1; Beissinger 2004: 36)

Unten stehende Grafik 3 zeigt ebenfalls den Trend einer steigenden Arbeitslosenrate in ausschließlich europäischen Ländern. Es handelt sich um 5-Jahres Intervalle von 1960 bis Mitte der 1990er. Die Kurve stellt die durchschnittliche Arbeitslosenrate aller ausgewählten 15 europäischen Länder dar, während die Abkürzungen die Arbeitslosenquote pro Land angeben. Obwohl zwischen den Ländern teils enorme Unterschiede von 4% in der Schweiz bis über 20% in Spanien Mitte der 90er liegen, so ist dennoch insgesamt ein eindeutiger Anstieg bei allen Ländern festzustellen (vgl. Blanchard 1999: 2).²³



Grafik 3: Durchschnittliche Arbeitslosenrate der E 15 sowie die Arbeitslosenrate pro Land (Quelle: Blanchard 1999: 3)

²³ „The 15 countries included in OECD-Europe are Austria, Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Ireland, Italy, the Netherlands, Norway, Portugal, Spain, Sweden, Switzerland and the United Kingdom.“ (Blanchard 1999: 2)

6.2.3 Die Beschäftigungswelle

Der immerfort aufgestellte Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze wirkt prinzipiell kausal und logisch. Er ist auch nicht falsch, was die Zeit des Fordismus beweist. Steigt die Produktion, so steigen auch die benötigten Arbeitsplätze. Wird mehr produziert, bedarf es eines Mehr an arbeitenden Menschen. Weiters können ÖkonomInnen und PolitikerInnen auf ein ökonomisches Modell zurückgreifen, das den Zusammenhang untermauert. Das Modell, die *Beschäftigungswelle* berechnet jenes erforderliche Mindestwachstum, welches nötig ist, um den Anstieg von Arbeitslosigkeit zu verhindern. Es handelt sich allerdings um ein umstrittenes Modell, das von etlichen WissenschaftlerInnen als theoretisch und empirisch zweifelhaft eingestuft wird (vgl. Bourcarde 2010: 5; Schäfer 2010: 10). Dennoch ist die Beschäftigungswelle sehr beliebt und medienwirksam (vgl. Bourcarde 2010: 5). Ihre Werte werden immer wieder zur Untermauerung der Wachstumsnotwendigkeit herangezogen. Nach den Wissenschaftlern Kay Bourcarde und Christian Tripp ist das Modell gerade deshalb so gefragt, weil es so simpel ist. Denn da es lediglich eine Kausalität zwischen Wachstum und Arbeit herstellt, werden andere Faktoren ausgegrenzt und diffizile Vernetzungen ausgeblendet. „Die Beschäftigungswelle ist als Schlagwort sehr populär, unter anderem wohl, weil sich hierdurch komplexe Zusammenhänge stark vereinfacht darstellen lassen“ (vgl. ebd.: 5). Tatsächlich handelt es sich bei den berechneten Größen lediglich um Schätzwerte, weshalb die Berechnungen für das notwendige Mindestwachstum stark von einander abweichen (vgl. Pusse 2002: 72; Bourcarde 2010: 5). Die errechnete Beschäftigungswelle für Deutschland für den Zeitraum von 1990 bis 2000 variierte „(...) je nach Quelle zwischen 1,1% und 2,4%.“ (Bourcarde 2010: 5). Die Größen, auf denen der beliebte Wachstums-Arbeitszusammenhang beruht, sind nicht verlässlich, sondern lediglich geschätzt, vereinfacht und wissenschaftlich strittig (vgl. ebd.: 5, vgl. Pusse 2002: 72-73). Die Beschäftigungswelle beruht auf einem stark vereinfachten Modell, bei dem „(...) von einer konstanten, linearen Abhängigkeit des Produktivitätswachstums (pro Kopf) vom Produktionswachstum ausgegangen. (...) Erst wenn das Wirtschaftswachstum höher ausfällt als die Produktivität, nimmt die Beschäftigung zu (...)“ (Pusse 2002: 72). Laut Pusse hängt die Produktivität aber nicht nur von der Produktion ab, sondern etlichen anderen Faktoren: von der „(...) Kapitalintensität, dem Stand der Produktionstechnologie (technischer Fortschritt) sowie der Arbeitszeit (...). (ibd.: 72). Auch Strukturen des Arbeitsmarktes, der

Konjunktur und der Finanzmärkte haben enormen Einfluss auf die Beschäftigung (vgl. ebd.: 73).

„Weitere Bestimmungsgrößen von Seiten des Arbeitsangebotes, der Arbeitsmarktverhältnisse (institutionelle, gesetzliche Gegebenheiten der Arbeitsmarktordnung, Marktunvollkommenheiten etc.) kommen in Betracht. Darüber hinaus spielen insbesondere in der kurzen Frist die Auslastungsgrade der Produktionsfaktoren sowie andere konjunkturell und saisonal wirkende Einflussgrößen eine Rolle. Diese direkten Einflussgrößen hängen ihrerseits i. Allg. von anderen Erklärungsfaktoren ab wie Lohn-, Zinssätze, Produktpreise oder Wechselkurse, welche somit indirekte Bestimmungsgrößen der Produktivität darstellen.“ (ebd.: 73-74).

All diese Faktoren stehen in unterschiedlichen Abhängigkeiten zueinander, was durch ein vereinfachtes lineares Modell nicht erklärt werden kann (vgl. ebd. 74).

Grundsätzlich besteht ein Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeit, aber eine fundierte Auseinandersetzung als Grundlage für politische und ökonomische Entscheidungen, muss weitaus mehr Faktoren miteinbeziehen, als Schätzgrößen (vgl. ebd.), Auswirkungen von Schocks und Institutionen sowie Entwicklungen eines (Goldenen) Zeitalters, das der Vergangenheit angehört.

6.2.4 Weitere Ursachen für Arbeitslosigkeit

Neben exogenen Shocks und Institutionen werden von etlichen Autoren in der Literatur entscheidende andere Ursachen für das Beschäftigungsproblem genannt. Dazu gehören unter anderem die Erhöhung von Produktivität, die Dominanz des Dienstleistungssektors, sowie das Angebot und die Nachfrage bei Produktmärkten. Es handelt sich um Ursachen, die nicht mit Hilfe von Wachstum zu meistern sind.

Technologischer Fortschritt im Fordismus war eine der Voraussetzungen für die Entwicklung und Massentauglichkeit etlicher Produkte. Gleichzeitig führte er ab einem gewissen Punkt dazu, dass die bereits vorhandenen Produkte schneller hergestellt werden konnten. Eine derartige Steigerung der Produktivität kann zweierlei bewirken: Erstens, dass die ArbeitnehmerInnen in derselben Arbeitszeit mehr produzieren können. Oder zweitens, dass weniger ArbeitnehmerInnen (evtl. mit weniger Arbeitszeit) das Gleiche produzieren. Arbeitszeitverkürzung, die bereits

seit den 70ern diskutiert wird, kommt für Unternehmen aber nicht in Frage, da diese einen Wettbewerbsnachteil am Weltmarkt bedeuten würde (vgl. Bourcarde 2010: 5; Siebert 2005: 121-124). „Aus Sicht der Unternehmer aber bedeuten Arbeitszeitverkürzungen bei gleichem Lohne eine faktische Kostensteigerung, weshalb Gegner des Konzepts mit der Gefährdung der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit argumentieren.“ (Bourcarde 2010: 5; Siebert 2005: 121-124). Falls es also zu Modifizierungen von Arbeitsstrukturen kommt, geschieht dies eher zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen. Wie Trends zeigen, ändert sich der Arbeitsmarkt immer mehr in Richtung leichter kündbare und unsichere Verträge, Deregulierung und Abbau des Normalarbeitsverhältnisses (vgl. Bourcarde 2010: 6-7). Der Anstieg von Produktivität kann somit zum Anstieg von Arbeitslosigkeit führen, außer es wird mit Maßnahmen wie der Neuverteilung von Arbeit gegen gesteuert, was aber von der Unternehmenseite her abgelehnt wird. Dadurch bleibt nur noch die eine Möglichkeit, mindestens soviel zu produzieren, wie nötig ist, um die Produktivität, durch welche die Arbeitsplätze wegfallen, mit neuen auszugleichen.

Gegen letztere Möglichkeit spricht unter anderem die Dominanz des Dienstleistungssektors im 21. Jahrhundert. In den Industrieländern bietet der Dienstleistungssektor die meisten Beschäftigungsmöglichkeiten, gefolgt von Industrie- und Agrarsektor. Der Dienstleistungssektor hat sich seit Ende des 20. Jahrhunderts zum größten Wirtschaftssektor entwickelt, aber nicht zum produktivsten. Denn im Vergleich zur Industrie wirken Dienstleistungen weitaus weniger produktiv und gewinnbringend als Industrieprodukte (vgl. Schettkat 1997: 729). Ein hohes Wirtschaftswachstum in Ländern zu erreichen, die von einem vergleichsweise unproduktiveren Dienstleistungssektor dominiert werden, ist relativ unwahrscheinlich.

Tabelle 4 zeigt die Erwerbstätigen nach den drei Wirtschaftssektoren in % im Jahr 2012. In ausnahmslos allen Ländern, selbst jenen mit einem vergleichsweise starken Agrarsektor wie Griechenland, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und der Türkei, hält der Dienstleistungssektor die meisten Beschäftigten. Umgekehrt bietet der Agrarsektor in allen Ländern mit Ausnahme von Rumänien die wenigsten Arbeitsplätze.

Land	Erwerbstätige insgesamt	Land-wirtschaft	Produktions-bereich ¹	Dienst-leistungen
	in 1.000	Anteile in %		
Belgien	4.524	1,2	21,9	76,9
Deutschland	40.062	1,5	28,3	70,2
Estland	624	4,7	31,1	64,1
Finnland	2.483	4,2	22,8	73,0
Frankreich	25.798	2,9	21,8	75,3
Griechenland	3.763	13,0	16,7	70,3
Irland	1.838	4,7	18,3	77,0
Italien	22.899	3,7	27,8	68,5
Luxemburg	236	1,4	13,5	85,0
Malta	173	1,0	22,1	76,4
Niederlande	8.369	2,8	17,1	80,1
Österreich	4.184	4,9	26,2	68,9
Portugal	4.635	10,5	25,6	63,8
Slowakei	2.329	3,2	37,5	59,2
Slowenien	924	8,4	31,0	60,6
Spanien	17.282	4,4	20,7	74,9
Zypern	389	2,9	20,2	76,8
Eurozone (17)	140.566	3,4	24,7	71,9
Bulgarien	2.934	6,4	31,3	62,2
Dänemark	2.689	2,6	19,7	77,6
Großbritannien	29.428	1,2	19,1	79,7
Kroatien	1.446	13,7	27,5	58,8
Lettland	886	8,4	23,5	67,9
Litauen	1.279	8,9	24,8	65,9
Polen	15.591	12,6	30,4	57,0
Rumänien	9.263	29,0	28,6	42,4
Schweden	4.657	2,1	19,7	78,3
Tschechien	4.890	3,1	38,1	58,8
Ungarn	3.878	5,2	29,8	64,9
EU (15)	172.901	3,0	23,3	73,7
EU (28)	217.505	5,0	24,9	70,1
Island	168	5,6	18,3	76,1
Mazedonien	651	17,3	29,9	52,7
Montenegro	.	.	.	.
Serbien	.	.	.	.
Türkei	24.819	23,6	26,0	50,4
Schweiz	4.408	3,6	21,1	75,3
Norwegen	2.585	2,2	20,2	77,5
USA	142.469	1,5	17,3	81,2
Japan	62.700	3,8	25,9	69,2

* oder letztverfügbare Daten

¹ Bergbau, Sachgütererzeugung, Energieversorgung und Bauwesen

Tabelle 4: Beschäftigungsstruktur ausgewählter Länder. Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren. Stand: 2012 (Quelle: Eurostat, OECD, Aktualisierung 2013)

Tabelle 5 zeigt die Beschäftigten im Dienstleistungssektor im EU-Vergleich. In allen Ländern, ausgenommen Rumänien (42,4%), befinden sich über die Hälfte aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor, angefangen beim kleinsten Anteil von 57% in Polen über 68,9% in Österreich bis zu 85% in Luxemburg.

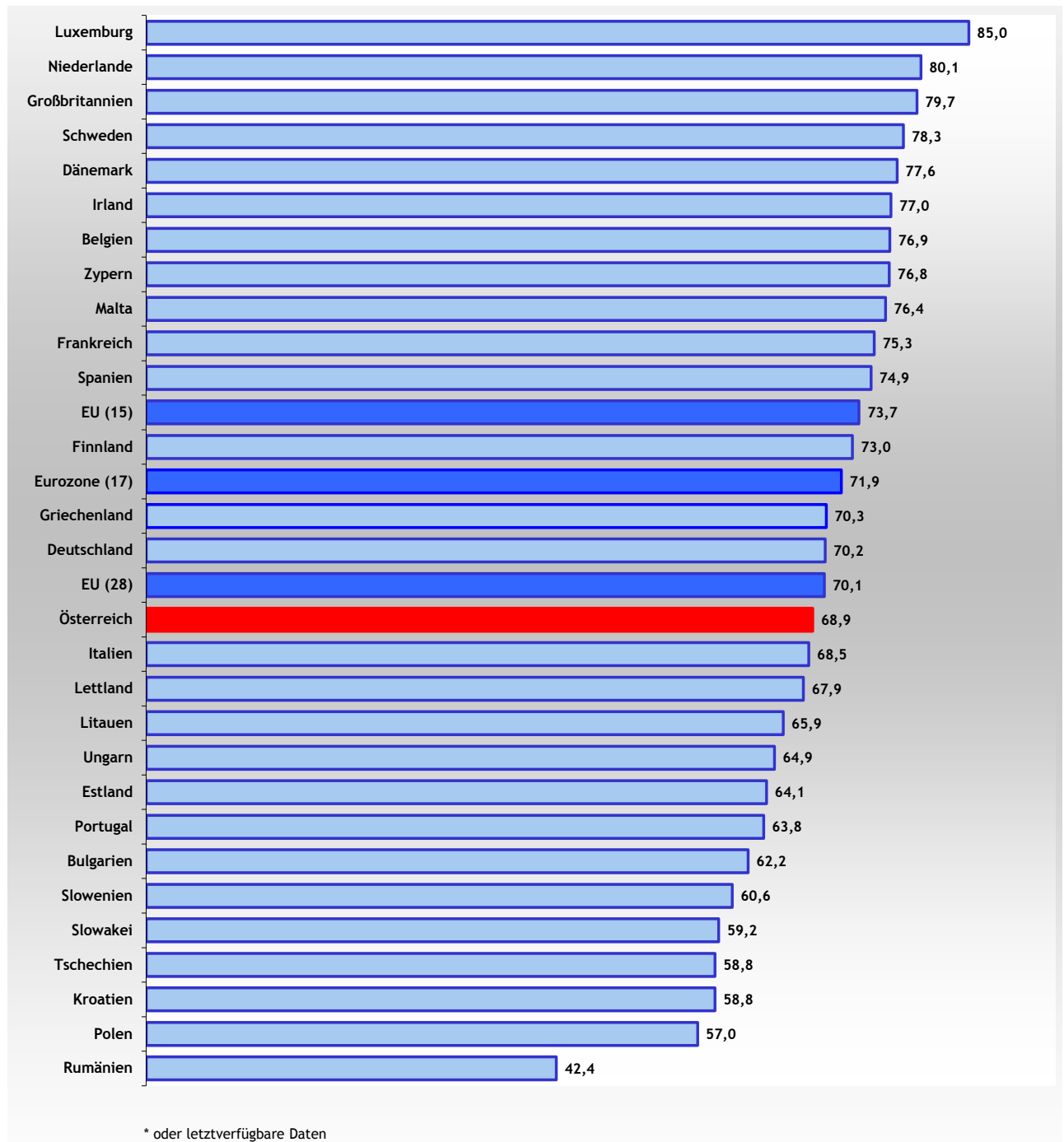


Tabelle 5: Beschäftigte im Dienstleistungssektor im EU-Vergleich. 2012, In % (Quelle: Eurostat. WKO)

Laut Roland Schettkat unterliegt unsere Wirtschaft einem ständigen Strukturwandel (vgl. Schettkat 1997: 724). Der Übergang vom Agrar- zum Industrie- und schließlich zum Dienstleistungsbereich ist eine historische Entwicklung, die nicht mehr umzukehren ist. Im jahrhundertelangen vorherrschenden Agrarsektor kam es ab einem gewissen Punkt, aufgrund von technologischem Fortschritt, zu massiven Produktivitätssteigerungen und einem gleichzeitigen Beschäftigungsrückgang. Aufgefangen wurde der Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten vom Industriesektor, der während des Fordismus prosperierte aber seit den 70ern ebenfalls regressiv ist. Der dadurch resultierende Beschäftigungsmangel konnte teilweise durch den Dienstleistungssektor kompensiert werden. Diese Übergänge passieren keineswegs automatisch, sondern hängen von wirtschaftlichen Faktoren wie Produktivität und Nachfrage ab (vgl. ebd.: 724). Der Dienstleistungssektor ist somit ein zweiseitiges Schwert, das einerseits den Beschäftigungsmangel im Industriesektor zumindest teilweise ausgleicht, andererseits aber unproduktiver ist.

Der Rückgang des Industriesektors zugunsten des Dienstleistungssektors hängt stark damit zusammen, dass die in der Industrie produzierten Produkte ab einem gewissen Punkt auf eine stagnierende Nachfrage stießen. Absatzmärkte haben sich immer wieder gegenseitig abgelöst. Selbst Adam Smith sagte bereits im 18. Jahrhundert die Sättigung des Agrarsektors voraus (vgl. ebd.: 721; Schumpeter 2006). Was dann tatsächlich eintrat, wiederholte sich mit dem Industriesektor Ende des 20. Jahrhunderts. Findet ein solcher Rückgang von Absatzmärkten statt und werden diese nicht schnell genug von neuen ersetzt, kommt es zur Stagnation. Wenn die stagnierende Nachfrage nicht durch eine neue kompensiert wird, führt dies zu wirtschaftlicher Stagnation und Arbeitslosigkeit. Dasselbe gilt für noch präsente Absatzmärkte, in denen Arbeitsplätze durch Produktivitätsfortschritte sozusagen wegrationalisiert werden (vgl. ebd.) Die wegrationalisierten Arbeitsplätze müssen in anderen Bereichen, wo Nachfrage besteht, aufgefangen werden. Marktsättigung sowie Produktivitätsfortschritt sind somit u.a. Ursachen von Arbeitslosigkeit und können durch neue Nachfrageeffekte aufgefangen werden. Marktsättigung und stagnierende Nachfrage werden als Verursacher für Arbeitslosigkeit kaum analysiert. Es ist laut Schettkat unter „(...) Ökonomen geradezu ein Tabuthema.“ (Schettkat 1997: 723). Sättigung ist mit einem unersättlichen, unbegrenzten Marktsystem schließlich inkohärent. „Bedürfnisse werden als unersättlich angesehen, gearbeitet wird nur, um zu konsumieren und gespart wird nur, um morgen mehr konsumieren zu können.“ (ebd.: 723). Tatsächlich kam es noch nie zu

einer marktbeendenden Totalstagnation, aber dennoch regelmäßig zu Stagnationsphasen. Die Industrieländer haben bei etlichen Produkten bereits den Sättigungspunkt erreicht. Die Erstausrüstung hat schon statt gefunden, sodass praktisch jeder Haushalt einen Fernseher, ein Auto, einen Computer, ein Telefon und etliche Haushaltsgeräte hat. „Die Marktdurchdringung (...) hat praktisch die 100%-Marke erreicht“ (ebd.: 725). Das geringe Wirtschaftspotenzial bei solchen Gütern liegt lediglich bei Austausch und Erneuerung dessen, was es bereits gibt, sie sind aber in dem Sinne keine neuen Güter, welche gänzlich neue Absatzmärkte erschaffen können. Die Strategien gegen Sättigungsphänomene liegen einerseits in Variationen bekannter Produkte, Maßnahmen wie der Abwrackprämie oder absichtlich generierten kürzeren Produktlebenszyklen sowie in neuen flexiblen Nischenprodukten. Andererseits wird versucht, komplett neue Märkte in Bereichen wie Alterung, Bildung oder Umwelt zu finden. Neue Produkte sind nach der gängigen Marktlogik genauso unendlich, wie die noch zu erzeugenden Bedürfnisse. Ein Beispiel für einen neuen Produktmarkt ist die gesamte Palette der modernen Informationstechnologie. Überdies werden in den Entwicklungsländern große Möglichkeiten für Absatzmärkte gesehen (vgl. ebd.: 725-726).

Die Ursachen von Arbeitslosigkeit sowie Gegenmaßnahmen sind äußerst komplex und der oftmals genannte Zusammenhang von Wachstum und Arbeit ist viel zu einseitig und vereinfachend. Es ist kaum denkbar, eine exakte Kalkulation zwischen Wachstum und Arbeit zu machen. Ökonomie muss deshalb im Kontext von Gesellschaft und Politik gesehen werden.

6.2.5 Wachstum schafft Arbeitsplätze – für Hochqualifizierte

Hohes lineares Wachstum ist schon längst Geschichte. Sinkende Wachstumsraten sind in Österreich, aber vor allem international in den Industrieländern der Normalfall (siehe 1.4). Trotz allem wird dieser Trend in der Ökonomie und Politik als Folge von Störungen gedeutet. Wachstumsbarrieren, externe Shocks und institutionelle Strukturen werden als Ursachen gesehen. Bisher konnte das Ziel, das Wachstum über den Durchschnitt der letzten Jahrzehnte hinweg, zu steigern, nicht erreicht werden.

Selbst wenn es gelänge, Wachstumshemmnisse zu bewältigen und somit das Wirtschaftswachstum anzuheben, würden, vor dem Hintergrund des heutigen

Marktkontextes, lediglich hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen profitieren. Am Arbeitsmarkt gefragt sind vor allem Arbeitskräfte mit hoher Qualifikation, weshalb von Arbeitslosigkeit überwiegend jene ohne Berufsabschlüsse betroffen sind.

Alexander Reinberg analysiert demografische Veränderungen in Deutschland und erkennt gering Qualifizierte als vernachlässigte Bildungsreserve. Demnach gab es seit den 90er Jahren zwar ein immer größer werdendes Arbeitsangebot für AkademikerInnen, wie auch leichte Verbesserungen für beruflich Qualifizierte, aber einen erheblichen Rückgang für gering Qualifizierte (vgl. Reinberg 2006: 28). Diese Entwicklung ist keineswegs von sprunghafter Dynamik, sondern vielmehr ein Trend, der seit Jahrzehnten zu beobachten ist und sich noch weiter fortsetzen wird. Er ist weitgehend „(...) konjunkturneutral. Selbst von einem Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von vier bis fünf Prozent konnten die gering Qualifizierten nicht profitieren.“ (ebd.: 28). Auch die weiter andauernde Ausdehnung des Dienstleistungssektors, von dem gering qualifizierte Arbeitslose heute und zukünftig kaum profitieren werden, spricht für den Trend. Ein höheres Wirtschaftswachstum stellt aus diesem Grund keine effektive Bewältigungsmaßnahme für Arbeitslosigkeit dar. Denn auch der prognostizierte Bedarf an einfachen Dienstleistungen, die keine hohe Qualifikation erfordern, ist dermaßen gering, dass er die hohen Einbußen von benötigten Hilfstätigkeiten im Gewerbe nicht ausgleichen kann (vgl. ebd.: 29). Ein stärkeres Wachstum, das aber höchst unwahrscheinlich zu erreichen ist, würde folglich keine zusätzliche Nachfrage nach Erwerbspersonen mit geringer Qualifikation, sondern lediglich nach jenen mit hoher Qualifikation hervorrufen (vgl. ebd.: 29).

6.2.6 Empfehlungen

Politik und Ökonomie befinden sich in einem Dilemma. Während der Mainstream Wirtschaftswachstum als Normalfall und Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen sieht, weisen andere Experten auf statistische Zahlen und Trends über die vergangenen Jahrzehnte hinweg hin, welche das Gegenteil beweisen. Dies beruht vielmehr auf dem früher dagewesenen Wirtschaftswunder, als auf Tatsachen (vgl. Schettkat 1997: 722). Strategien gegen Arbeitslosigkeit beruhen deshalb meist auf der Tilgung von wachstumshemmenden Faktoren. Andere Ursachen, die nicht

durch stärkeres Wirtschaftswachstum zu bewältigen sind, bleiben nachrangig (vgl. ebd.: 723).

Effektive arbeitspolitische Strategien müssen gezielt auf alle Ursachen für Arbeitslosigkeit reagieren. Obwohl in der Politik kurz- und mittelfristige Strategien durchaus beliebter sind als langfristige, wäre es nötig, langfristig in Bildung zu investieren. Denn selbst im unwahrscheinlichen Fall, höheres stabileres Wachstum zu erzielen, brächte es nur jenen Hochqualifizierten Vorteile, die ohnehin schon die niedrigste Arbeitslosenquoten verzeichnen. Deshalb „(...) sollte sich die Politik daher von den Versuchen verabschieden, „Arbeit durch Wachstum“ schaffen zu wollen und stattdessen „Arbeit durch Bildung“ in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen.“ (Bourcarde 2010: 9). Natürlich gibt es noch Ausstattungspotential in Entwicklungsländern mit alten Produkten, sowie die Möglichkeit, bekannte Produkte in den Industrieländern modifiziert anzubieten, um zumindest für einen gewissen Zeitraum Wachstum zu generieren (vgl. Schettkat 1997: 730). Weiter ist Arbeitszeitverkürzung eine bereits lange diskutierte Maßnahme, die allerdings von den Unternehmen abgelehnt wird oder zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen umgesetzt wird (Bourcarde 2010: 5; Siebert 2005: 121-124).

7. Alternative Konzepte

In den letzten Kapiteln wurden drei Aspekte von Wachstum aufgezeigt. Erstens, dass in den Industrieländern seit den 70er Jahren kein hohes Wirtschaftswachstum mehr eintrat. Zweitens, dass die Wahrscheinlichkeit einer Änderung dieses Stagnationstrends im Hinblick auf die Marktsituation sehr gering ist. Drittens, dass auch hohes Wirtschaftswachstum bei weitem keine eindeutige Antwort auf die Arbeitslosen- und Wohlstandsfrage bietet. Diese und andere Aspekte von Wachstum bewirken folgeschwere Probleme und lösen gleichzeitig Suchprozesse nach Alternativen aus.

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über bestehende alternative Konzepte, es werden deren Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Stärken und Schwächen vorgestellt.

Alternative Konzepte existieren bereits etliche, wobei sie untereinander eine große Diversität aufweisen. Gemein ist ihnen aber, dass sie kein Wirtschaftswachstum mehr im herkömmlichen Rahmen unseres Wirtschaftssystems erwarten. Der Klimawandel, die Ressourcenfrage, demographische Veränderungen, Wirtschafts- und Finanzkrisen sind Symptome eines Systems mit Dysfunktionalitäten (vgl. Pirgmaier 2012: 4). Wir befinden uns in einer Zeit, in der das System im Wandel ist und ein klarer Blick darauf noch nicht möglich ist. Erst in der Zukunft wird man rückblickend die Pioniere eines neuen oder gewandelten Systems erkennen. Diese Zeit des Wandels ist auch eine Zeit des Suchens, in der die Bedenken über Finanzen, Wirtschaft, Ressourcen, Ökologie und sozialen Wohlstand genauso schnell wachsen wie die Ideen, um ihnen entgegenzuwirken. Um es in Worten von Elke Pirgmaier zu sagen: „Der Suchprozess nach Alternativen zum derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hat begonnen!“ (ebd.: 4).

7.1 Verortung der Alternativen Konzepte

Es bieten sich viele Möglichkeiten an, die alternativen Konzepte einzuordnen. Man könnte sie nach deren Wachstumszielen einteilen, der Höhe des angestrebten Wachstums oder danach, ob sie erst eine wage Idee sind, bereits in der Theorie existieren oder sogar in der Praxis getestet werden. Nach Vorbild des österreichischen Lebensministeriums, das sich mit der Thematik auseinandersetzt,

werden die Konzepte hier in drei Gruppen eingeordnet: ‚Grüner Kapitalismus‘, ‚Der Mensch im Zentrum‘, sowie ‚Wachstumsunabhängigkeit‘. Die Anordnung beruht auf den inhaltlichen Ansprüchen und Zielvorstellungen der Konzepte sowie auf deren Bezug zu Wirtschaftswachstum (vgl. Pirgmaier 2012: 5). Darüber hinaus können den Konzepten je nach Verortung die Attribute „politisch, wissenschaftlich, parlamentarisch, unternehmerisch und zivilgesellschaftlich“ (Pirgmaier 2012: 13, vgl. Tabelle 6) zugeordnet werden. Tabelle 6 zeigt die definierten drei Gruppen nach Inhalten, Zielen und Kritik, während Tabelle 7 die Konzepte innerhalb der drei Gruppen nach Ziel/Vision, Vertreter, Perspektive und Ansatz reiht.

Gruppen	Inhalte	Ziele	Kritik
1. Grüner Kapitalismus	Wirtschaftswachstum und Umweltschutz können Hand in Hand gehen. Wachstum kann weiterhin erreicht werden mittels technologischem Fortschritt Wirtschaftswachstum ist wünschenswert eine win win Lösung wird angestrebt	effizienter Einsatz von natürlichen Ressourcen und Energie grüne Modernisierung grünes Wachstum	Konzepte bleiben innerhalb der neoliberalen Denkweisen Konsum- u. Produktmuster bleiben somit unhinterfragt nachhaltige und langfristige Lösungsansätze werden dadurch erschwert
2. Der Mensch im Zentrum	Der Mensch steht über der Wirtschaft Der Mensch und ein gutes Leben sind im Zentrum Kollektive, Solidarische Ökonomien	kollektives Wirtschaften Informationsaustausch Direktvermarkter ein gutes Leben soziale Werte	es handelt sich um Nischen-Konzepte die Umsetzbarkeit von lokalen Kollektivwirtschaften in einer globalisierten Welt ist nicht klar
3. Wachstums- unabhängigkeit	Hohes Wachstum ist nicht mehr möglich und auch nicht nötig Wachstum hat mehr negative als positive Nebeneffekte Abkehr von der Wachstums-Abhängigkeit Konzentration auf tatsächliche sozialpolitische Probleme	unterschiedliche Wachstumsziele: Wirtschaftswachstum auf einem bestimmten Niveau halten / langsames Wachstum / Minuswachstum Veränderung von Produktions- und Konsummuster sozialpolitische Maßnahmen, die nicht von Wachstum abhängen	Konzepte werden noch nicht ernsthaft in Betracht gezogen, da eine Welt ohne Wachstum utopisch wirkt. es gibt wenige makroökonomische Modelle

Tabelle 6: Die Einteilung alternativer Konzepte in drei Gruppen nach Inhalte, Ziele und Kritik (Eigene Darstellung)

	Ziel/Vision	Vertreter	Perspektive	Ansatz
Green Economy	Ein grüner Umbau der Wirtschaft führt zu nachhaltiger Entwicklung	UNEP, OECD	national und international	politisch
Europa 2020	Entkopplung ist durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum möglich	Europäische Kommission, Europäischer Rat	Europäische Union	politisch
Enquete Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität	Konkrete politische Empfehlungen schaffen mehr Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland	17 Abgeordnete des Deutschen Bundestages; 17 externe ExpertInnen	Deutschland im internationalen Kontext	parlamentarische Debatte
Blue Economy	Die innovative Nutzung von Abfällen und Ressourcen führt zu einer prosperierenden Zero Emission Economy	Gunter Pauli, Blue Economy Institut, Blue Economy Alliance	international	wissenschaftlich und unternehmerisch
Cradle to Cradle	Geschlossene Materialkreisläufe machen „intelligente Verschwendung“ möglich	Michael Braungart, William McDonough	international	wissenschaftlich und unternehmerisch
Faktor X	Mehr Wohlstand aus weniger Natur durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität - um den Faktor X	Friedrich Schmidt-Bleek, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Faktor X Institut	auf der Ebene von Produkten, Dienstleistungen, Unternehmen, national	wissenschaftlich unternehmerisch, politisch
Steady State Economy	Wirtschaftliche Entwicklung auf einem optimalen physischen Niveau	Herman E. Daly	global	wissenschaftlich
Degrowth	Gesund schrumpfen der Wirtschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Wohlbefinden	viele AktivistInnen und WissenschaftlerInnen	lokal bis global	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Postwachstums-gesellschaft	Eine Wirtschaft, die auch ohne Wachstum zu hoher Lebensqualität innerhalb ökologischer Grenzen führt	Tim Jackson, Niko Paech, Peter Victor	national	wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich
Buen Vivir	Entwicklungsmodell, das zu einem guten Leben führt	Alberto Costa, Eduardo Gudynas	Südamerika, v. a. Ecuador und Bolivien	wissenschaftlich, politisch, zivilgesellschaftlich
Gemeinwohl-Ökonomie	Wirtschaft, die auf gemeinwohlorientierten Grundsätzen basiert	Christian Felber, 500 Pionier-Unternehmen	national	zivilgesellschaftlich und unternehmerisch
Solidarische Ökonomie	Die Vielfalt von basisdemokratisch und bedürfnisorientierten Wirtschaftsformen leben	Viele AkteurInnen	meist lokal	zivilgesellschaftlich, selbstorganisiert
Transition Bewegung	Lokale resiliente und autarke Gemeinschaften gemeinsam aufbauen	Rob Hopkins, Naresh Giangrande, Louise Rooney	lokal, regional	zivilgesellschaftlich

Tabelle 7: Beispiele für Alternative Konzepte (Quelle: Lebensministerium; vgl. Pirgmaier 2012: 13)

7.1.1 Grüner Kapitalismus:

In die erste Gruppe, die hier als „grüner Kapitalismus“ bezeichnet wird, fallen Begriffe wie *Green Economy*, *grünes Wachstum* und *nachhaltiges Wachstum* hinein. Die Grundidee ist, Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit miteinander positiv zu verbinden. (vgl. Pirgmaier 2012: 6). Die Wirtschaft soll grün werden, die Umwelt geschützt werden, als auch nützlich und profitabel sein. Wirtschaftswachstum wird durch einen neuen grünen, noch wenig erschlossenen Markt erreicht. Erneuerbare Energien, umweltschonende Produkte und technologischer Fortschritt sind der Schlüssel zu einer neuen Etappe. Wiederkehrende Krisen und Dysfunktionalitäten erschweren es immer mehr, Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Die Gründe hierfür werden nicht im Systems selbst, sondern in anzupassenden Umständen erkannt. Kapitalismus soll in einen grünen Kapitalismus umgewandelt werden. Wachstum bleibt somit als Schlüsselziel erhalten. „Ein effizienterer Einsatz von natürlichen Ressourcen und Energie gilt dabei als Kernstrategie und Quelle für wirtschaftliches Wachstum.“ (vgl. Pirgmaier 2012: 6). Eine umweltfreundliche, grüne Wirtschaft zu schaffen, mit derer außerdem Mehrwert, also Wachstum generiert werden kann, scheint eine perfekte ‚Win - Win Lösung‘ zu sein. Die Konzepte dieser Gruppe, wie *Europa 2020*, *Green Economy* oder *Faktor X* (siehe Tabelle 7), haben den Vorteil von bisherigen Strukturen nicht allzu weit entfernt zu stehen, weshalb ihre Realisierung eventuell einfacher sein kann. Die ausgewählten Konzepte (siehe Tabelle 6) sind ausschließlich politisch, wissenschaftlich oder unternehmerisch, aber nicht zivilgesellschaftlich einzuordnen. Es bleiben die Fragen, ob Wirtschaftswachstum als definiertes Ziel mit umwelt- und ressourcenschonenden Maßnahmen einhergehen kann, ob der nötige technologische Fortschritt eintritt und ob durch das Festhalten am Wachstumsparadigma nicht andere höchst problematische Faktoren wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Armut unbeachtet bleiben. Weiters werden „(...) bestehende Konsum- und Produktionsweisen nicht hinterfragt (...)“ (Pirgmaier 2012: 6), da neoliberale Denkweisen aufrechterhalten werden. Die Konzepte des Grünen Kapitalismus versprechen dasselbe System in dem wir leben, korrigiert um seine Fehler.

7.1.2 Der Mensch als Zentrum

Die zweite Gruppe fasst Alternativen zusammen, welche die Menschen über die Wirtschaft stellen. Bekannte Konzepte sind *Buen Vivir* in Südamerika, die *Gemeinwohl-Ökonomie* von Attack und *Solidarische Ökonomien*. Im Mittelpunkt stehen der Mensch, Kollektive und eine Neu- und Rückorientierung von Werten. Der Wirtschaft wird nicht abgesagt, aber sie läuft kollegial, kollektiv, mit dem Austausch von Informationen und regional ab. Markt, Staat und Grundsätze wie Konkurrenz und Gewinnstreben werden ersetzt durch Gemeinschaften, Menschen und Kooperationen. Es existiert eine große Vielfalt dieser Konzepte. „Beispiele reichen von genossenschaftlich-organisierten Zusammenschlüssen, über regionale Direktvermarkter und Komplementärwährungen, bis hin zu Gemeinwohl-Ökonomie und der südamerikanischen Debatte über das Gute Leben.“ (Pirgmaier 2012: 10). Wirtschaftswachstum steht hier nicht im Mittelpunkt. Ein gutes, solidarisches Wirtschaften für die Menschen mit neuen Werten ohne Gewinnstreben ist das Ziel. Bemerkenswert ist, dass die zu kurz gefasste Gleichsetzung von Wachstum und Wohlstand (siehe 5.1), in diesen Konzepten außer Kraft gesetzt wird. Die angenommene Notwendigkeit von Wachstum als Voraussetzung von Wohlstand wird negiert. Die Stärken dieser Konzepte sind, dass sie an ganz bestimmten Schwächen des Wirtschaftssystems ansetzen. Durch regionale Märkte und der Neudefinierung von Werten bewirken sie die Neuordnung der Wirtschaft zu Gunsten der Menschen. Qualität wird über Quantität gestellt, Zwischenhändler werden ausgeschaltet, Informationen geteilt. Diese Ansätze versuchen außerhalb der kapitalistischen Logik zu wirken und diese zu ändern. Sie beruhen auf politischen, wissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen sowie selbst organisierten und unternehmerischen Wurzeln. So vielfältig sie auch sind und sogar teilweise politisch verankert (wie in Ecuador und Bolivien, wo das *Buen Vivir* in der Verfassung festgeschrieben ist (Pirgmaier 2012: 42)), gibt es dennoch einige Kritikpunkte. Bisher handelt es sich vor allem um regionale Konzepte, die global noch nicht wettbewerbsfähig sind. Die Herausforderung wird sein, diese lokalen, teils nationalen Alternativen in einer globalisierten internationalen Welt umzusetzen.

7.1.3 Wachstumsunabhängigkeit

Wenn auch die Modellierung des Kapitalismus zu einem nachhaltigen, grünen Kapitalismus nicht funktioniert, wenn doch kein ausreichend hohes Wachstum erreicht werden kann, wenn Krisen und Probleme weiterbestehen, was dann? Die Konzepte der dritten Gruppe setzen hier an und wollen sich vom Wachstumszwang distanzieren (vgl. Pirgmaier 2012: 8). Denn erstens hat es in den Industrieländern Jahrzehnte lang kein hohes Wirtschaftswachstum mehr gegeben, geschweige denn genug, um die gleichzeitig ansteigenden Staatsschulden auszugleichen (vgl. Schnaas 2013: 2). Zweitens würde ein höheres Wirtschaftswachstum kaum die Versprechen halten, Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu schaffen. Vielmehr muss man sich auf Probleme konzentrieren, ohne sich bei deren Lösung auf Wirtschaftswachstum zu verlassen. Deshalb ist das vorrangige Ziel, die Abhängigkeit von Wachstum zu reduzieren. Die Konzepte dieser Gruppe unterscheiden sich darin, inwieweit sie sich vom Wachstum entfernen möchten. Manche wollen die Wirtschaft auf dem erreichten Niveau halten, aber nicht wachsen oder schrumpfen. Andere wollen weiter wachsen, aber langsamer. Andere treten für ein Schrumpfen der Wirtschaft ein. Es handelt sich dabei stets um wissenschaftlich oder zivilgesellschaftlich initiierte Ansätze.

Die *Steady State Economy* ist ein Modell von Herman Daly, in dem die Wirtschaft, die Bevölkerung, der Kapitalstock und die Verteilung auf einem konstanten und funktionierenden Niveau gehalten werden. Es geht darum, mit den vorhandenen Ressourcen und Kapital, die durch Wachstum aufgebaut wurden an einem optimalen Punkt zu halten. Sowohl Über- als auch Unterschreitung bringen negative Effekte. Im Dossier des *Sustainable Europe Research Institute* vergleichen die Autorinnen die *Steady State Economy* sehr treffend mit einem Wald:

„Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie diese Wirtschaft funktionieren könnte, stelle man sich einen alten Wald vor. Ein Wald wächst irgendwann nicht mehr, sondern ist ein komplexes lebendiges System, in dem verschiedene Lebewesen kooperieren und konkurrieren, und in dem sich über die Zeit neue Arten und Ökosysteme entwickeln. Nicht mehr zu wachsen ist nicht gleichbedeutend mit Stagnation. Es geht vielmehr um ein dynamisches Gleichgewicht.“ (Pirgmaier 2012: 32)

Das Modell erfordert zwar klare Voraussetzungen von politischen Maßnahmen und notwendigen Institutionen, zu kritisieren ist allerdings, dass es eventuell schwer umsetzbar ist, Parameter wie Bevölkerung, Kapitalstock exakt zu kontrollieren. Dennoch ist es ein Modell, das sich abwendet von der Fokussierung auf Wachstum und diese auf andere Bereiche, wie Arbeitsplätze und Verteilung, lenkt.

Eine weitere große Bewegung innerhalb dieser Gruppe ist die *Degrowth* Bewegung. Sie hat ihre Ursprünge im Frankreich der 70er Jahre mit Nicholas Georgescu-Roegen und ist heute genauso weit verbreitet wie vielfältig. Von Protesten und Informationskampagnen über internationale Konferenzen und wissenschaftlichen Arbeiten bis hin zur Neugestaltung von Institutionen reichen die Strategien (vgl. ebd.: 35). Im Kern handelt es sich um ein wachstumskritisches Konzept, das Wirtschaftswachstum als die Ursache für ökologische und soziale Probleme sieht und die Wirtschaft als Gesamtes ‚zurückschrumpfen‘ lassen möchte. Konsum und Produktion sollen zu Gunsten der Ökologie und der Gesellschaft verringert werden. Die Ziele der Degrowth Bewegung sind somit eine Wachstumsrücknahme, aber auch mehr Verteilungsgerechtigkeit, technologischer Fortschritt, direktere Demokratie und nachhaltigere Konsummuster (vgl. ebd.: 35). Die Stärke der Degrowth Bewegung, als auch anderen Ansätzen innerhalb dieser Gruppe ist, dass sie mitten aus der Zivilgesellschaft kommt, die unterschiedlichsten AkteurInnen zusammenbringt und für die Thematik sensibilisiert.

Eine der größten Strömungen innerhalb alternativer Konzepte ist die *Postwachstumsgesellschaft*. Das erste Mal ins Rampenlicht trat sie 1972 durch den Club of Rome, der die Studie *Die Grenzen des Wachstums* von Dennis und Donella Meadows durchführen ließ (siehe 5.1). Die verschiedenen Szenarien der Studie zeigten das erste Mal die Grenzen des Wachstumparadigmas auf (vgl. Meadows 1972). Wachstumskritik wurde lange in den Mainstream Wirtschaftswissenschaften nicht ernst genommen, da eine Wirtschaft ohne Wachstum schwer vorstellbar scheint. Seit ein paar Jahren aber tritt die Debatte immer stärker in den Vordergrund. Die Inhalte der Ansätze sind im Kern, dass Wirtschaftswachstum im Gegensatz zu früher, heute nicht mehr funktioniert. Dass die Wachstumslogik außerdem lediglich für die Industriestaaten gilt, aber nicht alle Länder miteinbeziehen kann. Letztlich hat

sich Wachstum zum Problem verwandelt und ist, so oder so, nicht möglich und auch nicht gewollt, sozial, ökologisch und wirtschaftlich. Die Stärke dieser Ansätze ist, dass sie sehr lösungsorientiert sind. Wachstum wird als Ursache von Verteilungsungleichheit, Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Krisen angesehen (vgl. Pennekamp 2011: 23-26). Da aber ein akut fehlendes Wachstum in einer Welt voller auf Wachstum ausgerichtete Institutionen ebenfalls zu Problemen und Krisen führt, sind Veränderungen und Neuerungen in der Gesellschaft nötig. Allen voran in der Politik und der Wirtschaft (vgl. Pirgmaier 2012: 38). Es gibt etliche Vorschläge, welche Schritte man in diese Richtung setzen kann, beispielsweise zum Beschäftigungsmodell. Eine Schwäche in der wachstumskritischen Debatte ist, dass es wenige umfassend makroökonomisch berechnete Modelle für eine Welt ohne Wachstum gibt. Das mag daran liegen, dass die existierenden statistischen Werkzeuge und ökonomischen Modelle auf den bestehenden Annahmen einer kapitalistischen Wachstumswirtschaft beruhen. Streicht man die Variabel Wachstum heraus, muss Chaos die Folge sein. Genau aus diesem Grund sind Umstrukturierungen nötig. Peter Victor, ein kanadischer Ökonom ist eine bemerkenswerte Ausnahme und hat in seinem *LowGrow-Modell* drei mögliche Zukunftsszenarien am Beispiel Kanada berechnet. Neben Indikatoren wie Konsum und Beschäftigung bezieht er den Schlüsselindikator wirtschaftspolitische Veränderungen mit ein. Zum Abschluss dieses Kapitels wird das *LOWGROW-Modell* als Beispiel eines alternativen Konzeptes vorgestellt. (vgl. Pennekamp 2011: 23).

7.1.4 Gemeinsamkeiten der drei Gruppen:

In allen drei Gruppen, seien sie noch so unterschiedlich, hat sich der Gedanke festgesetzt, dass etwas im Wandel ist. Manche Konzepte spiegeln eine Ahnung dessen wieder, was andere mit Überzeugung vertreten: Dass die Wirtschaft nicht mehr wie bisher funktionieren kann. Was in den 70er Jahren noch belächelt wurde, hat Eingang in politische Kommissionen, in Verfassungen und ökonomische Modelle gefunden. Die größten und wichtigsten Gemeinsamkeiten aller Konzepte sind, dass sie versuchen, neue Antworten zu finden und eine gute Lebensqualität zu sichern. Manche wollen umweltfreundlich wachsen, andere wollen die Wirtschaft schrumpfen. Manche sind national und global gedacht, andere lokal und regional. Obwohl die alternativen Konzepte bereits an der Türe der Mainstream-

Wirtschaftswissenschaften und Politik kratzen, werden sie noch nicht bis zur Umsetzbarkeit ernst genommen. Oftmals werden sie mit unrealistisch und utopisch bezeichnet, was natürlich auf alle vorher nicht da gewesenen Neuerungen zutrifft.

Die Stärken und Schwächen liegen bei allen drei Gruppen an verschiedenen Stellen. Die Konzepte des grünen Kapitalismus sind dem Mainstream-Kapitalismus am nächsten. Einerseits ist dies ein großer Vorteil, weil die Distanz zum aktuellen System sehr kurz ist und somit leichter vorstellbar und realisierbar ist. Andererseits ist es ein immenser Nachteil, da Wachstum an sich als Problemursache kategorisch ausgeschlossen wird. Neoliberale Strukturen werden einfach übernommen, was nachhaltige Lösungsansätze unmöglich macht. Die Konzepte der Gruppe Mensch und Werte sind direkt inmitten der Zivilgesellschaft verankert. Von Protesten und Kollektiven bis zu Organisationen, der Politik und Wissenschaft. Es sind kleine Inseln, die sich stetig vermehren. Noch sind sie der Kritik ausgesetzt, nur lokal, aber nicht global umsetzbar zu sein. Die Stärke der Konzepte aus der Gruppe ‚Wachstumsunabhängigkeit‘ ist die Bereitschaft, das Wirtschaftssystem als Ganzes zu hinterfragen. Die Gründe und Lösungen für Dysfunktionalitäten werden nicht nur in externen Faktoren gesucht, sondern in Grundstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Potenzial haben die Ansätze auch, weil sie die meisten Themen der Debatte miteinbringen: Von der Ressourcenfrage, dem Verschuldungsproblem, der Beschäftigung, der Wirtschafts- und Finanzkrise über nötige politische Veränderungen bis hin zur Konsumfrage. Dennis Meadows, einer der Autoren von *Die Grenzen des Wachstums* und Vertreter der Postwachstumsgesellschaft, charakterisierte die Entwicklung der Grenzen des Wachstums auf einem seiner Vorträge treffend in folgenden vier Phasen:

1970s: There are no limits

1980s: There might be limits

but they are far away

1990s: The limits might not be

too far away, but the market

will solve the problem

2000s: The markets might not function,

but technology will save us

Dennis Meadows, bei einem Vortrag 2010

(Simms 2010: 2, auch Pirgmaier 2012: 37)

Die nächste Phase lässt noch auf sich warten, während die Konzepte der zweiten Gruppe ‚Der Mensch im Zentrum‘, aber vor allem der dritten Gruppe ‚Wachstumsunabhängigkeit‘ bereits heute vielversprechende Analysen und Lösungsansätze bietet.

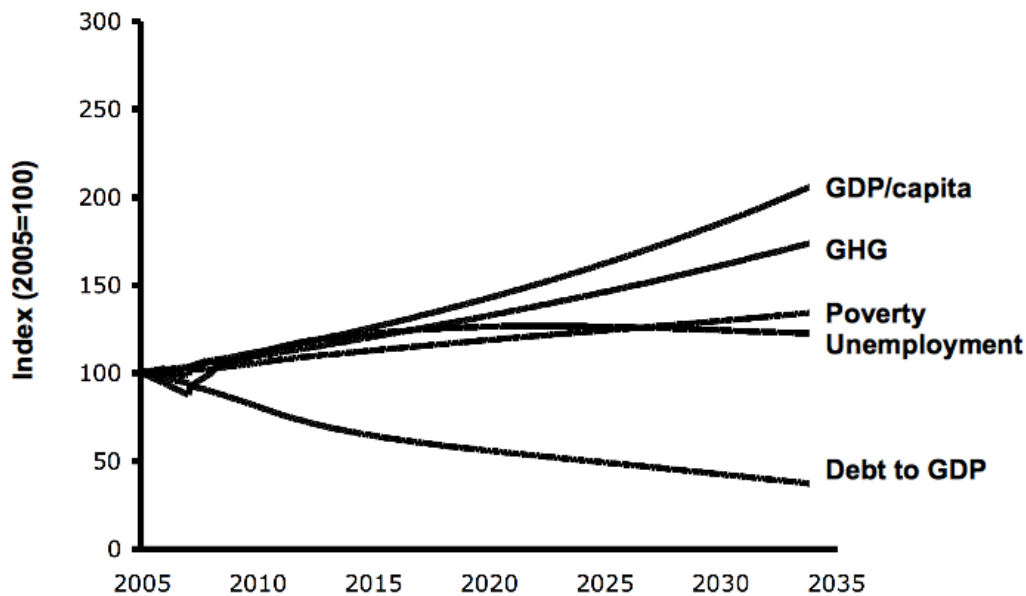
7.2 Peter Victors LOWGROW-Modell – Als exemplarisches Konzept

Peter Victor, ein kanadischer Ökonom hat ein makroökonomisches Modell entwickelt, das es ermöglicht, LOWGROW – Szenarien für Kanada zu berechnen. In einem der Szenarien zeigt Victor die Konditionen auf, unter welchen die Arbeitslosenrate deutlich gesenkt, Armut verhindert und Treibhausemissionen reduziert werden können, ohne auf Wirtschaftswachstum angewiesen zu sein. Die Funktion des Modells soll nicht sein, Nullwachstum selbst zum politischen Ziel zu machen, sondern die Abhängigkeit von und Fixierung auf Wachstum als Problemlöser zu vermindern. (vgl. Victor 2006: 2).

Er führt drei Argumente an, weshalb Industrieländer ein System ohne Wachstum in Betracht ziehen sollen: Erstens sei weiteres Wachstum keine Option in Anbetracht der ökologischen Belange und Ressourcenfrage. Zweitens sei Wachstum in Industrieländern heute bereits unwirtschaftlich, da es mehr negative als positive Wohlstandseffekte mit sich bringt. Drittens sei Wachstum weder nötig noch geeignet, um sozialpolitische Ziele wie Beschäftigung, Armutsbekämpfung oder Umweltschutz zu erreichen (vgl. ebd.: 2).

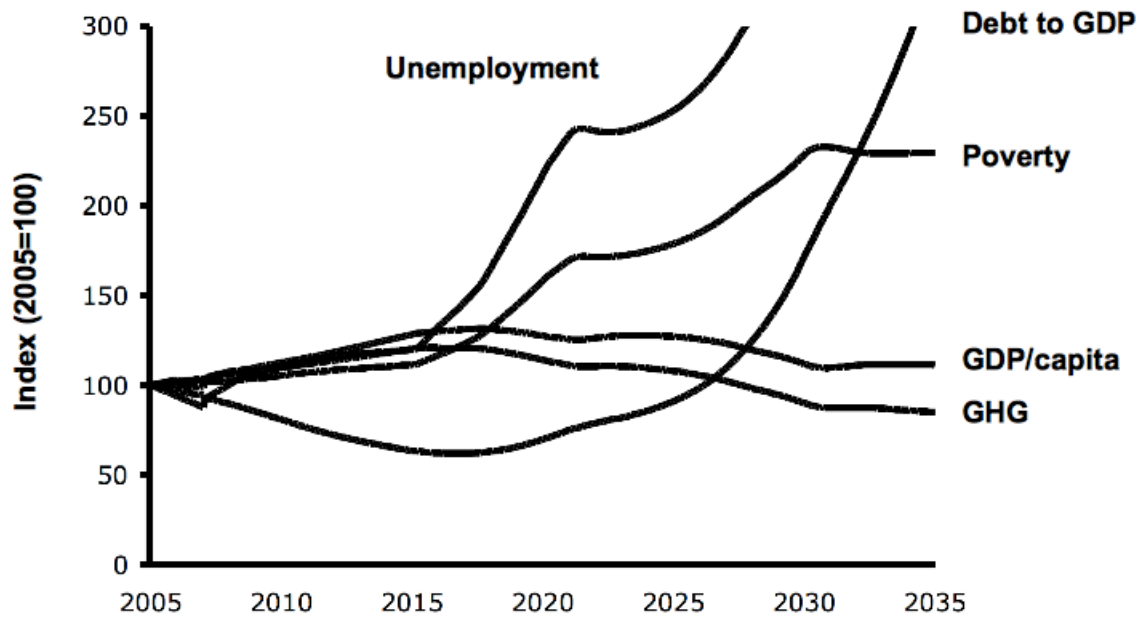
Mit seinem LOWGROW Modell zeigt Victor auf, wie es möglich wäre, sozialpolitische Zielsetzungen ohne Wachstumszwang zu erreichen. Der besondere Vorteil dieses Modells ist die Nähe zu herkömmlichen Modellen aus der Makroökonomie. (vgl. Pennekamp 2011: 23). Dadurch ist das LOWGROW Modell für den Mainstream in Wirtschaft und Politik greifbar. Es werden gängige Variablen wie Regierungsausgaben, Export, Import, Wachstum, Konsum, Investitionen, Nachfrage und Beschäftigung miteinbezogen, aber auch Armut und ökologische Dimensionen wie Treibhausemissionen oder Teile aus dem Kyoto Protokoll. LOWGROW berechnet mit dem statistischen Programm STELLA Zukunftsszenarien bis 2035 (vgl. Pennekamp 2011: 23) in denen er aufzeigt, inwiefern sich die Variablen abhängig von Wirtschaftswachstum und politischen Maßnahmen verändern.

Im ersten berechneten Szenario bleibt alles beim Alten. Er bezeichnet es als *Business as usual* Szenario (siehe Grafik 4), weil das BIP auf geringem Niveau weiterwächst und sich sozial- und wirtschaftspolitisch nichts ändert. 2035 würde das für die DurchschnittsbürgerIn ein doppelt so hohes Pro-Kopf-Einkommen als 2005 bedeuten, die Arbeitslosenrate bleibt auf demselben Niveau und Armut, staatliche Verschuldung würden ansteigen und die Treibhausemissionen würden sogar um 80% steigen (vgl. Pennekamp 2011: 13; Victor 2008a: 2). In diesem Szenario können auch 2035 sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitische Ziele nicht mittels Wachstum erreicht werden.



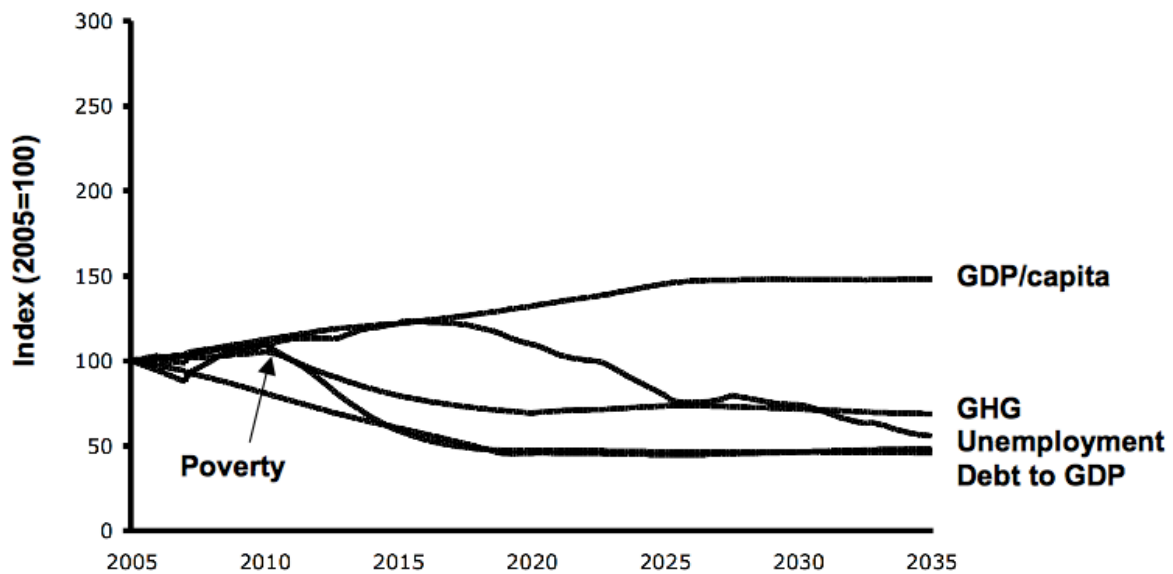
Grafik 4: Szenario 1 - Business as usual (Quelle: Victor 2008a: 2)

Das zweite Szenario, das *no growth disaster*, zeigt die Situation in Kanada bei rapide sinkendem Wachstum ohne ausgleichende politische Maßnahmen (siehe Grafik 5). Das Wirtschaftswachstum sinkt schnell ab, das Pro-Kopf-Einkommen stagniert und Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Armut nehmen ein „(...)bislang unbekanntes Ausmaß an(...)“ (Pennekamp 2011: 23). Die sozialen Folgen seien unter solchen Umständen nicht mehr abzuschätzen. (vgl. Victor 2008a: 6; Victor 2008b: 178; Pennekamp 2011: 23).



Grafik 5: Szenario 2 -No growth disaster (Quelle: Victor 2008a: 6)

Im dritten Szenario, *A better low/no growth* Szenario wird ersichtlich was passiert, wenn das Wirtschaftswachstum langsam sinkt und parallel dazu politische Maßnahmen gesetzt werden (siehe Grafik 6). Das BIP wächst weiter, aber langsamer als in Szenario eins, bis es etwa zwanzig Jahre später endgültig stagniert. Obwohl die Arbeitslosenquote und Armut vorerst ansteigen, sinken sie bis zum Jahr 2035 bis unter jenes von 2005. Auch die Staatsverschuldung und Treibhausemissionen reduzieren sich. (vgl. Victor 2006:14; Pennekamp 2001: 24).



Grafik 6: Szenario 3 -A better low / no growth szenario (Quelle: Victor 2006:14)

Entscheidend im dritten LOWGROW Szenario ist, dass viele Ziele erreicht werden können in einem Industrieland wie Kanada, ohne sich auf Wachstum zu stützen. Armut könne eliminiert und Arbeitslosigkeit reduziert werden, bis zu einem historisch niedrigen Level, die Staatsverschuldung könne sinken und internationale Umweltziele können erfüllt werden mit einer Wachstumsrate von null (vgl. Victor 2006: 14). Was das dritte Szenario vom ersten Disaster-Szenario unterscheidet, sind unbedingt erforderliche Maßnahmen im policy – also Inhalts- Bereich. Die Verteilung von Reichtum muss anders und direkter organisiert werden, Konsummöglichkeiten und Wohlstand dürfen nicht gleichgesetzt werden, Investitionen müssen öffentlich und so wenig wie möglich privat gesteuert werden, die durchschnittliche Arbeitszeit muss verringert und besser auf die Erwerbsbevölkerung aufgeteilt werden, Umweltzielen und Ressourcenknappheit muss begegnet werden, Marktmechanismen sollen ausgeglichen sein, das Bevölkerungswachstum soll durch gelenkte Immigration möglichst konstant gehalten werden. Victor fasst die nötigen Maßnahmen in zwölf Punkten zusammen:

„In summary these policy measures include:

- *Investment*: reduced net investment, a shift from investment in private to public goods through changes in taxation and expenditures.
- *Labour force*: stabilization through changing age structure of the population and population stabilization.
- *Population*: stabilization through changes to immigration policy.
- *Poverty*: trickle down replaced with focused anti-poverty programs that address the social determinants of illness and provide more direct income support.
- *Technological change*: slower, more discriminating, preventative rather than end of pipe, through technology assessment and changes in the education of scientists and engineers.
- *Government expenditures*: a declining rate of increase.
- *Trade*: a stable, positive net trade balance (and diversification of markets).
- *Work week*: shorter, more leisure through changes in compensation, work organization and standard working hours, and active market labour policies.
- *Greenhouse gases*: a revenue neutral carbon tax.

(...)

- *Consumption*: more public goods fewer positional (status) goods through changes in taxation and marketing.
- *Environment and resources*: limits on throughput and use of space through better land use planning and habitat protection and ecological fiscal reform.
- *Localization*: fiscal and trade policies to strengthen local economies.“

(Victor 2008a: 9)

Das LOWGROW Modell von Peter Victor zeigt, dass Wirtschaftswachstum als Problemlöser nicht funktioniert, sondern wie in Szenario 1 und 2 nichts zur Realisierung von sozialpolitischen Zielen beiträgt. Vielmehr können die Ziele erreicht ohne Wachstum erreicht werden, es bedarf lediglich der richtigen Maßnahmen.

8. Fazit

In dieser Arbeit wurde die Frage ‚Warum müssen wir wachsen?‘ diskutiert. In der Mitte von Politik und Wirtschaft existiert das eindeutige Postulat Wirtschaftswachstum (siehe 5.2). Es ist das deklarierte Leitbild, die Lösung für sozialpolitische Probleme und der Motor für Investition und Wohlstand. Das Ziel der Arbeit war, herauszufinden, warum Wachstum als Postulat in unserer Zeit verankert ist, ob es die gestellten Ansprüche erfüllen kann und welche Alternativen Möglichkeiten es gibt.

Die Wurzeln des Wachstumspostulats liegen in der Vergangenheit und müssen im historischen Kontext untersucht werden. Die Industrieländer erlebten im *Goldenen Zeitalter* der 1950er und 1960er Jahre Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent, die einhergingen mit stabilen Erwerbstätigenquoten, beständigen Einkommenssteigerungen und geringen Arbeitslosenquoten. Seither existiert der Glaube, dass man das goldene Zeitalter wieder aufleben lassen könne, dass der Industriesektor wachsen und Mehrwert schaffen würde, dass die Arbeitslosenquoten sinken und die Einkommen und Sozialleistungen steigen würden. Möglich war dies allerdings nur durch gewisse Rahmenbedingungen, die durch das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bestimmt waren und in dieser Art heute nicht mehr herstellbar sind (siehe TEIL I.). Als sich Ende der 1970er Jahre die Parameter verschoben, kam es zur Krise und zum Suchprozess nach einer Lösung, die sich bis heute als Neoliberalismus durchgesetzt hat. Seitdem wird versucht, die Bedingungen für hohes Wirtschaftswachstum wieder herzustellen. Obwohl dies faktisch in den meisten Industrieländern seit über dreißig Jahren nicht möglich war, gilt hohes Wachstum immer noch als Norm und Ziel.

Im Laufe dieser Arbeit hat sich gezeigt, dass Wirtschaftswachstum seinen Ansprüchen nicht gerecht werden kann. Erstens, sichert Wachstum nur bedingt Wohlstand. Zweitens, verringert Wachstum die modernen Arbeitslosenquoten nicht.

Ein höheres Einkommen steigert den Wohlstand monetär, was zwar bedeutet, dass die Lebensentwürfe freier gestaltbar sind, wie Betsey Stevenson und Justin Wolfers in ihrer Studie zeigen, und somit die Lebenszufriedenheit steigert. Das emotionale Wohlbefinden steigt jedoch ab einer gewissen Grenze nicht mehr und kann sogar negativ beeinflusst werden, wie es durch das Easterlin-Paradox des Ökonomen Richard Easterlin, als auch in den Studien von Daniel Kahneman und Angus Deaton,

sowie Quoidbach et al. beschrieben wurde (siehe 6.1). Das rein monetäre Verständnis von Wohlstand spiegelt sich auch im Bruttonationalprodukt wieder, das als Wohlstandsindikator unzureichend ist. Schon in den 1930er Jahren meinte der Begründer des BIPs, Simon Kuznets, dass man von diesem Indikator nicht auf Wohlstand schließen könne. Heute werden etliche alternative Wohlstandsindikatoren parallel eingesetzt und breit diskutiert.

Auch der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. Die Relation wirkt im ersten Moment schlüssig, vor allem aber ist sie simpel, weshalb sie oftmals in der Politik als Argument benützt wird. Die meist als Basis herangezogene Beschäftigungswelle, die angibt wie viel Wachstum es mindestens für eine stabile Arbeitslosenquote braucht, ist alles andere als zuverlässig. Der Zusammenhang ist zwar nicht falsch, allerdings sind die Größen, auf denen die Beschäftigungswelle basiert, unverlässlich, vereinfacht und wissenschaftlich strittig. Sie beruht auf einem stark vereinfachten Modell, bei dem eine konstante, lineare Relation zwischen Produktivitäts- und Produktionswachstums angenommen wird. Sie sagt aus, dass die Beschäftigung erst zunimmt, wenn das Wirtschaftswachstum höher ausfällt als die Produktivität. Beschäftigung hängt allerdings keinesfalls nur von der Produktion und dem Wachstum ab, sondern von etlichen anderen Faktoren wie technischem Fortschritt, Arbeitszeit, Arbeitsangebot, institutionelle und gesetzliche Strukturen, Marktunvollkommenheiten, Konjunktur, Lohn-, Zinssätze, Preise, Wechselkurse und saisonale Unterschiede. Darüber hinaus können all diese Größen in Abhängigkeiten zueinander stehen, die keinesfalls durch ein vereinfachtes lineares Modell erfasst werden können. (siehe 6.2.3). Politische und ökonomische Maßnahmen sollten weitaus mehr als Schätzgrößen berücksichtigen.

Weiters werden Faktoren wie Marktsättigung, die Größe des Dienstleistungssektors in den Industrieländern des 21. Jahrhunderts und die Bevölkerungsstruktur wenig beachtet. Vor dem Industrie- und dem Agrarsektor bietet der Dienstleistungssektor in den meisten EU-Ländern die besten Beschäftigungsmöglichkeiten, ist aber gleichzeitig der unproduktivste und am wenigsten gewinnbringendste Wirtschaftssektor. Hohes Wachstum in Ländern mit einem dominierenden Dienstleistungssektor ist kaum zu erreichen. Darüber hinaus profitieren Geringqualifizierte, die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wenig von der Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Das Arbeitsangebot hat sich seit den

1990ern vor allem für AkademikerInnen vergrößert, dagegen hat es sich für Geringqualifizierte erheblich verkleinert. Politische und ökonomische Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit müssen daher weitaus breiter, gezielter und langfristiger ansetzen als lediglich bei Wachstumsraten (siehe 6.2).

In den letzten Jahrzehnten ist ein großes Feld der Wachstumskritik entstanden. Die Bandbreite an Alternativen reicht von kleinen, kollektiven Ökonomien über makroökonomische Modelle bis hin zu internationalen Projekten wie Europa 2020 (siehe 7.1). Obwohl sie sich untereinander in ihren Inhalten und Zielen deutlich unterscheiden, ist ihnen dennoch die Idee gemein, dass es einer Veränderung bedarf. Es handelt sich um Modelle für unsere Zukunft, die neue Wege ebnen. In dieser Arbeit wurden die alternativen Konzepte in drei Gruppen eingeteilt: ‚Grüner Kapitalismus‘, ‚Der Mensch im Zentrum‘ und ‚Wachstumsunabhängigkeit‘. Die erste Gruppe ist zwar jene, die den kapitalistischen Strukturen am nächsten ist und somit gute Umsetzungschancen hat, aber gleichzeitig keine langfristigen, tiefgreifenden Lösungsansätze bietet. Die Vorschläge der zweiten und insbesondere der dritten Gruppe sind dagegen problemorientiert und nachhaltig. Das makroökonomische LOWGROW Modell von Peter Victor, das in die dritte Gruppe fällt, zeigt das hohe Potential von gezielten politökonomischen Maßnahmen sehr gut auf. Keine Schritte zu setzen und keine alternativen Wege zu beschreiten, ist in Victors Szenarien beinahe so schlimm wie eine radikale Veränderung in kurzer Zeit. Wenn allerdings die Rahmenbedingungen den vorherrschenden Strukturen angepasst werden, können sozialpolitische Themen gezielt behandelt werden.

Angeichts dessen, dass die Reichweite von Wirtschaftswachstum als Strategie viel kürzer ist als stets deklariert wird, macht es keinen Sinn, den Fokus von ökonomischen und sozialpolitischen Maßnahmen so stark auf Wachstum zu legen. Wirtschaftswachstum muss an den Rand politischen Handelns rücken, da es als Problemlösung und Wohlstandsmotor längst nicht mehr greift.

Warum müssen wir also wachsen? - Weil wir daran glauben, dass das Goldene Zeitalter zurückkommen wird. Weil wir an der Wirksamkeit von Wachstum festhalten und die Dysfunktionalitäten ignorieren. Weil wir denken, dass Wachstum Wohlstand schafft und Arbeitsplätze generiert. Gleichwohl ist ein Wandel erkennbar. Glaubte man früher noch an die Grenzenlosigkeit des Kapitalismus, stellen sich heute massive Zweifel ein. Wellen an Ideen und Konzepten begegnen den

Schwierigkeiten unserer Zeit. Es ist Zeit zum Vorwärtsgen, nicht zum Stehenbleiben.

9. Anhang

8.1 Literaturverzeichnis

Abdallah, Saamah / Sam Thompson / Nic Marks (2008): Estimating Worldwide Life Satisfaction. In: Ecological Economics, 65, 35-47.

Bailyn, Bernard (1967): The Ideological Origins of the American Revolution. Cambridge. Mass., (HUP).

Beissinger, Thomas (2004): Strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa: Eine Bestandsaufnahme. Regensburger Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftswissenschaft 389. Working Paper. Bonn.

Bieling, Hans-Jürgen (2011): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Blanchard, Olivier / Wolfers, Justin (1999): The role of shocks and institutions in the rise of european unemployment: the aggregate evidence. National Bureau of Economic Research. Working Paper. Cambridge.

Bleys, Brent (2005): Alternative Welfare Measures. Department for Mathematics, University of Brussels.

Boeckh, Jürgen / Huster, Ernst-Ulrich (2008): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Bourcarde, Kay / Tripp, Christian (2010): Keine Arbeit durch Wachstum. Institut für Wachstumsstudien.

Boyer, Robert (1990): The Regulation School: A Critical Introduction. Columbia University Press. New York.

Brand, Ulrich / Brunnengräber, Achim / Schrader, Lutz / Stock, Christian / Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Westfälisches Dampfboot. Münster.

Brenner, Robert (2006): The Economics of Global Turbulence: The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945-2005. Verso. London.

Bröckling, Ulrich (2002): Diktat des Komparativs. In: Horn, Eva (Hrsg.): Anthropologie der Arbeit. Tübingen, Narr, S. 157-173.

Brunnett, Regina (2009): Die Hegemonie symbolischer Gesundheit. Tanscript Verlag. Bielefeld.

Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. (Band 1 von Das Informationszeitalter). Leske und Budrich. Opladen.

Jackson, Tim (2009): Prosperity Without Growth? The Transition to a Sustainable Economy. UK Sustainable Development Commission. London.

Daly, Herman / Cobb John (1989): For the Common Good, Redirecting the Economy toward Community, the Environment and a Sustainable Future. Beacon Press. Boston.

Deaton, Angus / Kahneman, Daniel (2010): High income improves evaluation of life but not emotional well-being. Center for Health and Well-being, Princeton University. Princeton. New York.

Easterlin, Richard A. (1974): ‚Does economic growth improve the human lot?‘ In: P. A. David / M. W. Reder: Nations and Households in Economic Growth. Academic Press. New York. S. 88–125.

Friedman, Milton (1971): Kapitalismus und Freiheit. Seewald Verlag.

Friedman, Milton (2004): Kapitalismus und Freiheit. Auflage 8. Piper Taschenbuch.

Fülberth, Georg (2005): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus. PapyRossa Verlag. Köln.

Gold, Gerry / Feldman, Paul (2007): A House of Cards, from fantasy finance to global crash. Lupus Books. London.

Götz, Dagmar (2010): Industrielle Standortfaktoren in der Industriegeographie: Neubewertung ihrer Raumwirksamkeit im Postfordismus. Grin Verlag.

Gramsci, Antonio (1975): *Quaderni del carcere*. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. Verlag Einaudi. Turin.

Harman, Chris (2000): Anti-capitalism: theory and practice. In: Issue 88 of International Socialism Journal. Published Autumn 2000.

Harman, Chris (2007): The rate of profit and the world today. In: International Socialism 115, 07.

Karsten, Herzmann (2009): Wohlstand für alle. Delegitimation von Staat und Politik aufgrund falscher Wachstumserwartungen. In: Zeitschrift für Wachstumsstudien (IWS) 5 / 2009, S. 4 ff.

Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. VSA-Verlag. Hamburg.

Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: *Das Argument* 198. Hamburg. S.195-224.

Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg.

Hobsbawm, Eric (1995, 1. Auflage; 1998, 2. Auflage): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Carl Hanser Verlag. München.

Holzapfel, Helmut (2011): *Urbanismus und Verkehr*. Springer DE.

Jackson, Tim / Marks, Nic / Ralls, Jon / Stymne Susanna (1997): *Sustainable Economic Welfare in the UK, 1950-1996*. New Economic Foundation. London.

Keynes, J. Maynard (1930): *Economic Possibilities for our Grandchildren*. In: Keynes, J. Maynard, *Essays in Persuasion*. W.W.Norton & Co. New York. S. 358-373.

Klahn, H. (2006): *Vom Fordismus zum Postfordismus. Eine Betrachtung aus regulationstheoretischer Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Deutschland*. Grin Verlag. Norderstedt.

Koch, Max (2003): *Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa. Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland*. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

Kohlmorgen, Lars (2004): *Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus*. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster.

Lackner, Jörg / Schielke, Stevens (2011): *Postfordismus aus der Perspektive der Regulationstheorie*. Grin Verlag.

Lipietz, Alain (1992): Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention. In: Demirovič, Alex / Krebs, Hans-Peter / Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Staat und Hegemonie. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*. Münster. S. 182 – 202.

Lipietz, Alain (1998): *Rebellische Söhne: Die Regulationsschule*. In: Krebs, H.-P. (Hrsg.): *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften. Argument-Sonderband, AS 255*, Argument-Verlag. Berlin/Hamburg. S. 13-23.

Meadows, Dennis / Meadows Donella / Zahn, Erich (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit . Deutsche Verlags-Anstalt.

Nickell, S. (2003): Labour Market Institutions and Unemployment in OECD Countries. DICE Report 1. S. 13-26.

Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft Band 1 und 2. Verlag C.H. Beck. München.

Prühl, Simone (2007): Das Scheitern von Bretton Woods. GRIN Verlag.

Reinberg, Alexander (2004): Demografischer Wandel und Fachkräftemangel: Gering Qualifizierte als vernachlässigte Bildungsreserve. In: Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May, Regiestelle E&C (Hrsg.), Benachteiligtenförderung als Motor und Impulsgeber zukünftiger Integrationsstrategien. Standards und Modelle der beruflichen und sozialen Integration junger Menschen. E&C-Symposium. Dokumentation der Veranstaltung vom 4. bis 5. Dezember 2003 in Nürnberg, Berlin, S. 27-34.

Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft: Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert. Campus Verlag. Frankfurt am Main.

OECD (2000): Employment Outlook. Paris.

o.V (2009): Staatsschulden: Brüssel straft Österreich ab. In: Die Presse, Print Ausgabe. 07.10.2009.

Paqué, Karl-Heinz (2013): Ohne Wachstum ist alles nichts. In: Wachsen, aber wie? IP Internationale Politik. Heft 3.

Pennekamp, Johannes (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick. MPIfG Working Paper 11 / 1, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Piore, Michael J. / Sabel, Charles F. (1989): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft. Fischer Taschenbuch Verlag. Frankfurt am Main.

Pirgmaier, Elke / Gruper, Julia (2012): Zukunftsossier. Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Sustainable Europe Research Institute (SERI), Lebensministerium Österreich. 2012.

Prasad, Monica (2012): The Popular Origins of Neoliberalism in the Reagan Tax Cut of 1981. Journal of Policy History, 24 (no. 3, 2012). S. 351–83.

- Pusse, Leo (2002): Die Beschäftigungswelle als zentrale Determinante der Erwerbstätigkeit. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.) IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. S. 71-78.
- Quoidbach, Jordi / Dunn, Elizabeth W. / Petrides, K.V. / Mikolajczak, Moira (2010): Money Giveth, Money Taketh Away: The Dual Effect of Wealth on Happiness. In: Association Psychological Science XX(X) 1-5. Sagepub. 2010.
- Rifkin, Jeremy (2004): Return of a conundrum. In: The Guardian, 02.03.2004.
- Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft: Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert. Campus Verlag. Frankfurt am Main.
- Hayek, Friedrich (1981): Zeitungsinterview vom Februar 1981 In: *Wirtschafts-woche* Nr. 3, 11. 01 1996.
- Röttger, Bernd (1998): Gramsci und die Kritik des hegemonialen Neoliberalismus. In: Hirschfeld, Uwe (Hrsg.): Gramsci – Perspektiven. Hamburg. S. 134 – 155.
- Schäfer, Holger (2005): Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen- Interpretation und internationaler Vergleich. In: IW-Trends- Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung. Nr. 2. 2005.
- Schettkat, Roland (1997): Die Interdependenz von Produkt-und Arbeitsmärkten. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung der Industrieländer aus der Produktmarktperspektive. W. Kohlhammer GmbH. Stuttgart.
- Schnaas, Dieter (2013): Aufstieg und Fall des Kapitalismus. Und wie er sich aus den Geldkrisen der Gegenwart befreien könnte. In: IP Zeitschrift für Internationale Politik. Wachsen, aber wie? Ausgabe 4.
- Schumpeter, Joseph (2006): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Duncker & Humblot.
- Siebert, Horst (2005): Jenseits des sozialen Marktes. Eine notwendige Neuorientierung der deutschen Politik. München.
- Simms, Andres (2010) Reflections on “Growth Isn’t Possible”. Unveröffentlichtes Reflexions-Paper. New Economics Foundation. Tariq Banuri.
- Stevenson, Betsy / Wolfers, Justin (2013): Subjective Well-Being and Income: Is There Any Evidence of Satiation? 2013.
- Stiglitz, Joseph E. / SEN, Amartya / Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.

Valdes, Juan G. (1995): Pinochet's Economists: The Chicago School of Economics in Chile. Historical Perspectives on Modern Economics. Cambridge University Press.

Victor, Peter A. (2006): Managing Without Growth. Faculty of Environmental Studies, York University. Toronto.

Victor, Peter (2008)a: *Managing without Growth*. Sustainable Development Commission. London.

Vitor, Peter (2008)b: *Managing Without Growth – Slower by Design not Disaster*. Edward Elgar. Cheltenham.

Voswinkel, S. (2001): Anerkennung und Reputation: Die Dramaturgie industrieller Beziehungen. Mit einer Fallstudie zum „Bündnis für Arbeit“. UVK. Konstanz.

Waters, Malcolm (1995): Globalization. Routledge. London.

Wimmer, Hannes (1996): Evolution der Politik. Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie. WUV-Univ.-Verlag. Wien.

Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Böhlau Verlag, Wien.

Internetquellen:

Centre for Bhutan Studies (2013): URL:
http://www.grossnationalhappiness.com/docs/GNH/PDFs/Sabina_Alkire_method.pdf. Zugriff: 19.09.2013.

Economic Recovery Act (1981): URL:
<http://de.scribd.com/doc/61986150/Economic-Recovery-Tax-Act-of-1981-PL-97-34>. Zugriff: 20.01.2014

Happy Planet Index. URL: <http://www.happyplanetindex.org/> Zugriff: 20.09.2013.
UNDP. HDI and beyond. URL:
<http://hdr.undp.org/en/statistics/understanding/indices/> Zugriff: 15.09.2013.

Pinzler, Petra (2010): Wachstumsskeptisch. In: Die Zeit. URL:
<http://www.zeit.de/2010/34/Emnid-Umfrage>. Zugriff: 09.11.2013.
Statistisches Bundesamt. URL: <https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/BIP.html>.
Zugriff: 14.09.2013.

Revkin, Andrew C. (2005): A New Measure of Well-Being From a Happy Little Kingdom. In: The New York Times, 04.10.2005. URL:

http://www.nytimes.com/2005/10/04/science/04happ.html?pagewanted=all&_r=0 Zugriff: 20.09.2013.

Statistik Austria (2012): Arbeitslose (internationale und nationale Definition), Nicht-Erwerbspersonen mit Arbeitswunsch. URL:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuche/nde/) Zugriff: 21.10.2013.

Wirtschaftslexikon Gabler: Definition Taylorismus. URL:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/taylorismus.html> Zugriff: 02.12.2013.

Merkel, Angela (2009): Regierungserklärung. 10.11.2009. In: Bulletin 112-1. URL:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/11/112-1-bk-bt.html>. Zugriff: 04.12.2012.

Reiermann, Christian / Wiegrefe, Klaus (2012): Herr und Helfer. In: Der Spiegel, 29.

URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-87347210.html>. Zugriff: 03.02.2013.

Siebert, Horst (2000): Keine Angst vor Globalisierung. In: Die Welt, January 20, 2000.

Berlin. URL: <http://www.welt.de/print-welt/article498944/Keine-Angst-vor-Globalisierung.html>. Zugriff: 12.04.2013

Spindelegger, Michael (2012): Erklärung. 24.12.2012. URL:

<http://www.oevp.at/wirtschaft/index.aspx?pageid=63187>. Zugriff: 12.02.2013.

Uchatius, Wolfgang (2009) Wir können auch anders. In: DIE ZEIT. 05.09.2009 URL:

<http://www.zeit.de/2009/22/DOS-Wachstum/komplettansicht>. Zugriff: 12.04.2013.

UN: Agenda für Entwicklung (1994): II Die Dimensionen der Entwicklung. B Die

Wirtschaft als Motor der Entwicklung. Bericht des Generalsekretärs. 06.05.1994. URL:

<http://www.un.org/depts/german/gv-sonst/adev/adev-3.htm#IIB>. Zugriff: 14.11.2012.

8.2 Abstract

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Wirtschaftswachstum als Postulat. In den westlichen Industrieländern wird Wachstum als Voraussetzung für Investitionen, Fortschritt, Wohlstand und sozialpolitische Lösungen deklariert. Vor der leitenden Fragestellung ‚Warum müssen wir wachsen‘ werden drei zentrale Zielstellungen verfolgt. Erstens herauszufinden, wo die historischen Wurzeln des Postulats liegen. Zweitens festzustellen, ob Wirtschaftswachstum seinen Ansprüchen gerecht werden kann in Bezug auf Wohlstand und Beschäftigung. Drittens alternative Wachstumskonzepte vorzustellen und einzuordnen. Die Arbeit besteht aus zwei großen Teilen, wobei TEIL I die Historie des Wachstums vom Fordismus bis zum Postfordismus nachzeichnet, um herauszufinden, welche Rahmenbedingungen für Stabilität und Prosperität nötig waren und welche Krisenmomente es gab. TEIL II ist eine Operationalisierung von Wachstum, eine Wachstumskritik und ein Aufzeigen von Alternativen.

Das Wachstumspostulat von heute basiert auf dem Wirtschaftswunder des Goldenen *Zeitalters* der 1950er und 1960er Jahre. Damals waren auf Grund der Rahmenbedingungen hohe Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent, stabile Beschäftigungsraten sowie Einkommenssteigerungen möglich. Als es in den 1970er Jahren zur ersten großen Krise kam, wurden externe Faktoren verantwortlich gemacht. Seither versuchen Politik und Ökonomie die hohen Wachstumsraten wiederherzustellen um somit die Arbeitslosenquoten zu senken, Einkommen zu steigern und Sozialleistungen zu finanzieren. Obwohl die Parameter des Fordismus in Ländern wie Österreich und Deutschland seit über dreißig Jahren nicht mehr bestehen, gilt Wirtschaftswachstum immer noch als Ziel. Allerdings könnten selbst hohe Wachstumsraten die Situation auf den Arbeitsmärkten nicht merklich verbessern. Denn dadurch werden nahezu keine Arbeitsplätze für gering Qualifizierte geschaffen, welche aber am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Weiter ist der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Wachstum nicht eindeutig. Entscheidend ist, ob Wohlstand lediglich monetär definiert wird, wie auch am Bruttoinlandsprodukt kritisiert wird oder ob eine stärkere Differenzierung wird. In dieser Arbeit werden Studien vorgestellt, die zwischen Lebenszufriedenheit sowie

emotionalem Wohlbefinden unterscheiden und so den Zusammenhang von Wohlstand, Glück und Einkommen analysieren. Das Ergebnis ist, dass Wirtschaftswachstum nur bedingt Wohlstand schafft. Emotionales Wohlbefinden kann ab einer bestimmten Einkommensgrenze sogar negativ beeinflusst werden.

Heute findet man ein großes Feld der Wachstumskritik vor und obwohl sie sehr unterschiedlich sind, ist ihre Gemeinsamkeit der Wunsch nach Veränderung. Die Modelle werden in drei Gruppen eingeteilt, beschrieben und bewertet. Das makroökonomische LOWGROW Modell von Peter Victor wird abschließend als Beispiel vorgestellt. Das Wachstumspostulat ist, wie aufgezeigt wird, einer immer lauter werdenden Kritik ausgesetzt und befindet sich in einer Zeit des Wandels.

8.3 Lebenslauf



BERUFLICHE ERFAHRUNG

Österreichische Botschaft Kairo
Kairo

02.2013 – 05.2013

Praktikum am Österreichischen Kulturforum
der Österreichischen Botschaft Kairo

Deutschakademie
Wien

seit 03.2010

Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache
Organisation und Leitung von Sprachkursen

AUSBILDUNG

Université d'Angers
Angers/Frankreich

08.2011 – 01.2012

Auslandssemester in Angers/ Pays de Loire
Schwerpunkte : Geschichte Frankreichs und Großbritanniens
Wirtschaftliche und geschichtliche Entwicklung Europas
im 20. Jh.

Master Politikwissenschaft
Wien

seit 10.2009 – 03.2014

Schwerpunkte: Internationale Politik
Europäische Union
Forschungspraktikum:
Neue Theorien der internationalen Politischen Ökonomie

Bakkalaureat Soziologie
Graz

10.2005 – 08.2009

Schwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Globalisierung
Forschungspraktikum Stadtsoziologie
– Gentrification im Lendviertel
Graduierung am 17.08.2009

Akademisches Gymnasium Graz
Graz

2002 – 2005

Reifeprüfung am 23.06.2005

ZUSATZQUALIFIKATIONEN

Englisch – Sehr gute Kenntnisse
Französisch – Gute Kenntnisse

Fremdsprachen

MS Office, Excel, Powerpoint, SPSS 14, MaxQDA

EDV Kenntnisse

Klasse B

Führerschein